

# Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

**1973**

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

**NOVEMBER**

DEZEMBER



## INHALT

---

### Regionales Sozialprodukt 1970

- 289 Einer der am häufigsten verwendeten Maßstäbe für die regionale Wirtschaftskraft ist das Sozialprodukt, das für 1970 wieder nach ländereinheitlicher Methode für die Stadt- und Landkreise berechnet wurde. Erstmals werden auch Angaben für Regionen ausgewiesen.
- 

### Bodennutzung 1973

- 298 Während der strukturelle Wandlungsprozeß in der Landwirtschaft nicht zuletzt in der weiteren Verminderung des Ackerlandes zum Ausdruck kommt, erfuhr die zunehmende Bedeutung des Weinbaus in Rheinland-Pfalz eine erneute Bestätigung durch die kräftige Ausweitung des bestockten Reblandes.
- 

### Kriminalität 1968 - 1972

- 302 In diesem Beitrag kann erstmals über die Täter berichtet werden, die sich wegen vorsätzlicher Tötung vor rheinland-pfälzischen Gerichten zu verantworten hatten. Der Aufsatz gibt Einblicke in ihre persönliche Situation und die mit der Tat verbundenen Umstände, soweit diese sich statistisch erfassen lassen.
- 

### Sozialhilfeempfänger 1972

- 305 Je Sozialhilfeempfänger in Anstalten wurde im Schnitt etwa viermal soviel ausgegeben (6 476 DM) wie für jeden Empfänger einer Hilfeart außerhalb von Anstalten (1 763 DM).
- 

### Ältere Menschen

- 308 Die typischen Unterschiede in der Haushalts- und Familienstruktur zwischen den Gemeindegrößenklassen bestimmen auch weitgehend die Lebensumstände der älteren Menschen.
- 

### Erwerbstätigkeit als Quelle des Lebensunterhalts

- 310 Bei der Volkszählung 1970 wurde die Bevölkerung sowohl nach dem Unterhaltskonzept wie auch nach dem Erwerbskonzept untergliedert. Eine Kombination zeigt, inwieweit die Erwerbstätigkeit für die Erwerbspersonen die überwiegende Quelle des Lebensunterhalts bildet.
- 

### Wöchentliche Arbeitszeit

- 311 Um genaue Informationen über den Umfang des personellen Arbeitseinsatzes zu erhalten, aber auch für sozial-politische Überlegungen, wurden die Erwerbstätigen bei der Volkszählung 1970 auch nach der Dauer der normalerweise geleisteten wöchentlichen Arbeitszeit befragt.
- 

### Anhang

- 73\* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz  
79\* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-



**Landkreis Germersheim mit höchstem Sozialprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung**

Gemessen an der absoluten Höhe des Bruttoinlandsprodukts nimmt die Stadt Ludwigshafen mit 4,2 Mrd. DM im Jahre 1970 unter den rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirken den ersten Rang ein. Die fünf Großstädte des Landes vereinigten etwa ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Leistung auf sich. Nimmt man das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung als Maßstab für die wirtschaftliche Leistungskraft eines Gebietes, so rangiert der durch Neuansiedlung mehrerer industrieller Großbetriebe überdurchschnittlich gewachsene Landkreis Germersheim mit einem Wert von annähernd 20 000 DM mit Abstand an erster Stelle. Unter den Regionen hat die Vorderpfalz mit 7,4 Mrd. DM das höchste absolute Sozialprodukt und nimmt mit 13 600 DM je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung auch den ersten Rang in der Leistungskraft ein. Die unterschiedlich hohen Anteile der Wirtschaftsbereiche am Sozialprodukt lassen eine Vielfalt struktureller Besonderheiten erkennen. ge  
Mehr über dieses Thema auf Seite 289.

**90% der Erwerbstätigen bestreiten den Lebensunterhalt überwiegend nicht aus ihren Erwerbseinkünften**

Von den 1 523 100 Erwerbstätigen bestreiten 1 380 900 oder 90,7% ihren Lebensunterhalt überwiegend aus dem Einkommen, das sie aus ihrer Erwerbstätigkeit beziehen. Für 46 000 Erwerbstätige (3,0%) bilden Renten, Pensionen und dgl. das Haupteinkommen, das die Erwerbseinkünfte, die zum Teil nur aus einer Teilzeitbeschäftigung bezogen werden, übertrifft. Mehr als doppelt so groß ist mit 96 200 oder 6,3% die Zahl derjenigen Erwerbstätigen, deren Lebensunterhalt überwiegend durch Angehörige finanziert wird. Hierunter fallen die Lehrlinge, deren eigenes Einkommen noch nicht hoch genug ist, um daraus den Lebensunterhalt bestreiten zu können, und die in der Regel noch im Haushalt der Eltern leben, sowie zu einem geringeren Teil auch die mithelfenden Familienangehörigen. Weiterhin gehören hierzu die Ehefrauen, die das Einkommen des Ehemanns durch eine Teilzeitbeschäftigung ergänzen. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 310.

**9% arbeiten weniger als 37 Stunden in der Woche**

Bei der Volkszählung 1970 wurden die Erwerbstätigen auch nach der Dauer der normalerweise geleisteten wöchentlichen Arbeitszeit gegliedert, wobei zwischen einer Arbeitszeit von weniger als 15 Stunden, 15 bis 24 Stunden, 25 bis 36 Stunden und mehr als 36 Stunden unterschieden wurde. Die Erwerbstätigen, die nicht die bei der Volkszählung festgesetzte Norm von mindestens 37 Stunden arbeiteten, fallen mit 9,2% relativ nicht sehr ins Gewicht; ihre absolute Zahl (140 800) ist jedoch in jedem Fall ökonomisch relevant. Von den nicht vollbeschäftigten Erwerbstätigen arbeiteten 77 600 (5,1%) weniger als 25 Stunden und 31 100 (2,0%) weniger als 15 Stunden in der Woche, wobei die Anteile auch hier jeweils an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen gemessen werden. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 311.

**Unterschiedliche Lebensbedingungen der älteren Menschen in Stadt und Land**

Die althergebrachte Vorstellung, daß die jungen Leute nach ihrer Schulzeit und Lehre vom Lande in die großen Städte mit ihren besseren Arbeitsmöglichkeiten ziehen, was eine Überalterung der Bevölkerung in den kleinen Gemeinden zur Folge hat, erweist sich für die heutige Zeit als falsch. Die Gliederung der Bevölkerung nach Altersgruppen und Gemeindegrößenklassen zeigt vielmehr, daß der Anteil der über 65jährigen in dieser Hinsicht eine nur geringe Variationsbreite besitzt. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 308.

**Mord und Totschlag oft durch zerrüttete Familienverhältnisse bedingt**

In den Jahren 1968 bis 1972 hatten sich vor rheinland-pfälzischen Gerichten 150 Personen wegen des Verdachtes eines vollendeten oder versuchten Mordes oder Totschlages zu verantworten. 130 dieser Angeklagten wurden rechtskräftig verurteilt.

Der Einblick in die familiären Verhältnisse der Täter läßt offenbar werden, daß deren späteres Fehlverhalten vielfach auf ungünstige Erziehungseinflüsse und Entwicklungsstörungen zurückzuführen ist. Nur gut die Hälfte der Verurteilten entstammte einem intakten Elternhaus; bei annähernd einem Drittel der Täter waren die häuslichen Verhältnisse stark zerrüttet. Auch bei der Untersuchung der schulischen und beruflichen Ausbildungswege des Täterkreises zeigen sich aufschlußreiche Abweichungen von den Regelverläufen. Verhältnismäßig hoch war die Zahl der Täter, welchen bei Begehen der Tat eine verminderte Zurechnungsfähigkeit gem. § 51 Abs. 2 StGB zugebilligt wurde.

Bei der Differenzierung der Tatmotive dominieren bei den männlichen Mordtätern die Bereicherung, bei den Totschlagstätern der Haß und die Vergeltung. Die Tatmotive der verurteilten Frauen waren sehr verschiedenartig. Verzweiflungstaten von Ehefrauen an ihren Ehemännern bzw. von Müttern an ihren Kindern gab es neben solchen Tathandlungen, welche von Eifersucht und Haß bestimmt wurden.

Die Zahl der den im Berichtszeitraum verurteilten Tätern zum Opfer Gefallenen und mit Tötungsabsicht Angegriffenen belief sich auf 149 Personen. Hierunter gab es neun Knaben und 15 Mädchen unter 14 Jahren. 71 Opfer - darunter 13 Kinder - haben durch die Verbrechen ihr Leben verloren, 55 wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Mehr über dieses Thema auf Seite 302.

**Weiterer Rückgang der Milcherzeugung**

Bis Ende September wurden 1973 insgesamt 735 000 t Milch erzeugt. Das sind rund 6 000 t (0,8%) weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. 624 000 t oder 84,9% flossen in die Molkereien, die damit trotz der verringerten Erzeugung eine um rund 8 000 t (1,3%) größere Milchmenge aufnahmen. Der höheren Anlieferungsquote zufolge wurde von den Erzeugern der Anteil für Verfütterung, Verarbeitung und Frischverbrauch in Betrieb und Haushalt auf 90 800 t gegenüber 100 400 t im vorigen Jahr eingeschränkt (— 9,5%). po



**Hohe Weinmosternte 1973**

Im Berichtszeitraum vom 25. September bis 15. Oktober herrschte nur in der ersten Oktoberwoche heiteres und mildes Herbstwetter, das die Reife der Trauben noch vorteilhaft beeinflusste. Während der übrigen Zeit kam es bei niedrigen Temperaturen zu häufigen Regenfällen. Nach der langen Trockenheit bewirkten diese ein schnelles Dickenwachstum der Beeren, das wiederum eine große Brühigkeit und außergewöhnlich hohe Mostbeute des Lesegutes zur Folge hatte. Ende September wurden im südlichen Landesteil und in der zweiten Oktoberwoche an der Mosel verbreitet Müller-Thurgau-Trauben gelesen. Mitte Oktober setzte in Rheinhessen und der Pfalz auch die Lese bei Silvaner und Riesling ein.

Auf Grund eines guten Blüteverlaufs, einer warmen Witterung im Sommer und der ab Mitte September einsetzenden Niederschläge wird in diesem Herbst eine mengenmäßige sehr reichliche Weinmosternte anfallen. Nach vorläufigen Ermittlungen dürfte sie sich in Rheinland-Pfalz auf etwa 7,2 Mill. hl belaufen. Sie übersteigt damit die vorjährige Menge um rund 1,7 Mill. hl und erreicht die Größenordnung der bisherigen Rekordmenge aus dem Jahre 1970. Das Ergebnis ist die Folge hoher Hektarerträge bei Weißmost mit 129 hl und bei Rotmost mit 151 hl sowie einer Ausdehnung der Ertragsrebfläche gegenüber 1970 um rund 3 600 ha. Die Hektarerträge blieben allerdings etwas unter dem Niveau von 1970.

Die Qualität der Weinmosternte 1973 wird ebenfalls wesentlich günstiger beurteilt als die des vergangenen Jahres. Infolge der akuten Trockenheit im Spätsommer und der überwiegend kühlen Witterung ab Mitte September dürfte sie jedoch die ursprünglich erwartete Güte nicht erreichen. Nach vorläufigen Schätzungen werden etwa 72% der Ernte auf Qualitätswein, 21% auf Prädikatswein und 7% auf Tafelwein entfallen. Die durchschnittlichen Mostgewichte betragen bei Weißmost 68° und bei Rotmost 64° Oechsle gegenüber 62 bzw. 61° im vergangenen Jahr. tg

**65 200 ha landwirtschaftlicher Flächen nicht mehr genutzt**

Die gesamte Wirtschaftsfläche von Rheinland-Pfalz umfaßte 1973 insgesamt 1 984 000 ha. Der Anteil der land- und forstwirtschaftlich genutzten Fläche belief sich auf 83%. Eine deutliche Zunahme verzeichnete die nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Fläche, die um 8 900 ha (+ 16%) wuchs und nunmehr 65 200 ha beansprucht. Innerhalb der letzten drei Jahre betrug die Ausweitung nicht weniger als 18 100 ha.

Beim genutzten Ackerland, das um 7 200 ha oder 1,4% auf 526 000 ha reduziert wurde, setzte sich die schon seit Jahren zu beobachtende rückläufige Tendenz weiter fort. Dagegen verzeichnete die bestockte Rebfläche eine Erweiterung um 1 500 ha auf 61 500 ha; die Zunahme seit dem Jahre 1950 beträgt insgesamt 24 000 ha oder nahezu zwei Drittel.

Der Getreideanbau, der in der Vergangenheit kontinuierlich ausgeweitet wurde, ging erstmals seit vielen Jahren leicht zurück (— 1 000 ha oder 0,3%). Mit insgesamt 380 000 ha betrug der Getreideanteil jedoch unverändert 72%. Unter den einzelnen Getreidearten wurde vor allem für Sommergerste eine bemerkenswerte Ausdehnung (+ 10 700 ha)

festgestellt, während sich vorwiegend bei Winterweizen und Winterroggen Flächenrückgänge ergaben.

Unter den Hackfrüchten, deren gesamte Anbaufläche sich um 4 400 ha auf 91 700 ha verminderte, erfuhren Kartoffeln wiederum eine Reduzierung, und zwar um 2 300 ha (— 5,3%). Der Runkel- und Kohlrübenanbau wurde ebenfalls weiter eingeschränkt, während die Zuckerrübenfläche erneut um 390 ha zunahm. wr

**Bis Mitte der 2. Jahreshälfte 1973 weniger Schlachtungen**

In den ersten drei Quartalen des Jahres 1973 wurden rund 133 000 Rinder, 6 800 Kälber, 822 400 Schweine und 4 700 Schafe inländischer Herkunft geschlachtet. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres entspricht das einem Rückgang von 9,2% bei Rindern, 41,2% bei Kälbern und 4,9% bei Schweinen. Die Zahl der Schafschlachtungen hielt sich dagegen auf ungefähr gleicher Höhe. Die Schlachtmenge belief sich auf rund 107 400 t. Sie war damit um 7 000 t kleiner als im gleichen Vorjahreszeitraum. Rund 93 500 t, darunter 36 900 t Rind- und 55 800 t Schweinefleisch, wurden aus gewerblichen Schlachtungen gewonnen. po

**Erneuter Rückgang des Güterverkehrs ab 2. Quartal 1973**

Mit dem Anstieg des Wasserstandes des Rheins und seiner Nebenflüsse, der nach größeren Regenfällen im November vorigen Jahres einsetzte, ging eine Belebung des Güterverkehrs auf den rheinland-pfälzischen Wasserstraßen einher. So wurden in den Monaten November und Dezember 1972 allein 5,9 Mill. t Güter in den Häfen, Lösch- und Ladestellen ein- und ausgeladen. Das sind 834 000 t oder 16,5% mehr als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Im ersten Quartal 1973 setzte sich diese Entwicklung mit Zuwachsraten gegenüber den Vorjahresmonaten zwischen + 8 und + 23% zunächst weiter fort.

Bereits im zweiten Quartal dieses Jahres sank jedoch der Güterumschlag trotz zunächst noch steigenden Wasserstandes um 5,4% unter den Stand des Vorjahres. Am schlechtesten schnitten dabei die Häfen im unteren Teil des Mittelrheins (unterhalb Bingen bis Landesgrenze) ab, in denen 16,2% weniger umgeschlagen wurde als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Gegensatz dazu erlebten die Moselhäfen (+ 10,6%), insbesondere der Hafen Trier (+ 33,4%), wo im vergangenen Jahr 43,0% des Umschlags getätigt wurden, sowie die Häfen im oberen Teil des Mittelrheins von Bingen bis Worms (+ 7,8%) einen erheblichen Anstieg ihres Lösch- und Ladevolumens. Im Gebiet des Oberrheins (Landesgrenze bis oberhalb Worms) stagnierte der Güterverkehr in dieser Zeit weitgehend (— 0,8%), wobei in den einzelnen Häfen zum Teil recht unterschiedliche Ergebnisse erzielt wurden.

Auch in den darauffolgenden Monaten trat keine Wende ein. So wurden im dritten Quartal in den rheinland-pfälzischen Häfen, Lösch- und Ladestellen um 5,8% weniger Güter ein- und ausgeladen als im dritten Quartal 1972. Im Monat September, in dem der stärkste Rückgang gegenüber beiden Vergleichsmonaten zu beobachten war (— 11,8 bzw. — 7,6%), dürfte neben der sich abschwächenden Konjunkturlage der niedrigere Wasserstand, der zu einer geringeren Auslastung der Schiffe führte, zu dieser Entwicklung beigetragen haben. mc



## Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur der kreisfreien Städte, Landkreise und Regionen 1970

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Nach längerer Zeit können nun erstmals wieder kreisweise Sozialproduktszahlen, und zwar für 1970 vorgelegt werden, die nach ländereinheitlicher Methode im Rahmen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ berechnet wurden. Bisher liegen vergleichbare Ergebnisse für die Jahre 1957, 1961, 1964 und 1966 vor<sup>1)</sup>. Durch die zwischenzeitliche Revision der Bundes- und Landesergebnisse war auch eine Umstellung dieser Zahlen erforderlich; wegen des verhältnismäßig großen Arbeitsaufwandes mußte sich diese Umrechnung jedoch auf Vergleichszahlen für die Jahre 1961 und 1968 beschränken<sup>2)</sup>.

Anders als bei der originären Berechnung des Sozialprodukts des Landes (Bruttoproduktionswert abzüglich Vorleistungen = Bruttoinlandsprodukt) wird das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise mit Hilfe von adäquaten Schlüsselgrößen durch Aufteilung des Landeswertes ermittelt, da für regionale Untergliederungen unterhalb der Landesebene statistisches Material in der erforderlichen fachlichen Tiefengliederung nicht ausreichend vorliegt.

Die Ergebnisse der rheinland-pfälzischen Stadt- und Landkreise wurden grundsätzlich nach der gleichen Methode berechnet wie die der übrigen Kreise des Bundesgebietes. Wegen des infolge der territorialen Verwaltungsreform nicht ausreichenden Zahlenmaterials aus Einzelstatistiken mußte in einigen Bereichen jedoch die Berechnungsmethode modifiziert werden. So sind insbesondere die Angaben für 1961 wegen der unvollständigen und zum Teil auf Schätzungen beruhenden Umrechnung auf den neuen Gebietsstand nur bedingt mit denen von 1968 und 1970 vergleichbar.

Als Schlüsselgrößen wurde folgendes statistisches Material verwendet:

Bereich	Grundmaterial für Kreisschlüssel
Landwirtschaft	Produktionswert der pflanzlichen und tierischen Nahrungsmittelproduktion abzüglich Aufwand (Vorleistungen) zuzüglich Beitrag der Sonderbetriebsformen zum Bruttoinlandsprodukt und abzüglich Beitrag der Stadtrand-erzeugung zum Bruttoinlandsprodukt
Pflanzliche Produktion	Verfügbare Erntemengen nach Abzug der Verfütterung, des Saatgutes und des Schwundes

Bereich	Grundmaterial für Kreisschlüssel
Tierische Produktion	Viehbestände bzw. Milcherzeugung
Sonderbetriebsformen	Anbauflächen
Stadtrand-erzeugung	Anbauflächen bzw. Viehbestände
Vorleistungen (Aufwand)	Flächen multipliziert mit Aufwand je Hektar nach Bodennutzungssystemen, Einheitswertgruppen und Betriebsgrößenklassen
Forstwirtschaft	Waldflächen, Forsten und Holzungen 1971
Fischerei	Fischwirtschaftlich genutzte Wasserflächen für Binnenfischerei, Umsätze aus der Umsatzsteuerstatistik für gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung
Stromerzeugung und -versorgung	Netzabgabe aus Eigenerzeugung und Fremdbezug
Gaserzeugung und -versorgung	Netzabgabe aus Eigenerzeugung und Fremdbezug
Wasserversorgung	Abgegebene nutzbare Wassermenge
Verkehrsleistungen der Energiewirtschaft	Bruttoeinnahmen aus Verkehrsleistungen der Kombinationsbetriebe
Bergbau	Aus IB-Umsätzen mit Nettoquoten ermittelte, bzw. aus dem Industriezensus 1968 entnommene Nettoproduktionswerte, fortgeschrieben mit Umsätzen aus der Industrieberichterstattung
Verarbeitende Industrie	Aus dem Industriezensus 1967 entnommene Nettoproduktionswerte, fortgeschrieben mit Umsätzen aus der Industrieberichterstattung
Produzierendes Handwerk	Nettoproduktionswerte 1967 aus der Handwerkszählung 1968, fortgeschrieben mit Umsätzen aus der Umsatzsteuerstatistik
Sonstiges produzierendes Gewerbe	Steuerliche Umsätze aus der Umsatzsteuerstatistik
Baugewerbe	Löhne und Gehälter aus der monatlichen Bauberichterstattung
Handel	Rohrerträge 1967 nach Unternehmen aus dem Handelszensus, mit Hilfe steuerlicher Umsätze aus der Umsatzsteuerstatistik und Umsätzen für örtliche Einheiten auf Rohrerträge der örtlichen Einheiten umgestellt

1) Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise 1957-1966. Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 3, Wiesbaden 1968.

2) Vorweg-Ergebnisse enthält der Statistische Bericht P I 1 - 1973/2. Sozialprodukt 1961, 1968 und 1970 der kreisfreien Städte und Landkreise, Bad Ems, Mai 1973.



Bereich	Grundmaterial für Kreisschlüssel
Bundesbahn, Bundespost	Personalaufwand nach der Arbeitsstättenzählung 1970
Übriger Verkehr	Steuerliche Umsätze aus der Umsatzsteuerstatistik
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen (ohne Sozialversicherung)	Beschäftigte aus Sondererhebungen für das Zentralbanksystem sowie Beschäftigte der AZ 1970 für übrige Banken und Versicherungen
Finanzierungsmakler	Steuerliche Umsätze aus der Umsatzsteuerstatistik
Wohnungsvermietung (einschl. Nutzung von Eigentümernwohnungen)	Bruttomietwerte: ausgehend von Gebäude- und Wohnungszählung 1968
Sonstige Dienstleistungen, soweit von Unternehmen aus der Arbeitsstättenzählung 1970 und freien Berufen erbracht	Steuerliche Umsätze aus der Umsatzsteuerstatistik und tätige Personen
Gebietskörperschaften	Fiktiver Personalaufwand nach Anstellungsverhältnis und Laufbahngruppen für Bundes- und Länderverwaltungen; effektiver Personalaufwand aus der Gemeindefinanzstatistik für Gemeinden und Gemeindeverbände
Sozialversicherung	Beschäftigte aus der Arbeitsstättenzählung 1970
Private Haushalte	Erwerbspersonen aus der Berufszählung 1970
Private Organisationen ohne Erwerbscharakter	Beschäftigte aus der Arbeitsstättenzählung 1970

Bei der Berechnung der Sozialproduktswerte für die Regionen wurden die Ergebnisse der durch Regionengrenzen geteilten Kreise entsprechend ihrem bevölkerungsmäßigen Anteil aufgeschlüsselt. Die Überlappungsgebiete der Regionen wurden jeweils einer einzigen Region zugeordnet, und zwar die Verbandsgemeinden Zell und Höhr-Grenzhausen der Region Mittelrhein, die Verbandsgemeinden Linz, Unkel, Bad Hönningen und die Stadt Neuwied der Region Westerland, die Verbandsgemeinde Stromberg der Region Nahe, die Verbandsgemeinden Bingen-Land, Sprendlingen-Gensingen sowie die Städte Bingen und Worms der Region Rheinhessen und die Verbandsgemeinden Dahn und Hauenstein der Region Westpfalz.

Die Veröffentlichung des regionalen Sozialprodukts erfolgt nach vier zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen. Zum Bereich Land- und Forstwirtschaft zählt auch die Tierhaltung und Fischerei, der Bereich produzierendes Gewerbe umfaßt Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. Handel und Verkehr setzen sich zusammen aus Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Der Restbereich Dienstleistungen schließlich umfaßt Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümernwohnungen), von Unternehmen und freien Berufen erbrachte Dienstleistungen, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte. Die Differenz zwischen dem Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer

auf Investitionen und Investitionssteuer gemäß § 30 UStG, die etwa 1% des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, kann nur beim Bruttoinlandsprodukt insgesamt jedes Verwaltungsbezirkes abgesetzt werden; die Summe der Wirtschaftsbereiche ist gegenüber der Gesamtsumme um diese Differenz überhöht. Nicht betroffen von dieser Differenz sind Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte.

### Ein Drittel des Sozialprodukts erwirtschafteten die 5 Großstädte des Landes

Das Sozialprodukt - präziser gesagt das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in jeweiligen Preisen - ist der umfassendste Maßstab für die Wirtschaftskraft eines Gebietes. Es stellt die zu Marktpreisen bewertete Bruttoleistung der in einem regional abgegrenzten Gebiet (Land, Regierungsbezirk, kreisfreie Stadt, Landkreis, Region) ansässigen Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten dar. Neben der reinen Wertschöpfung sind hierin indirekte Steuern und Abschreibungen eingeschlossen. Dieser Wert ist nicht gleichzusetzen mit der wirtschaftlichen Leistung der Wohnbevölkerung des Gebietes, da diese sich ihren Lebensunterhalt zum Teil durch wirtschaftliche Beteiligung und Arbeit außerhalb der Region verdient. Da im Bruttoinlandsprodukt auch die Abschreibungen und indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) enthalten sind, kann es nur bedingt als Indikator für den Wohlstand eines Gebietes herangezogen werden, denn die indirekten Steuern - beispielsweise die Mineralöl- und Tabaksteuer - beeinflussen die Ergebnisse in den Kreisen stark, in denen Industriezweige mit großem Aufkommen an solchen indirekten Steuern ihren Sitz haben. In diesen Kreisen sind die Pro-Kopf-Beträge überhöht.

An der absoluten Höhe des Sozialprodukts gemessen, nimmt die Stadt Ludwigshafen mit 4,2 Mrd. DM im Jahre 1970 den ersten Rang ein. Dieser Wert liegt noch um 200 Mill. DM höher als das Bruttoinlandsprodukt des gesamten Regierungsbezirks Trier; Ludwigshafen vereinigt damit mehr als ein Zehntel der gesamten wirtschaftlichen Leistung des Landes auf sich. Auf dem zweiten Platz rangiert die Landeshauptstadt Mainz, deren Sozialprodukt sich 1970 auf 3,5 Mrd. DM bezifferte. Diese beiden Großstädte zusammen trugen über 20% zum Landesergebnis bei. Rechnet man hierzu noch die Bruttoleistung der drei übrigen Großstädte des Landes, die in Koblenz 1,9 Mrd. DM, in Trier 1,4 Mrd. DM und in Kaiserslautern 1,2 Mrd. DM ausmachte, so läßt sich feststellen, daß in den fünf Großstädten des Landes etwa ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Leistung erstellt wird.

Jeweils mehr als 1 Mrd. DM erwirtschafteten im Jahre 1970 auch die Landkreise Mayen-Koblenz mit 1,7 Mrd. DM, Germersheim und Mainz-Bingen mit jeweils 1,5 Mrd. DM, Neuwied mit 1,4 Mrd. DM, Bad Kreuznach mit 1,3 Mrd. DM und Altenkirchen mit 1,1 Mrd. DM. Die Gebiete mit dem geringsten Bruttoinlandsprodukt sind unter den kreisfreien Städten die Stadt Landau mit 465 Mill. DM und



Wirtschaftskraft der Verwaltungsbezirke und Regionen 1961, 1968 und 1970  
(Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen)

Verwaltungsbezirk Region	Insgesamt			Veränderung 1970 zu 1961		Wirtschaftsbereiche 1970			
	1961	1968	1970	ins- gesamt	Ø jährlich	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
	1 000 DM			%		1 000 DM			
Kreisfreie Stadt Koblenz	835 824	1 505 838	1 878 250	124,7	9,4	14 810	667 559	482 152	732 950
Landkreise									
Ahrweiler	427 515	624 141	786 343	83,9	7,0	37 636	382 336	127 105	247 313
Altenkirchen (Ww.)	472 507	802 259	1 088 861	130,4	9,7	30 776	687 999	183 156	198 073
Bad Kreuznach	612 727	1 084 813	1 342 735	119,1	9,1	74 318	653 978	305 705	322 475
Birkenfeld	409 717	584 614	705 879	72,3	6,2	31 194	378 643	118 776	184 490
Cochem-Zell	234 381	424 222	484 029	106,5	8,4	51 009	188 615	117 405	131 953
Mayen-Koblenz	883 064	1 274 782	1 695 185	92,0	7,5	59 508	1 106 940	221 018	325 067
Neuwied	713 363	1 075 964	1 417 604	98,7	7,9	41 040	874 024	213 750	303 297
Oberwesterwaldkreis	206 155	423 145	561 973	172,6	11,8	24 465	324 437	98 546	120 276
Rhein-Hunsrück-Kreis	325 467	498 650	641 776	97,2	7,8	63 519	302 319	109 466	173 040
Rhein-Lahn-Kreis	461 467	692 841	864 888	87,4	7,2	54 783	427 198	147 988	243 770
Unterwesterwaldkreis	331 128	606 379	817 925	147,0	10,6	18 062	554 875	108 331	145 027
Reg. Bez. Koblenz	5 913 315	9 597 648	12 285 448	107,8	8,5	501 120	6 548 923	2 233 398	3 127 731
Kreisfreie Stadt Trier	668 096	1 146 653	1 436 538	115,0	8,9	12 968	681 894	385 101	371 276
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	345 489	666 456	889 466	157,5	11,1	116 087	297 437	280 683	204 361
Bitburg-Prüm	286 508	466 213	570 162	99,0	7,9	85 535	230 447	98 036	161 979
Daun	191 024	297 587	393 376	105,9	8,4	38 196	196 900	66 823	95 483
Trier-Saarburg	339 579	563 971	731 649	115,5	8,9	101 896	331 793	141 364	164 083
Reg. Bez. Trier	1 830 696	3 140 880	4 021 191	119,7	9,1	354 682	1 738 471	972 007	997 182
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	334 202	483 044	690 695	106,7	8,4	13 267	525 716	61 928	96 852
Kaiserslautern	599 728	891 752	1 197 068	99,6	8,0	5 732	585 038	297 204	321 344
Landau i. d. Pfalz	203 289	385 187	464 933	128,7	9,6	13 832	188 645	142 250	124 964
Ludwigshafen a. Rhein	1 737 965	3 668 933	4 223 259	143,0	10,4	10 844	3 393 631	373 139	488 864
Mainz	1 165 370	2 773 573	3 489 120	199,4	13,0	24 390	1 772 742	575 507	1 152 187
Neustadt a. d. Weinstr.	288 798	452 665	539 161	86,7	7,2	22 050	199 864	138 513	184 252
Pirmasens	379 500	569 515	702 375	85,1	7,1	4 819	384 133	178 660	141 951
Speyer	236 514	485 108	596 465	152,2	10,8	5 084	353 848	69 893	173 744
Worms	451 070	782 274	917 897	103,5	8,2	21 606	578 311	154 455	172 918
Zweibrücken	248 702	428 845	476 523	91,6	7,5	5 618	307 487	60 909	107 385
Landkreise									
Alzey-Worms	302 488	499 649	589 128	94,8	7,7	137 029	183 075	134 961	140 092
Bad Dürkheim	498 062	720 800	836 879	68,0	5,9	104 757	383 741	154 353	202 592
Donnersbergkreis	224 937	346 570	468 651	108,3	8,5	44 131	277 566	53 267	98 483
Germersheim	261 867	835 086	1 527 611	483,4	21,6	60 155	1 266 803	70 293	145 993
Kaiserslautern	254 887	373 367	511 544	100,7	8,0	31 353	275 140	83 002	127 284
Kusel	214 574	298 226	379 426	76,8	6,5	34 448	179 567	66 603	102 691
Landau-Bad Bergzabern	329 473	595 075	731 590	122,0	9,3	108 511	326 266	140 541	163 759
Ludwigshafen	207 248	403 865	559 826	170,1	11,7	72 079	228 555	119 560	145 361
Mainz-Bingen	624 348	1 218 585	1 493 858	139,3	10,2	123 313	832 952	304 115	248 765
Pirmasens	369 967	601 353	716 352	93,6	7,6	36 747	489 576	72 939	124 421
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	8 932 989	16 813 472	21 112 361	136,3	10,0	879 765	12 732 656	3 252 092	4 463 902
Rheinland-Pfalz	16 677 000	29 552 000	37 419 000	124,4	9,4	1 735 567	21 020 050	6 457 497	8 588 815
Kreisfreie Städte	7 149 058	13 573 387	16 612 284	132,4	9,8	155 020	9 638 868	2 919 711	4 068 687
Landkreise	9 527 942	15 978 613	20 806 716	118,4	9,1	1 580 547	11 381 182	3 537 786	4 520 128
Regionen									
Westeifel	.	.	1 296 198	.	.	167 148	538 588	269 834	333 893
Mosel-Saar	.	.	2 724 993	.	.	187 534	1 199 883	702 173	663 289
Mittelrhein	.	.	6 122 214	.	.	247 648	2 997 027	1 160 711	1 779 283
Westerwald	.	.	3 743 032	.	.	111 182	2 344 232	584 825	741 293
Nahe	.	.	2 420 202	.	.	142 290	1 207 664	487 862	607 155
Rheinhessen	.	.	6 490 003	.	.	306 338	3 367 080	1 169 038	1 713 962
Westpfalz	.	.	4 451 939	.	.	162 848	2 498 507	812 584	1 023 559
Vorderpfalz	.	.	7 446 285	.	.	228 081	5 085 355	917 386	1 291 665
Südpfalz	.	.	2 724 134	.	.	182 498	1 781 714	353 084	434 716



Zweibrücken mit 477 Mill. DM, unter den Landkreisen rangieren Kusel und Daun mit jeweils weniger als 400 Mill. DM auf den beiden letzten Plätzen. Durch die Auflösung des Landkreises Zweibrücken, dessen Gemeinden zum größten Teil in den Landkreis Pirmasens oder die Stadt Zweibrücken eingegliedert wurden, und der bisher stets mit Abstand das Schlußlicht gebildet hatte, ist die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt eines Verwaltungsbezirks und dem des kleinsten Verwaltungsbezirks von 86,6% (Zweibrücken 1968) auf 62,5% (Kusel 1970) zusammengeschumpft. 21,1 Mrd. DM oder weit über die Hälfte des Sozialprodukts entfielen im Jahre 1970 auf den am stärksten industrialisierten Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, 12,3 Mrd. DM oder knapp ein Drittel auf den Bezirk Koblenz, 4,0 Mrd. DM oder gut ein Zehntel auf den auch bevölkerungsmäßig schwächsten Regierungsbezirk Trier.

Unter den Regionen vereinigten die drei den größten Beitrag des Bruttoinlandsprodukts auf sich, die sich um die drei Städte mit dem höchsten Sozialproduktsbeitrag erstrecken: die Vorderpfalz mit Ludwigshafen (7,4 Mrd. DM), Rheinhessen mit Mainz (6,5 Mrd. DM) und die Region Mittelrhein mit Koblenz (6,1 Mrd. DM). Auf den beiden nächsten Plätzen folgen die Westpfalz mit 4,5 Mrd. DM und der Westerwald mit 3,7 Mrd. DM. Die übrigen Regionen - Westeifel, Mosel-Saar, Nahe und Südpfalz - erreichten im Jahre 1970 ein Bruttoinlandsprodukt von jeweils weniger als 3 Mrd. DM, wobei die Westeifel mit 1,3 Mrd. DM das Schlußlicht bildet.

#### **Landkreis Germersheim und Stadt Ludwigshafen mit höchster Leistungskraft**

Einer der wichtigsten und am häufigsten verwendeten Maßstäbe für die wirtschaftliche Leistungskraft eines Gebietes ist das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung. Diese Relation ist unter anderem Kriterium für die Neuabgrenzung der Fördergebiete im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Um diese dem Bruttoinlandsprodukt adäquate Bezugsgröße zu errechnen, die eine Vergleichsmöglichkeit zwischen den einzelnen regionalen Einheiten darstellt, ist die Wohnbevölkerung der Kreise um die Zahl der Auspendler einschließlich ihrer Angehörigen vermindert und um die Zahl der Einpendler einschließlich ihrer Angehörigen erhöht worden. Dieser Wert gibt Auskunft über die an der Leistungserstellung in einem Gebiet mitwirkenden Personen einschließlich deren Angehörigen. Die Relation Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, die im folgenden als Leistungskraft bezeichnet wird, ist der Maßstab für die durchschnittliche Bruttoleistung der an der Leistungserstellung in einem bestimmten Gebiet beteiligten Personen und ihrer Angehörigen. Unter der Annahme, alle Regionen hätten die gleiche Erwerbsquote (Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung), spiegeln diese Bezugswahlen die Produktivitätsunterschiede zwischen den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen wider. Die Berechnung der Wirtschaftsbevölkerung erfolgte mit Hilfe der Pendlerzahlen aus der Volkszählung 1970, wobei der positive oder negative Pendlersaldo - in der Annahme, daß jeder Pendler einen Angehörigen zu unterhalten hat - mit dem Faktor 2 multipliziert wurde.

Seltener wird das Bruttoinlandsprodukt eines Gebietes auf die Wohnbevölkerung bezogen, um damit einen Anhaltspunkt über das Verhältnis von wirtschaftlichem Potential und Einwohnerzahlen zu erhalten. Diese Pro-Kopf-Werte sind in den kreisfreien Städten im Durchschnitt doppelt so hoch wie in den Landkreisen, weil in das Bruttoinlandsprodukt der Städte trotz der inzwischen erfolgten zahlreichen Eingliederungen von Randgemeinden auch die Leistung der Einpendler aus dem umliegenden Landkreis mit eingeht, während andererseits diese Pendler den Landkreis, in dem sie wohnen, bevölkerungsmäßig belasten.

Gemessen an der Höhe des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung nimmt in der Rangfolge unter den Städten Ludwigshafen mit 16 900 DM vor der Landeshauptstadt Mainz (16 100 DM) den ersten Platz ein. An dritter Stelle der Leistungskraft rangiert Frankenthal mit 14 800 DM, gefolgt von Koblenz (12 800 DM) und Speyer (12 000 DM). In allen übrigen Städten bezieht sich das Sozialprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung auf Werte zwischen 9 000 und 11 000 DM. Während früher die kreisfreien Städte, gemessen an der Pro-Kopf-Leistung, stets die ersten Plätze für sich beanspruchten, ist seit 1970 infolge der durch Neuansiedlung mehrerer industrieller Großbetriebe überdurchschnittlich gewachsene Landkreis Germersheim mit Abstand an die erste Stelle gerückt. Pro Kopf der Wirtschaftsbevölkerung wurde hier im Jahre 1970 ein Bruttoinlandsprodukt von annähernd 20 000 DM erwirtschaftet, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß infolge der in diesen Zahlen enthaltenen Angaben einer großen Raffinerie auch erhebliche Steuerbeträge im Bruttoinlandsprodukt enthalten sind, die diesen Wert im Vergleich zu den Ergebnissen anderer Landkreise und Städte überhöht erscheinen lassen. Weitere hochindustrialisierte Landkreise mit einem Sozialprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung von mehr als 10 000 DM (der Landesdurchschnitt stellt sich auf 10 700 DM) sind die Landkreise Mainz-Bingen (12 500 DM), Mayen-Koblenz (10 600 DM), Neuwied (10 300 DM), Unterwesterwaldkreis (10 200 DM) und der Landkreis Altkirchen mit etwas über 10 000 DM. Die Kreise mit der geringsten Pro-Kopf-Leistung liegen überwiegend im Grenzgebiet zu Frankreich, zum Saarland und zu Belgien/Luxemburg. Es handelt sich um die Kreise Bitburg-Prüm und Kusel (jeweils 6 500 DM je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung), Kaiserslautern (7 100 DM), Daun (7 300 DM) sowie Birkenfeld, Rhein-Hunsrück-Kreis und Trier-Saarburg mit jeweils knapp 7 900 DM.

Unter den Regierungsbezirken hat die höchste Leistungskraft der Bezirk Rheinhessen-Pfalz mit einem Bruttoinlandsprodukt von 12 100 DM je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, während der Regierungsbezirk Koblenz mit 9 700 DM und Regierungsbezirk Trier mit 8 600 DM unter dem Landesdurchschnitt bleiben.

Das höchste Sozialprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung kann unter den Regionen die Vorderpfalz mit 13 600 DM aufweisen. Über dem Landesdurchschnitt liegen auch noch Rheinhessen mit 13 300 DM und, infolge des guten Ergebnisses



## Leistungskraft der Verwaltungsbezirke und Regionen 1961, 1968 und 1970

Verwaltungsbezirk Region	BIP je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung					BIP je Einwohner				
	1961	1968	1970	Veränderung 1970 zu 1961		1961	1968	1970	Veränderung 1970 zu 1961	
				ins- gesamt	Ø jährlich				ins- gesamt	Ø jährlich
DM			%		DM			%		
Kreisfreie Stadt Koblenz	6 190	10 310	12 830	107,3	8,4	7 200	12 640	15 730	118,5	9,1
Landkreise										
Ahrweiler	5 090	7 080	8 700	70,9	6,1	4 610	6 160	7 570	64,2	5,7
Altenkirchen (Ww. )	4 660	7 540	10 040	115,5	8,9	4 200	6 750	8 990	114,0	8,8
Bad Kreuznach	4 540	7 500	9 200	102,6	8,2	4 480	7 440	9 110	103,3	8,2
Birkenfeld	5 020	6 430	7 860	56,6	5,1	4 470	6 180	7 540	68,7	6,0
Cochem-Zell	3 640	7 140	8 220	125,8	9,5	3 670	6 370	7 330	99,7	8,0
Mayen-Koblenz	5 580	8 100	10 640	90,7	7,4	5 150	6 940	9 130	77,3	6,6
Neuwied	5 520	7 940	10 300	86,6	7,2	5 300	7 380	9 570	80,6	6,8
Oberwesterwaldkreis	3 850	6 540	8 450	119,5	9,1	3 180	5 650	7 300	129,6	9,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	4 140	6 190	7 900	90,8	7,4	3 980	5 750	7 340	84,4	7,0
Rhein-Lahn-Kreis	4 490	6 820	8 540	90,2	7,4	4 030	5 840	7 310	81,4	6,8
Unterwesterwaldkreis	4 640	7 810	10 220	120,3	9,2	4 400	7 250	9 490	115,7	8,9
Reg. Bez. Koblenz	4 950	7 660	9 700	96,0	7,8	4 710	7 160	9 070	92,6	7,6
Kreisfreie Stadt Trier	5 580	8 670	11 020	97,5	7,9	6 320	10 890	13 850	119,1	9,1
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	3 410	6 520	8 680	154,5	10,9	3 220	6 070	8 090	151,2	10,8
Bitburg-Prüm	3 380	5 290	6 510	92,6	7,6	3 150	4 960	6 100	93,7	7,6
Daun	3 870	5 570	7 340	89,7	7,4	3 680	5 250	6 910	87,8	7,3
Trier-Saarburg	4 010	6 150	7 890	96,8	7,8	3 110	4 820	6 180	98,7	7,9
Reg. Bez. Trier	4 160	6 710	8 610	107,0	8,4	3 940	6 510	8 340	111,7	8,7
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	7 880	10 770	14 770	87,4	7,2	9 350	12 320	16 890	80,6	6,8
Kaiserslautern	5 510	6 780	9 110	65,3	5,7	6 040	8 960	12 020	99,0	7,9
Landau i. d. Pfalz	4 780	7 850	9 350	95,6	7,7	5 640	10 100	12 030	113,3	8,8
Ludwigshafen a. Rhein	7 440	14 940	16 900	127,2	9,5	10 480	21 200	23 990	128,9	9,6
Mainz	6 580	13 320	16 070	144,2	10,4	7 670	16 790	20 260	164,1	11,4
Neustadt a. d. Weinstr.	5 490	8 740	10 330	88,2	7,3	5 610	8 960	10 590	88,8	7,3
Pirmasens	5 880	8 260	10 200	73,5	6,3	6 230	9 850	12 160	95,2	7,7
Speyer	5 280	10 000	12 040	128,0	9,6	6 150	11 870	14 280	132,2	9,8
Worms	5 670	9 510	11 140	96,5	7,8	5 990	10 220	11 970	99,8	8,0
Zweibrücken	6 060	9 430	10 540	73,9	6,3	6 530	11 140	12 460	90,8	7,4
Landkreise										
Alzey-Worms	4 240	7 070	8 350	96,9	7,8	3 200	5 100	6 030	88,4	7,3
Bad Dürkheim	5 580	8 080	9 280	66,3	5,8	4 570	6 300	7 240	58,4	5,2
Donnersbergkreis	4 170	6 420	8 600	106,2	8,4	3 540	5 270	7 060	99,4	8,0
Germersheim	4 540	11 350	19 790	335,9	17,8	3 380	9 470	16 510	388,5	19,3
Kaiserslautern	4 010	5 210	7 130	77,8	6,6	2 770	3 880	5 310	91,7	7,5
Kusel	3 880	5 120	6 540	68,6	6,0	2 730	3 720	4 760	74,4	6,4
Landau-Bad Bergzabern	4 430	7 940	9 730	119,6	9,1	3 470	6 130	7 510	116,4	9,0
Ludwigshafen	4 540	7 140	9 560	110,6	8,6	2 030	3 560	4 770	135,0	10,0
Mainz-Bingen	5 620	10 400	12 510	122,6	9,3	4 580	8 290	9 970	117,7	9,0
Pirmasens	4 910	7 510	8 910	81,5	6,8	3 910	5 850	6 950	77,7	6,6
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	5 640	9 760	12 070	114,0	8,8	5 270	9 430	11 670	121,4	9,2
Rheinland-Pfalz	5 180	8 580	10 750	107,5	8,5	4 880	8 200	10 260	110,2	8,6
Kreisfreie Städte	6 260	10 820	13 080	108,9	8,5	7 330	13 520	16 350	123,1	9,3
Landkreise	4 590	7 300	9 410	105,0	8,3	3 900	6 140	7 910	102,8	8,2
Regionen										
Westeifel	.	.	7 220	.	.	.	.	6 770	.	.
Mosel-Saar	.	.	9 490	.	.	.	.	9 370	.	.
Mittelrhein	.	.	10 130	.	.	.	.	9 490	.	.
Westerwald	.	.	9 890	.	.	.	.	8 970	.	.
Nahe	.	.	8 550	.	.	.	.	8 300	.	.
Rheinhessen	.	.	13 260	.	.	.	.	13 070	.	.
Westpfalz	.	.	8 730	.	.	.	.	8 230	.	.
Vorderpfalz	.	.	13 610	.	.	.	.	13 720	.	.
Südpfalz	.	.	13 480	.	.	.	.	11 920	.	.



von Germersheim, die Südpfalz mit 13 500 DM. Die geringste Leistungskraft zeigen auch hier die Regionen der Grenzgebiete: Westeifel mit 7 200 DM, Nahe mit 8 600 DM und Westpfalz mit 8 700 DM. Diese Werte zeigen deutlich, daß trotz der großen Erfolge, die die regionale Wirtschaftsförderung gerade in diesen Gebieten zu verzeichnen hat, noch ein starker Nachholbedarf vorhanden ist.

### Produzierendes Gewerbe zunehmend für Wirtschaftsstruktur der Kreise bestimmend

Die unterschiedlich hohen Anteile der Wirtschaftsbereiche am Sozialprodukt lassen eine Vielfalt struktureller Besonderheiten erkennen. Zur Charakterisierung der wesentlichsten Strukturunterschiede ist eine Typisierung der Kreise erforderlich, die, wie bei den bisherigen Veröffentlichungen von kreisweisen Sozialproduktszahlen, nach folgendem Schema erfolgt:

Landwirtschaftlich orientierte Kreise (L)

Vom produzierenden Gewerbe bestimmte Kreise (P)

Vom Dienstleistungsbereich bestimmte Kreise (D)

Gemischtwirtschaftlich orientierte Kreise (G)

Die Zuordnung der Kreise zu den ersten drei Strukturtypen erfolgt nach dem Beitrag der Bereiche Land- und Forstwirtschaft, produzierendes Gewerbe, Dienstleistungen zum Bruttoinlandsprodukt (Dienstleistungen hier im weiteren Sinne, also einschließlich Handel und Verkehr). Ein Kreis gehört einem dieser drei Strukturtypen an, wenn der Bruttoinlandsprodukt-Anteil dieses Bereichs mehr als 40% beträgt. Ist für keinen Bereich ein Anteil von mehr als 40% festzustellen, so handelt es sich um einen gemischtwirtschaftlich orientierten Kreis. Beläuft sich der Beitrag zweier Wirtschaftsbereiche auf jeweils mehr als 40%, so ist für die Zuordnung der Wirtschaftsbereich mit dem stärksten Gewicht ausschlaggebend. Die Bedeutung, die dem ersten Bereich zukommt, wird durch ein Suffix wiedergegeben:

- 1 = 40 — 50%
- 2 = 50 — 60%
- 3 = 60% und mehr

Zur Darstellung der Wirtschaftsstruktur wird der zweitstärkste Bereich ebenfalls angeführt und durch Kleinbuchstaben kenntlich gemacht. Das Gewicht dieses Wirtschaftsbereichs wird ebenfalls durch ein Suffix erläutert:

- 1 = unter 20%
- 2 = 20 — 30%
- 3 = 30% und mehr

Die grafische Darstellung erfolgt abweichend von der bisherigen Übung nach einem Schema, das auch einen Vergleich mit entsprechenden Zahlen aus der Volks- und Berufszählung 1970 zuläßt<sup>1)</sup>.

Nur noch in sehr wenigen rheinland-pfälzischen Landkreisen ist die Land- und Forstwirtschaft von größerem Einfluß auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts. Lediglich in 8 der 25 Landkreise vereinigte sie im Jahre 1970 mehr als ein Zehntel der wirtschaftlichen Leistung auf sich, wobei der Kreis Alzey-Worms mit einem Anteil von 23% mit Abstand an der Spitze liegt. Die übrigen Kreise mit einem mehr als 10%igen Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt sind Bitburg-Prüm (14,8%), Landau-Bad Bergzabern (14,7%), Trier-Saarburg (13,8%), Bernkastel-Witt-

lich (12,9%), Ludwigshafen (12,7%), Bad Dürkheim (12,4%) sowie Cochem-Zell (10,4%). Die beiden Landkreise mit dem geringsten Anteil der Land- und Forstwirtschaft sind der Unterwesterwaldkreis mit 2,2% und Altenkirchen mit 2,8%. Das Ergebnis dieser beiden letztgenannten Landkreise liegt sogar noch z. T. unter den Anteilen einiger kreisfreier Städte, von denen Neustadt mit 4,0% Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt den höchsten Wert verzeichnet. Im Landesdurchschnitt betrug 1970 der Anteil der Land- und Forstwirtschaft 4,6%, wobei erwartungsgemäß die Landkreise mit einem Anteil von 7,5% gegenüber den kreisfreien Städten dominierten, in denen die landwirtschaftliche Leistung durchschnittlich weniger als 1% ausmachte.

Im Gegensatz zur Landwirtschaft ist das produzierende Gewerbe in den meisten Kreisen zum strukturbestimmenden Wirtschaftszweig geworden. In der überwiegenden Mehrzahl der Kreise (in 20 von 25), aber auch in den meisten kreisfreien Städten (in 7 von 12) ist seine Bedeutung, gemessen an der Höhe des Bruttoinlandsprodukts größer als die des Dienstleistungsbereichs. Eine überragende Stellung hat das produzierende Gewerbe im Landkreis Germersheim, wo sich sein Anteil am Sozialprodukt auf 82,1% beläuft. Im Jahre 1961 hatte dieser Anteil noch weniger als 50% betragen, während die Landwirtschaft mit knapp 20% weit über dem Durchschnitt der Landkreise rangierte. Gemessen am Anteil hat der Landkreis Germersheim damit sogar die hochindustrialisierte Stadt Ludwigshafen (79,5%) überholt. Ganz überwiegend vom produzierenden Gewerbe bestimmt sind außerdem mit Anteilen dieses Wirtschaftsbereichs zwischen 60 und 75% die kreisfreien Städte Frankenthal, Worms und Zweibrücken sowie die Landkreise Altenkirchen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Unterwesterwaldkreis und Pirmasens. Bei einem landesdurchschnittlichen Anteil des produzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt von 55,6% im Jahre 1970 ist dieser Wirtschaftsbereich in den Städten Koblenz (35,2%) und Neustadt (36,7%) sowie in den Landkreisen Cochem-Zell (38,6%), Bernkastel-Wittlich (33,1%) und Alzey-Worms (30,8%) am schwächsten vertreten.

Über ein Viertel aller rheinland-pfälzischen Kreise, nämlich 5 kreisfreie Städte und 5 Landkreise, waren im Jahre 1970 in ihrer Wirtschaftsstruktur von den Dienstleistungsbereichen bestimmt. Diese sind, das sei nochmals betont, bei der Typisierung der Verwaltungsbezirke im weiteren Sinne zu verstehen. Sie umfassen neben den eigentlichen Dienstleistungen (Kreditinstitute, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsgewerbe, Staat und Private Haushalte) auch den Bereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Von ganz überragender Bedeutung sind die Dienstleistungen mit einem Anteil von fast zwei Dritteln in der Stadt Koblenz, die eine der größten Garnisonstädte Europas und zudem Sitz des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung sowie einer Reihe anderer größerer Behörden und Ämter ist. Einen Anteil von über 50% am Sozialprodukt haben die Dienstleistungsbereiche

<sup>1)</sup> Vgl. G. Nold-Stahlberg: Regionale Verteilung der Erwerbstätigen. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 26, Heft 10, Oktober 1973, Schaubilder Seite 276 und 277.



## Wirtschaftsstruktur der Verwaltungsbezirke und Regionen 1961 und 1970







Verwaltungsbezirk Region	Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungen				Strukturtyp <sup>1)</sup>	
					zusammen		Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistung.		
	1961	1970	1961	1970	1961	1970			1961	1970
Anteil am BIP in %										
Kreisfreie Stadt Koblenz	1,4	0,8	31,5	35,2	67,1	64,0	25,4	38,6	D <sub>3</sub> P <sub>3</sub>	D <sub>3</sub> P <sub>3</sub>
Landkreise										
Ahrweiler	7,9	4,7	49,1	48,1	43,0	47,1	16,0	31,1	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>
Altenkirchen (Ww.)	6,5	2,8	58,0	62,5	35,5	34,7	16,7	18,0	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>3</sub> d <sub>3</sub>
Bad Kreuznach	9,8	5,5	47,7	48,2	42,5	46,3	22,5	23,8	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>
Birkenfeld	7,4	4,4	56,4	53,1	36,1	42,6	16,7	25,9	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Cochem-Zell	19,6	10,4	35,4	38,6	44,9	51,0	24,0	27,0	D <sub>1</sub> P <sub>3</sub>	D <sub>2</sub> P <sub>3</sub>
Mayen-Koblenz	6,4	3,5	64,5	64,6	29,1	31,9	12,9	19,0	P <sub>3</sub> d <sub>2</sub>	P <sub>3</sub> d <sub>3</sub>
Neuwied	5,3	2,9	61,5	61,0	33,2	36,1	14,9	21,2	P <sub>3</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>3</sub> d <sub>3</sub>
Oberwesterwaldkreis	13,4	4,3	45,7	57,1	40,9	38,6	17,4	21,2	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Rhein-Hunsrück-Kreis	17,7	9,8	37,2	46,6	45,1	43,6	16,9	26,7	D <sub>1</sub> P <sub>3</sub>	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>
Rhein-Lahn-Kreis	11,8	6,3	44,2	48,9	44,0	44,8	16,9	27,9	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>
Unterwesterwaldkreis	7,1	2,2	55,6	67,2	37,4	30,7	13,1	17,6	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>3</sub> d <sub>3</sub>
Reg. Bez. Koblenz	7,9	4,0	50,2	52,8	41,9	43,2	18,0	25,2	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Kreisfreie Stadt Trier	1,2	0,9	39,2	47,0	59,6	52,1	26,5	25,6	D <sub>2</sub> P <sub>3</sub>	D <sub>2</sub> P <sub>3</sub>
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	25,0	12,9	29,4	33,1	45,5	53,9	31,2	22,7	D <sub>1</sub> P <sub>2</sub>	D <sub>2</sub> P <sub>3</sub>
Bitburg-Prüm	21,8	14,8	32,8	40,0	45,5	45,1	17,0	28,1	D <sub>1</sub> P <sub>3</sub>	D <sub>1</sub> P <sub>3</sub>
Daun	17,7	9,6	45,4	49,5	36,8	40,8	16,8	24,0	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>
Trier-Saarburg	23,9	13,8	42,0	44,9	34,1	41,3	19,1	22,2	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>
Reg. Bez. Trier	14,9	8,7	37,5	42,8	47,7	48,4	23,9	24,5	D <sub>1</sub> P <sub>3</sub>	D <sub>1</sub> P <sub>3</sub>
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	2,4	1,9	77,7	75,3	19,8	22,8	8,9	13,9	P <sub>3</sub> d <sub>1</sub>	P <sub>3</sub> d <sub>2</sub>
Kaiserslautern	0,9	0,5	45,1	48,4	53,9	51,2	24,6	26,6	D <sub>2</sub> P <sub>3</sub>	D <sub>2</sub> P <sub>3</sub>
Landau i. d. Pfalz	4,7	2,9	33,2	40,2	62,1	56,9	30,3	26,6	D <sub>3</sub> P <sub>3</sub>	D <sub>2</sub> P <sub>3</sub>
Ludwigshafen a. Rhein	0,5	0,3	75,7	79,5	23,8	20,2	8,7	11,5	P <sub>3</sub> d <sub>2</sub>	P <sub>3</sub> d <sub>2</sub>
Mainz	1,6	0,7	47,4	50,3	51,0	49,0	16,3	32,7	D <sub>2</sub> P <sub>3</sub>	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Neustadt a. d. Weinstr.	5,3	4,0	38,1	36,7	56,6	59,2	25,4	33,8	D <sub>2</sub> P <sub>3</sub>	D <sub>2</sub> P <sub>3</sub>
Pirmasens	1,4	0,7	56,7	54,1	42,0	45,2	25,2	20,0	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Speyer	1,5	0,8	52,4	58,7	46,1	40,4	11,6	28,8	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Worms	3,9	2,3	56,1	62,4	40,0	35,3	16,7	18,6	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>3</sub> d <sub>3</sub>
Zweibrücken	2,6	1,2	64,4	63,9	33,0	35,0	12,7	22,3	P <sub>3</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>3</sub> d <sub>3</sub>
Landkreise										
Alzey-Worms	30,4	23,0	29,8	30,8	39,8	46,2	22,7	23,5	G	D <sub>1</sub> P <sub>3</sub>
Bad Dürkheim	12,9	12,4	54,3	45,4	32,9	42,3	18,3	24,0	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>
Donnersbergkreis	21,1	9,3	47,0	58,6	31,9	32,1	11,3	20,8	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Germersheim	19,6	3,9	49,8	82,1	30,5	14,1	4,6	9,5	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>3</sub> d <sub>1</sub>
Kaiserslautern	14,0	6,1	45,4	53,2	40,6	40,7	16,1	24,6	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Kusel	19,2	9,0	42,7	46,8	38,1	44,2	17,4	26,8	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>
Landau-Bad Bergzabern	21,5	14,7	43,4	44,1	35,1	41,2	19,0	22,2	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>
Ludwigshafen	23,0	12,7	36,9	40,4	40,1	46,8	21,1	25,7	D <sub>1</sub> P <sub>3</sub>	D <sub>1</sub> P <sub>3</sub>
Mainz-Bingen	13,0	8,2	48,3	55,2	38,8	36,7	20,2	16,5	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Pirmasens	11,7	5,1	65,0	67,7	23,3	27,3	10,1	17,2	P <sub>3</sub> d <sub>2</sub>	P <sub>3</sub> d <sub>2</sub>
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	7,5	4,1	54,8	59,7	37,7	36,1	15,2	20,9	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Rheinland-Pfalz	8,5	4,6	51,3	55,6	40,3	39,8	17,1	22,7	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Kreisfreie Städte	1,7	0,9	53,9	57,4	44,4	41,6	17,4	24,2	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Landkreise	13,6	7,5	49,3	54,1	37,1	38,3	16,8	21,5	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Regionen										
Westeifel	.	12,8	.	41,1	.	46,1	20,6	25,5	.	D <sub>1</sub> P <sub>3</sub>
Mosel-Saar	.	6,8	.	43,6	.	49,6	25,5	24,1	.	D <sub>1</sub> P <sub>3</sub>
Mittelrhein	.	4,0	.	48,5	.	47,6	18,8	28,8	.	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>
Westerwald	.	2,9	.	62,0	.	35,1	15,5	19,6	.	P <sub>3</sub> d <sub>3</sub>
Nahe	.	5,8	.	49,4	.	44,8	20,0	24,8	.	P <sub>1</sub> d <sub>3</sub>
Rheinhessen	.	4,7	.	51,4	.	43,9	17,8	26,1	.	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Westpfalz	.	3,6	.	55,6	.	40,9	18,1	22,8	.	P <sub>2</sub> d <sub>3</sub>
Vorderpfalz	.	3,0	.	67,6	.	29,4	12,2	17,2	.	P <sub>3</sub> d <sub>2</sub>
Südpfalz	.	6,6	.	64,7	.	28,6	12,8	15,8	.	P <sub>3</sub> d <sub>2</sub>

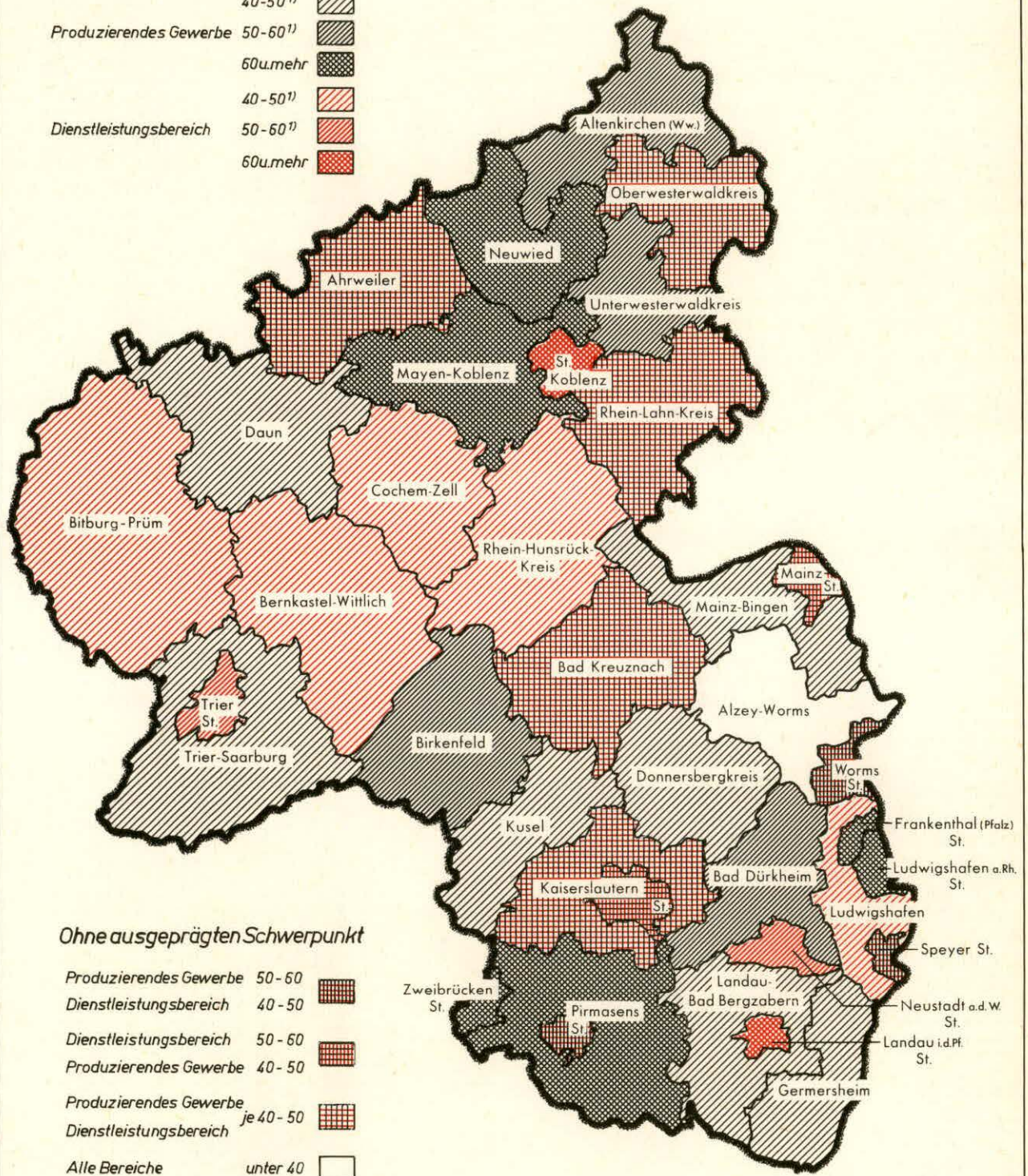
1) Vgl. Ausführungen auf Seite 294.



# Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen 1961

Anteil des Bereichs  
am Bruttoinlandsprodukt in %

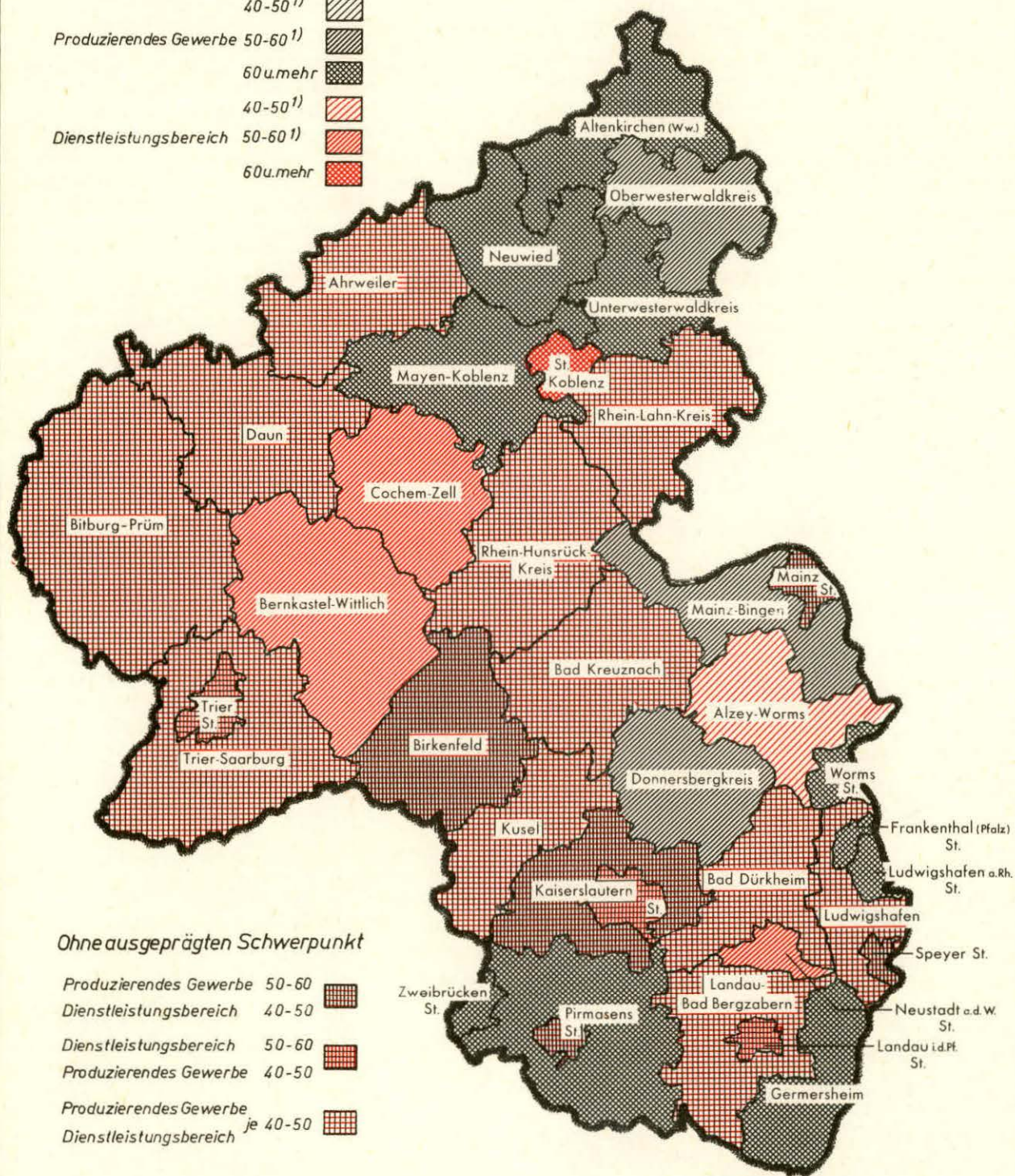
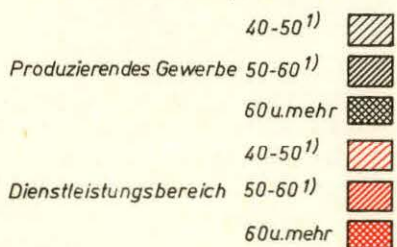
	40-50 <sup>1)</sup>	
Produzierendes Gewerbe	50-60 <sup>1)</sup>	
	60 u. mehr	
Dienstleistungsbereich	40-50 <sup>1)</sup>	
	50-60 <sup>1)</sup>	
	60 u. mehr	



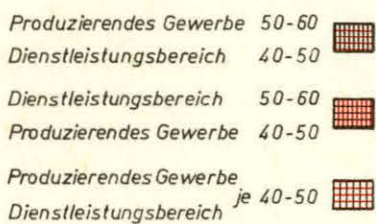


# Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen 1970

Anteil des Bereichs  
am Bruttoinlandsprodukt in %



Ohne ausgeprägten Schwerpunkt



1) Alle übrigen Bereiche unter 40 %



auch in den Städten Trier, Kaiserslautern, Landau und Neustadt sowie in den Landkreisen Cochem-Zell und Bernkastel-Wittlich. Extrem niedrig ist der Anteil der Dienstleistungen infolge der dort überragenden Bedeutung des produzierenden Gewerbes im Landkreis Germersheim; er stellte sich hier im Jahre 1970 auf lediglich 14,1%. In den Städten Frankenthal und Ludwigshafen tragen die Dienstleistungen jeweils etwas mehr als 20% zum Bruttoinlandsprodukt bei. Im Landesdurchschnitt betrug 1970 der Anteil der Dienstleistungsbereiche 39,8%. Hier zeigt sich in den kreisfreien Städten mit einer Quote von 41,6% eine etwas stärkere Beteiligung als in den Landkreisen, wo auf die Dienstleistungsbereiche nur 38,3% des gesamten Sozialprodukts entfallen.

In allen Kreisen und kreisfreien Städten, in denen das produzierende Gewerbe der stärkste Wirtschaftszweig ist, stellen die Dienstleistungen den zweitstärksten Bereich; das gleiche gilt umgekehrt. Der Strukturtyp des gemischtwirtschaftlichen Kreises ist in Rheinland-Pfalz 1970 nicht mehr festgestellt worden. Unter den 3 Regierungsbezirken ist Rheinhessen-Pfalz, wo das produzierende Gewerbe mit einem Anteil von knapp 60% den höchsten Wert erreicht, als der am stärksten industrialisierte Bezirk anzusprechen. Auch im Bezirk Koblenz macht der Anteil des produzierenden Gewerbes mehr als 50% aus (52,8%), während im Regierungsbezirk Trier bei einem Anteil des produzierenden Gewerbes von 42,8% die Dienstleistungsberei-

che mit 48,4% dominieren. Verhältnismäßig hoch ist im Regierungsbezirk Trier noch der Anteil der Land- und Forstwirtschaft, der hier 8,7% des Bruttoinlandsprodukts auf sich vereinigt, während dieser Wirtschaftsbereich in den Regierungsbezirken Koblenz und Rheinhessen-Pfalz mit jeweils rund 4% von untergeordneter Bedeutung ist.

Das bei der Strukturtypisierung der kreisfreien Städte und Landkreise sich abzeichnende Bild spiegelt sich auch in der Wirtschaftsstruktur der Regionen wider. Das produzierende Gewerbe ist in 7 der 9 Regionen wichtigster Wirtschaftszweig, in 2 Regionen - Westeifel und Mosel-Saar - dominieren die Dienstleistungsbereiche mit 46,1 bzw. 49,6%. Den höchsten Anteil erreicht das produzierende Gewerbe erwartungsgemäß in der Vorderpfalz, deren Anteil von 67,6% ganz überwiegend von der Stadt Ludwigshafen bestimmt ist. Anteile über 60% verzeichnen auch die Südpfalz - hier ist der Landkreis Germersheim strukturbestimmend - und im Westerwald, wo insbesondere der Landkreis Altenkirchen für den Anteil von 62,0% sorgt. Die relativ größte Bedeutung hat die Landwirtschaft mit einem Anteil am Sozialprodukt von 12,8% in der Region Westeifel, überdurchschnittlich ist ihr Anteil auch in den Regionen Rheinhessen, Mosel-Saar, Südpfalz und Nahe, während die übrigen Regionen den Landesdurchschnitt zum Teil stark unterschreiten. Den geringsten Anteil hat die Land- und Forstwirtschaft im Westerwald.

*Diplom-Volkswirt J. Gebauer*

## Bodennutzung 1973

Die Wirtschaftsfläche von Rheinland-Pfalz umfaßte im Jahre 1973 insgesamt 1 984 000 ha. Den weitaus größten Teil davon nimmt die land- und forstwirtschaftlich genutzte Fläche ein, die mit 1 642 100 ha einen Anteil von 83% erreicht. Auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) entfallen 890 400 ha (45%), Forsten und Holzungen beanspruchen 751 700 ha (38%). Die übrigen Flächen untergliedern sich in 104 100 ha (5,2%) Wege, Straßen und Eisenbahnen, 65 200 ha (3,3%) nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Fläche, 61 500 ha (3,1%) Gebäude- und Hofflächen, 54 900 ha (2,8%) Öd-, Abbau- und Unland; weitere 56 200 ha (2,8%) wurden für Gewässer, unkultivierte Moorflächen sowie Parkanlagen, Rasenflächen, Ziergärten, Friedhöfe, Sport-, Flug- und Übungsplätze ermittelt.

### Landwirtschaftlich genutzte Fläche erneut reduziert

Die LF verminderte sich im Berichtsjahr um 9 400 ha oder 1,0%. Der gesamte Rückgang seit dem Jahre 1956 umfaßt nicht weniger als rund 85 000 ha. Das entspricht etwa der LF des Landkreises Mayen-Koblenz und des Rhein-Hunsrück-Kreises.

Innerhalb der einzelnen Landkreise verfügt Bitburg-Prüm mit 93 400 ha über die umfangreichste LF, gefolgt von Alzey-Worms (50 200 ha), Trier-

Saargemünd (47 600 ha), Bernkastel-Wittlich (46 000 ha), dem Rhein-Hunsrück-Kreis (42 900 ha) und Bad Kreuznach (42 400 ha). Die stärksten Reduzierungen der LF von 1970 bis 1973 konnten in den Landkreisen Landau-Bad Bergzabern (- 3 400 ha), Kusel (- 2 300 ha), dem Oberwesterwaldkreis (- 2 000 ha), Trier-Saargemünd (- 1 800 ha) und dem Unterwesterwaldkreis (- 1 400 ha) festgestellt werden.

Die nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Fläche erhöhte sich 1973 um 8 900 ha auf 65 200 ha. Die Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr betrug 16% und ist die höchste von allen Nutzungsarten. Brachflächen in erheblichem Umfang sind vor allem im Oberwesterwaldkreis (7 100 ha), im Unterwesterwaldkreis (4 300 ha) sowie den Landkreisen Pirmasens (4 200 ha) und Trier-Saargemünd (4 000 ha) anzutreffen. Die stärkste Ausweitung der Brachflächen innerhalb der letzten drei Jahre verzeichnete der Landkreis Trier-Saargemünd (+ 1 300 ha), danach folgten Bernkastel-Wittlich, Ahrweiler sowie der Oberwesterwaldkreis und Unterwesterwaldkreis (jeweils + 1 200 ha).

Die Forsten und Holzungen, welche im Jahre 1969 mit 753 000 ha die größte Ausdehnung aufzuweisen hatten, verzeichneten bis 1972 eine Verminderung um 1 200 ha auf 751 800 ha und im Berichtsjahr



Ich bestelle ..... Exemplare des Bandes

Das Bruttoinlandsprodukt  
der kreisfreien Städte und Landkreise  
aller Bundesländer 1961, 1968 und 1970  
(Heft 4) zum Stückpreis von DM 15,--.

.....  
(Ort und Datum)

.....  
(Unterschrift)

Genaue Anschrift:

## Postkarte

An das

Statistische Landesamt  
Rheinland - Pfalz  
- Zentralreferat -

5427 BAD EMS  
Mainzer Straße 15/16



Ende Dezember erscheint

## **Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise aller Bundesländer 1961, 1968 und 1970**

Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 4

Umfang etwa 190 Seiten, Format DIN A 4, kartoniert, Preis DM 15,--

Der Band bringt in Tabellenform für Länder, Regierungsbezirke, Großstädte, kreisfreie Städte und Landkreise revidierte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1961, 1968 und 1970, die nach ländereinheitlicher Methode im Rahmen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ errechnet wurden. Die Veröffentlichung enthält für jeden Verwaltungsbezirk Angaben über das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, die Wohnbevölkerung, die Wirtschaftsbevölkerung, das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wohnbevölkerung und je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, die durchschnittlichen jährlichen Veränderungsraten sowie Angaben zur Wirtschaftsstruktur nach den Anteilen der vier wichtigsten Bereiche am Bruttoinlandsprodukt. Drei Karten vermitteln einen optischen Überblick über die Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik.

Bestellungen richten Sie bitte mittels dieser Bestellkarte direkt an das Statistische Landesamt.



Wirtschaftsfläche nach Hauptnutzungsarten 1950 - 1973

Nutzungsart	1950	1955	1960	1965	1970	1972	1973	Anteil an der Wirtschaftsfläche		Veränderung	
								1950	1973	1973 zu 1950	1973 zu 1972
	ha							%			
Landwirtschaftlich genutzte Fläche <sup>1)</sup>	953 054	981 988	969 933	964 828	912 027	899 837	890 446	48,3	44,9	- 6,6	- 1,0
Nicht genutzte landwirtschaftliche Fläche	.	.	.	.	47 164	56 359	65 240	.	3,3	.	15,8
Öd-, Abbau- und Unland	86 561	69 873	62 298	52 011	54 808	54 768	54 851	4,4	2,7	- 36,6	0,2
Unkultivierte Moorflächen	2 673	1 751	1 677	1 648	1 352	1 155	1 165	0,1	0,1	- 56,4	0,9
Waldfläche, Forsten und Holzungen	734 149	734 779	747 466	752 514	750 238	751 791	751 670	37,2	37,9	2,4	- 0,0
Gewässer	.	26 411	26 624	26 673	27 541	27 678	27 669	.	1,4	.	- 0,0
Gebäude- und Hofflächen	.	40 820	46 883	52 809	59 556	60 948	61 510	.	3,1	.	0,9
Wege, Straßen und Eisenbahnen	89 268	90 212	93 771	102 404	103 596	104 020	104 086	4,5	5,2	16,6	0,1
Parkanlagen, Rasenflächen, Ziergärten, Friedhöfe, Sport-, Flug- und Übungsplätze <sup>2)</sup>	23 615	34 179	34 031	29 999	27 720	27 306	27 358	1,2	1,4	15,9	0,2
Insgesamt	1 971 830	1 980 013	1 982 683	1 982 886	1 984 002	1 983 862	1 983 995	100,0	100,0	0,6	0,0

1) 1950 bis 1965 einschl. der nicht genutzten landwirtschaftlichen Flächen sowie der Ziergärten und privaten Parkanlagen. - 2) 1950 bis 1965 ohne Ziergärten und private Parkanlagen.

wurde eine nahezu unveränderte Fläche ausgewiesen. Bei den Gebäude- und Hofflächen ergab sich innerhalb der letzten zehn Jahre eine durchschnittliche jährliche Steigerung um etwa 1 000 ha; sie nahmen 1973 um 600 ha oder 0,9% zu. Unter Berücksichtigung der umfangreichen baulichen Maßnahmen und geplanten Vorhaben ist auch in den kommenden Jahren mit einer ähnlich kräftigen Zunahme dieser Flächen zu rechnen. Alle übrigen Flächen wiesen gegenüber 1972 nur sehr geringfügige Veränderungen auf.

Von der LF in Rheinland-Pfalz umfaßt allein das Ackerland 525 500 ha (59%), während weitere 267 500 ha (30%) als Dauergrünland und 64 700 ha (7,3%) als bestocktes Rebland und Rebbrache zur Wiederbestockung ausgewiesen wurden. Die restlichen 3,6% werden von Haus-, Nutz- und Kleingärten, Obstanlagen und Baumschulen in Anspruch genommen.

Das Ackerland, welches im Jahre 1956 mit 630 000 ha seine größte Ausdehnung erreicht hatte, wurde in den darauffolgenden Jahren kontinuierlich eingeschränkt und nahm im Berichtsjahr nur noch 525 500 ha ein. Das ergab eine durchschnittliche jährliche Abnahmerate von nicht weniger als 6 100 ha. Die im Jahre 1973 ermittelte Reduzierung des Ackerlandes in Höhe von 7 200 ha (- 1,4%) bestätigte ein unvermindertes Anhalten der aufgezeigten rückläufigen Entwicklung. Das Ausmaß der Einschränkung des Ackerlandes wird besonders an folgendem Vergleich deutlich: Die Ackerfläche des Oberwesterwaldkreises wurde im Berichtsjahr mit 6 400 ha ausgewiesen und lag somit etwas über der durchschnittlichen Fläche, um welche das Ackerland in Rheinland-Pfalz jährlich schrumpft. In den letzten Jahren dürfte allerdings in den Höhegebieten ein Teil des Ackerlandes in Dauergrünland umgewandelt worden sein.

Das Dauergrünland, welches 1969 noch 280 300 ha beanspruchte und in den folgenden Jahren eine rückläufige Entwicklung aufzuweisen hatte, zeichnete 1973 erneut eine Einschränkung, die 3 700 ha oder 1,4% ausmachte. Es umfaßt insgesamt 267 500 ha und untergliedert sich in 167 300 ha Wiesen, 52 300 ha Mähweiden, 39 500 ha Weiden ohne Hutungen sowie 8 500 ha Hutungen. Bei den Obstanlagen, die 1950 nur 8 000 ha einnahmen, konnte über nahezu 20 Jahre eine Tendenz zur Ausweitung beobachtet werden; sie erreichten im Jahre 1969 mit 12 500 ha ihre größte Ausdehnung, erfuhren dann aber eine Verminderung, die bis zum Jahre 1973 insgesamt 1 600 ha ausmachte. Die zunehmende Bedeutung der Baumschulen läßt sich an der im Berichtsjahr ermittelten Zuwachsrate von + 16% erkennen, die damit am höchsten von allen Kulturarten ausfiel. Auch künftig dürften in erhöhtem Maße Baumschulerzeugnisse für Park- und Erholungsanlagen, zur Verschönerung von Wegen und Plätzen und nicht zuletzt für Gartenanlagen benötigt werden.

#### Bestocktes Rebland um 2,5% erweitert

Für das bestockte Rebland, welches 1973 um knapp 1 500 ha oder 2,5% auf 61 500 ha erweitert wurde, läßt sich seit dem Jahre 1969 eine beschleunigte Ausdehnung feststellen. Während von 1950 bis 1969 eine durchschnittliche jährliche Steigerungsrate von knapp 950 ha beobachtet werden konnte, erhöhte sie sich für die Jahre 1969 bis 1973 auf mehr als 1 500 ha. Die Zunahme der bestockten Rebfläche innerhalb der letzten vier Jahre betrug nicht weniger als 6 200 ha. Die im Ertrag stehende Rebfläche wuchs 1973 um 1 400 ha oder 2,7% auf 55 500 ha; ihr Anteil am bestockten Rebland blieb mit 90,2% nahezu unverändert. Die Jungfelder, Rebschulen und Unterlagenschnittgärten wurden zwar nur geringfügig ausgedehnt, nehmen aber



## Landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kulturarten 1950 - 1973

Kulturart	1950	1955	1960	1965	1970	1972	1973	Anteil an der landwirtschaftl. genutzten Fläche		Veränderung	
								1950	1973	1973 zu 1950	1973 zu 1972
	ha								%		
Ackerland <sup>1)</sup>	616 126	636 287	617 211	577 059	541 000	532 739	525 501	64,7	59,0	- 14,7	- 1,4
Haus-, Nutz- und Kleingärten	24 077	22 977	20 091	19 072	21 280	20 654	20 686	2,5	2,3	- 14,1	0,2
Obstanlagen	8 038	9 055	9 273	10 954	11 735	10 873	10 849	0,9	1,2	35,0	- 0,2
Baumschulen	359	295	559	491	648	591	687	0,0	0,1	91,4	16,2
Dauergrünland <sup>2)</sup>	261 537	263 503	268 816	298 552	276 132	271 255	267 547	27,4	30,1	2,3	- 1,4
Bestocktes Rebland	37 546	47 402	50 999	52 504	57 267	60 057	61 531	3,9	6,9	63,9	2,5
Im Ertrag stehend	32 608	41 478	44 644	47 917	51 883	54 072	55 517	3,4	6,2	70,3	2,7
Weißweinsorten	28 250	36 171	39 794	42 921	47 337	49 887	51 489	3,0	5,8	82,3	3,2
Rotweinsorten	4 358	5 307	4 850	4 996	4 546	4 185	4 028	0,4	0,4	- 7,6	- 3,8
Jungfelder, Rebschulen und Unterlagenschnittgärten	4 938	5 924	6 355	4 587	5 384	5 985	6 014	0,5	0,7	21,8	0,5
Rebbrache zur Wiederbestockung	3 686	1 578	1 229	4 230	3 521	3 230	3 212	0,4	0,4	- 12,9	- 0,6
Korbweiden, Pappelanlagen, Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes <sup>3)</sup>	306	383	333	221	444	438	433	0,0	0,0	41,5	- 1,1
Insgesamt <sup>4)</sup>	953 054	981 988	969 933	964 828	912 027	899 837	890 446	100,0	100,0	- 6,6	- 1,0

1) 1950 bis 1965 einschl. der nicht genutzten Flächen. - 2) 1950 bis 1965 einschl. des nicht genutzten Grünlandes. - 3) 1950 bis 1969 ohne Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes. - 4) 1950 bis 1965 einschl. der nicht genutzten Flächen sowie der Ziergärten und privaten Parkanlagen.

erstmalts etwas mehr als 6 000 ha in Anspruch. Wie schon in vielen Jahren zuvor wurden die Flächen der weißen Rebsorten auch 1973 vergrößert, und zwar um 1 600 ha auf 51 500 ha; ihr Anteil an der bestockten Rebfläche erhöhte sich auf 83,7%. Die roten Rebsorten, welche vorwiegend in den Anbaugebieten Rheinpfalz und Ahr angepflanzt werden, erfuhren eine Verminderung um 160 ha und sind nur noch auf 4 000 ha anzutreffen. Die Rebbrache zur Wiederbestockung blieb mit 3 200 ha nahezu unverändert.

Nach den Ergebnissen des Weinbaukatasters vom Mai 1972 befanden sich in Rheinland-Pfalz rund zwei Fünftel der bestockten Rebflächen zu Keltertrauben in der Ebene oder auf Tallagen, 44% in Hanglagen mit einer Steigung von 5% bis 20%, weitere 11% in Steillagen und die restlichen 4% auf der Hochebene. Von den Neu- und Wiederanpflanzungen entfielen neun Zehntel auf Ebenen, Tal- oder Hanglagen, dagegen konnten nur 246 ha oder 8,2% den Steillagen und 83 ha oder 2,8% den Hochebenen zugerechnet werden. Die schwierigen

und weniger rationellen Arbeitsbedingungen in diesen Lagen dürften auch künftig dazu führen, daß sich die rückläufige Entwicklung fortsetzen wird.

Die Landkreise mit den umfangreichsten bestockten Rebflächen befinden sich im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz. Als einziger Landkreis, der über mehr als 10 000 ha bestockten Reblandes aufzuweisen hat, konnte Alzey-Worms (10 900 ha) ermittelt werden. Danach folgen die Landkreise Landau-Bad Bergzabern (9 700 ha), Mainz-Bingen (9 400 ha) und Bad Dürkheim (8 000 ha). Im Regierungsbezirk Trier sind als bedeutendste Weinbaukreise Bernkastel-Wittlich und Trier-Saarburg mit jeweils 4 500 ha zu nennen, während im Regierungsbezirk Koblenz die Kreise Bad Kreuznach über 4 800 ha und Cochem-Zell über 2 200 ha verfügen. Die kräftigste Ausdehnung der Rebflächen gegenüber dem Vorjahr wurde in den vier bedeutendsten Weinbaukreisen des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz vorgenommen; sie betrug insgesamt rund 1 100 ha.

## Bestockte Rebflächen 1950 - 1973

Jahr	Insgesamt	Im Ertrag stehend						Jungfelder, Rebschulen und Unterlagenschnittgärten	
		zusammen		weiße Rebsorten		rote Rebsorten			
		ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
1950	37 546	32 608	86,8	28 250	75,2	4 358	11,6	4 938	13,2
1955	47 402	41 478	87,5	36 171	76,3	5 307	11,2	5 924	12,5
1960	50 999	44 644	87,5	39 794	78,0	4 850	9,5	6 355	12,5
1965	52 504	47 917	91,3	42 921	81,8	4 996	9,5	4 587	8,7
1970	57 267	51 883	90,6	47 337	82,7	4 546	7,9	5 384	9,4
1971	58 521	52 854	90,3	48 483	82,8	4 371	7,5	5 667	9,7
1972	60 057	54 072	90,0	49 887	83,1	4 185	7,0	5 985	10,0
1973	61 531	55 517	90,2	51 489	83,7	4 028	6,5	6 014	9,8



Die größten Weinbaugemeinden der Bundesrepublik befinden sich in Rheinland-Pfalz. An erster Stelle ist Neustadt mit 1 916 ha bestockten Reblandes zu nennen. Danach folgen Landau (1 619 ha), Bad Dürkheim (1 298 ha), Maikammer (897 ha), Nierstein (891 ha) und Worms (888 ha).

### Weitere Verminderung des Ackerlandes

Für die Anbauverhältnisse des Jahres 1973 ergaben sich insgesamt gesehen recht vorteilhafte Bedingungen. Nach einem verhältnismäßig milden Winter, der nur geringe Niederschläge zu verzeichnen hatte, blieben die Auswinterungsschäden, wie in den Jahren zuvor, meist sehr gering und die Wachstumsentwicklung setzte ziemlich früh ein. Die Anbauabsichten konnten unter diesen Voraussetzungen weitgehend verwirklicht werden.

Die erneute Reduzierung des Ackerlandes im Jahre 1973, die mit 7 200 ha oder — 1,4% etwa dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre entspricht, führte dazu, daß die Getreidefläche, die in der Vergangenheit kontinuierlich ausgeweitet worden war, erstmals eine geringfügige Einschränkung um 1 000 ha oder 0,3% erfuhr. Die gesamte Anbaufläche für Getreide einschließlich Körnermais, welche seit dem Jahre 1950 eine Zunahme um 59 100 ha oder 18% zu verzeichnen hatte, belief sich im Berichtsjahr auf 380 000 ha. Bei Hackfrüchten ergaben sich abermals Rückgänge, die 4 400 ha oder — 4,5% ausmachten und somit geringer ausfielen als vor Jahresfrist. Auch Futterpflanzen erfuhren wiederum eine Reduzierung der Anbaufläche, und zwar um 1 500 ha und beanspruchen nur noch 38 400 ha. Während bei letzteren ein prozentualer Rückgang im Jahre 1971 von 8,1% und 1972 von 12% ermittelt wurde, waren es 1973 nur noch 3,8%.

Der Anteil des Getreides am genutzten Ackerland, der im Vorjahr von 70% auf 72% zugenommen hatte, blieb 1973 auf gleicher Höhe. Bei den Hackfrüchten und Futterpflanzen ergaben sich ebenfalls keine Verschiebungen der prozentualen Anteile.

### Brotgetreidefläche eingeschränkt

Die Anbaufläche für Brotgetreide verzeichnete eine Einschränkung um nicht weniger als 10 400 ha oder 6,0%. Eine umfangreichere Reduzierung konnte nur im Jahre 1966 festgestellt werden. Für Futtergetreide dagegen ergab sich mit 212 200 ha eine Fläche, die bisher nicht übertroffen wurde. Der Anbau von Brotgetreide verminderte sich seit dem Jahre 1950 um 400 ha oder 0,2%, bei Futtergetreide nahm er dagegen beträchtlich um 56 000 ha oder 36% zu.

Unter den einzelnen Brotgetreidearten behauptete der Winterweizen trotz einer Einschränkung um 4,4% seine dominierende Stellung; mit 117 200 ha beanspruchte er mehr als 30% der gesamten Getreidefläche. Beim Winterroggen, der auf 32 500 ha wuchs, ergaben sich innerhalb der letzten drei Jahre Abnahmeraten, die sich von 0,9% über 4,5% auf 16% im Berichtsjahr veränderten; seine Fläche wurde gegenüber 1950 um 62 800 ha oder rund zwei Drittel vermindert, was in diesem Ausmaße

Anbau von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1973

Fruchtart	Ins- gesamt	Anteil	Veränderung zu	
	ha		1950	1972
			%	
<b>Getreide</b>	380 062	72,3	18,4	- 0,3
Brotgetreide	163 941	31,2	- 0,2	- 6,0
Winterweizen	117 532	22,4	88,8	- 4,1
Sommerweizen	11 411	2,2	672,6	13,3
Winterroggen	32 411	6,1	- 66,0	- 16,4
Sommerroggen	1 030	0,2	11,0	0,9
Wintermenggetreide	1 557	0,3	- 64,8	- 19,9
Futtergetreide	212 214	40,4	35,9	5,0
Wintergerste	20 238	3,9	609,9	4,0
Sommergerste	103 748	19,7	100,2	11,5
Hafer	66 764	12,7	- 33,1	- 2,6
Sommermenggetreide	21 464	4,1	1 123,0	2,2
Körnermais	3 907	0,7	692,5	- 15,4
<b>Hülsenfrüchte zur Körner- gewinnung</b>	1 906	0,4	- 36,3	18,6
<b>Hackfrüchte</b>	91 724	17,5	- 44,6	- 4,5
Kartoffeln	41 471	7,9	- 54,0	- 5,3
Zuckerrüben	22 357	4,3	75,5	1,8
Runkelrüben	24 732	4,7	- 56,5	- 7,9
Sonstige Hackfrüchte	3 164	0,6	- 44,9	- 8,6
<b>Gemüse, Erdbeeren und sonstige Gartengewächse</b>	6 160	1,2	- 0,9	- 8,1
<b>Handelsgewächse</b>	4 932	0,9	- 40,5	- 2,2
Raps, Rübsen	3 440	0,6	- 30,4	- 1,7
Sonstige Handelsgewächse	1 492	0,3	- 55,4	- 3,2
<b>Futterpflanzen</b>	38 382	7,3	- 62,0	- 3,8
Klee und Klee gras	12 798	2,4	- 59,2	- 1,7
Luzerne	7 444	1,4	- 83,5	- 14,3
Ackerwiesen und Ackerweiden	7 315	1,4	- 38,1	- 1,4
Sonstige Futterpflanzen	10 825	2,1	- 14,5	0,6
<b>Gründungspflanzen und Schwarzbrache</b>	2 335	0,4	.	- 1,6
<b>Insgesamt</b>	525 501	100,0	- 13,2	- 1,4

bei keiner anderen Getreideart beobachtet wurde. Sommerweizen, der seit 1969 eine rückläufige Tendenz aufzuweisen hatte, erfuhr 1973 eine Ausweitung um 13% auf 11 400 ha.

Unter den Futtergetreidearten erreichte die Sommergerste, welche schon im Vorjahr auf einer um 7 700 ha vergrößerten Fläche angebaut worden war, mit einer Zunahme um 10 700 ha oder 12% einen neuen Höchststand. Der Anbau wurde gegenüber 1950 verdoppelt. Wintergerste, für die seit 1968 zunehmende Flächen beobachtet werden konnten, ist auf 20 200 ha anzutreffen gegenüber 2 900 ha vor mehr als zwanzig Jahren. Die rückläufige Entwicklung des Hafers setzte sich erneut fort; bei einer Abnahme um 1 800 ha wurde er nur noch auf 66 800 ha angebaut. Die beim Körnermais seit vielen Jahren ermittelte Tendenz einer kräftigen Zunahme wurde 1973 nicht bestätigt. Die Reduzierung um 710 ha auf 3 900 ha dürfte nicht zuletzt deshalb vorgenommen worden sein, weil im Vorjahr ungünstige Witterungsbedingungen für diese Fruchtart die Qualität der Erntemenge nachteilig beeinflussten, so daß die ursprünglichen Erwartungen nicht erfüllt wurden.

Der Anbau von Hülsenfrüchten zur Körnergewinnung erhöhte sich um 19% auf 1 900 ha. Nahezu zwei Drittel davon entfielen auf Ackerbohnen, die mit + 26% eine beachtliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr verzeichneten.

Handelsgewächse, die 1972 eine deutliche Erweiterung erfuhren, wurden um 2,2% auf 4 900 ha



eingeschränkt. Eine zunehmende Bedeutung hat der Ölfruchtbau gewonnen, dessen Fläche von 367 ha im Jahre 1955 auf 3 500 ha im Vorjahr ausgedehnt wurde, im Berichtsjahr jedoch geringfügig um 100 ha abnahm.

Die vorwiegend aus arbeits- und marktwirtschaftlichen Erwägungen eingetretenen Verschiebungen im Feldfrucht- und Futterbau lassen sich besonders deutlich bei den Hackfrüchten erkennen, deren Fläche von 165 600 ha im Jahre 1950 auf 91 700 ha im Berichtsjahr schrumpfte. Ausgenommen von dieser Entwicklung blieben allein die Zuckerrüben, welche erneut eine Zuwachsrate, und zwar um 1,8% aufzuweisen hatten und 22 400 ha einnehmen. Kartoffeln verzeichneten eine Abnahme um 2 300 ha auf 41 500 ha, Runkelrüben um 2 100 ha auf 24 700 ha. Während die Frühkartoffeln auf einer gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert großen Fläche angebaut wurden, konnte bei den Mittelfrühen und Spätkartoffeln eine Abnahme um 6,1% auf 35 600 ha ermittelt werden.

Der Anbau von Futterpflanzen als Hauptfrüchte belief sich auf 38 400 ha gegenüber 39 900 ha im Vorjahr und 100 900 ha im Jahre 1950. Den stärk-

sten Rückgang gegenüber 1972 wies Luzerne auf, die um 1 200 ha auf 7 400 ha eingeschränkt wurde. Die immer geringer werdende Bedeutung dieser Futterpflanze zeigt die rückläufige Entwicklung seit 1950; innerhalb dieses Zeitraumes wurde die Anbaufläche um 37 600 ha oder 83% vermindert. Flächenrückgänge gab es außerdem bei Klee und Klee-gras, Ackerwiesen und -weiden und den sonstigen Futterpflanzen. Allein der Grünmais erfuhr eine erneute Ausweitung, und zwar um 800 ha auf 8 100 ha.

Vergleichsweise sei noch erwähnt, daß sich die bisher auch in der Bundesrepublik festgestellte kontinuierliche Zunahme des Getreideanbaus im Jahre 1973 erstmals nicht fortsetzte, sondern ein Rückgang um 0,4% eintrat. Flächenreduzierungen ergaben sich vor allem bei Winterroggen (— 12%), Körnermais (— 11%) sowie Winterweizen (— 4,1%). Hackfrüchte wurden auf einer um 2% kleineren Fläche angebaut, dagegen nahmen Futterpflanzen um 3,5% und Handelsgewächse um 1,5% zu. Unter den Futterpflanzen verzeichnete der Grünmais die kräftigste Ausdehnung, die 61 000 ha oder 21% ausmachte.

*Diplom-Volkswirt A. Wachweger*

## Mord- und Totschlagskriminalität 1968 bis 1972

Bekanntgewordene, aufgeklärte und abgeurteilte Mord- und Totschlagsfälle werden durch die amtliche Statistik in den einschlägigen Kriminalstatistiken nachgewiesen. Tiefere Einblicke, sowohl in das Tatgeschehen der vorsätzlichen Tötungen als auch in die Person des Täters vermittelt die Mord- und Totschlagsstatistik, welche in Anknüpfung an die frühere Reichs-Mordstatistik am 1. Januar 1967 bundeseinheitlich aufgenommen wurde. Die Nachweisungen des ersten Fünfjahreszeitraumes - erste Ergebnisse liegen für das Jahr 1968 vor - sind Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen.

Zur Verdeutlichung des Tatbestandes eines Mordes und eines Totschlags seien zunächst die entsprechenden Definitionen des Strafgesetzbuches widergegeben. Danach ist ein Mörder, „wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder aus sonst niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, einen Menschen tötet (§ 211 StGB)“. Totschläger ist, „wer einen Menschen vorsätzlich tötet, ohne Mörder zu sein (§ 212 StGB)“. Somit unterscheidet sich der Mord vom Totschlag durch die besondere Verwerflichkeit der Motive oder des Tathergangs. Einen Totschlag unter mildernden Umständen konstatiert das Strafgesetzbuch, wenn der Totschläger ohne eigene Schuld durch eine ihm oder einem Angehörigen zugefügte Mißhandlung oder schwere Beleidigung von dem Getöteten zum Zorne gereizt und hierdurch auf der Stelle zur Tat hingerissen worden ist, oder wenn andere mildernde Umstände vorhanden sind (§ 213 StGB).

### 130 Täter, 149 Opfer

Innerhalb des Zeitraumes 1968 bis 1972 haben Gerichte in Rheinland-Pfalz insgesamt 130 Perso-

nen wegen eines vollendeten oder versuchten, in den Strafbestimmungen der §§ 211 bis 213 StGB umschriebenen Deliktes verurteilt (hierbei ist nicht berücksichtigt ein durchgeführtes Verfahren wegen Kriegsverbrechen). 32 dieser Straftäter waren Mörder als Einzel- oder Mittäter, 21 konnten eines versuchten Mordes überführt werden. Des vollendeten Totschlags hatten sich 38 der Verurteilten schuldig gemacht, bei 39 blieb es beim Totschlagsversuch. Die zahlenmäßige Gegenüberstellung von Tätern und Opfern zeigt ohne Unterscheidung nach dem Ergebnis der Tat bei Mord eine um acht, bei Totschlag eine um elf Personen höhere Zahl an Opfern bzw. Betroffenen. Es gab Tatgeschehen mit einem Täter und mehreren Opfern, wie auch Tatgeschehen mit einem Opfer und mehreren Tätern. So zum Beispiel wurde ein Täter wegen vierfachen Mordes und zweifachen Mordversuchs, drei andere Täter wegen gemeinsamen Totschlagsversuchs an einer Person verurteilt. Insgesamt verloren 71 Menschen durch rechtswidrige Angriffe des im Berichtszeitraum gerichtlich belangten, nachfolgend näher beleuchteten Täterkreises ihr Leben. 13 der Opfer waren Kinder.

Die im Vergleich zur Kriminalität der Männer im allgemeinen sehr viel geringere Kriminalität der Frauen zeigt sich auch bei den hier in Frage stehenden Kapitaldelikten. Unter den 53 wegen Mordes Verurteilten befanden sich fünf (9,4%), unter den 77 Totschlagstätern 15 (19,5%) Frauen. Der bei dem letztgenannten Delikt höhere Frauenanteil erklärt sich insofern, als die nicht allzu seltenen Verzweiflungstaten von Ehefrauen an ihren Ehemännern



Strafbare Handlung	Geschlecht	Verurteilte insgesamt	Alter zur Zeit der Tat					
			14 - 17	18 - 20	21 - 29	30 - 39	40 - 49	50 und älter
Mord (§ 211)	männlich	48	3	12	20	9	3	1
	weiblich	5	2	-	1	2	-	-
	zusammen	53	5	12	21	11	3	1
Totschlag (§§ 212 - 213)	männlich	62	1	7	23	18	11	2
	weiblich	15	1	1	4	4	4	1
	zusammen	77	2	8	27	22	15	3
Mord und Totschlag insgesamt (§§ 211 - 213)	männlich	110	4	19	43	27	14	3
	weiblich	20	3	1	5	6	4	1
	insgesamt	130	7	20	48	33	18	4

bzw. Mütter an ihren Kindern in aller Regel nicht als Mord, sondern als Totschlag geahndet werden.

Auch die altersmäßige Differenzierung der Täter entspricht der kriminalistischen Erkenntnis, daß der Hang zum Verbrechen in der Mitte der 20er bis 30er Jahre den Kulminationspunkt erreicht. Etwa die Hälfte der 130 Täter gehörte dem vorgenannten Altersbereich an. Sieben hatten zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht und vier das 50. bereits überschritten. Dem Familienstand nach waren ein starkes Drittel der Täter ledig, stark die Hälfte verheiratet und knapp ein Zehntel geschieden. Diese Relationen dürften nicht wesentlich von den entsprechenden Werten der Gesamtkriminalität abweichen, jedoch zeigt sich bei der Familienstandsgliederung zwischen den beiden Geschlechtern ein auffälliger Unterschied. Während bei den Ledigen die Quote der weiblichen Täter (25%) um 14 Prozentpunkte unter der Quote der männlichen Täter (39,1%) liegt, verhält es sich mit den Quoten der verheirateten Täter (männlich 50,9%, weiblich 65,0%) bei völlig gleicher Divergenz genau umgekehrt. Auch hier ist die höhere Relation bei den verheirateten Frauen auf das zahlenmäßige Gewicht der bereits erwähnten Fälle zurückzuführen, wo der weibliche Ehepartner meist infolge einer Ehezerstörung den Ehemann oder die Kinder töten wollte oder tötete.

#### Fehlende Erziehungseinflüsse begünstigten das Fehlverhalten

Der Einblick in die familiären Verhältnisse des Täterkreises erhellt, daß 8,5% der Verurteilten nichtehelich geboren wurden. Läßt man bei einem Vergleich mit der Quote der nichtehelich Geborenen die wegen ihrer geringen Zahl wohl kaum gegebene Repräsentation außer acht, so kann aus der relativ minimalen Überhöhung des vorgenannten Wertes nicht schon auf einen besonderen Einfluß der Unehelichkeit auf das hier behandelte kriminelle Verhalten geschlossen werden. Eine eindeutige Wertung dürfte die Tatsache zulassen, daß immerhin jeder vierte Täter im jugendlichen Alter Voll- oder Halbwaise war oder nur ein Elternteil hatte. Sicherlich haben hier fehlende Erziehungseinflüsse das spätere Fehlverhalten dieser Täter mitbewirkt. Daß Entwicklungsstörungen zur Bildung eines kriminellen Charakters beitragen, belegt auch der relativ hohe Anteil der Täter mit zwangsweiser Heimunterbringung (15,4%). Ganz offensichtlich werden

die Auswirkungen der schlechten Einflüsse von Erziehungsberechtigten durch die Feststellung, daß nur gut die Hälfte der Verurteilten einem intakten Elternhaus entstammt; bei annähernd einem Drittel der Täter waren die häuslichen Verhältnisse stark zerrüttet.

Untersucht man die schulischen und beruflichen Ausbildungswege des Täterkreises, so zeigen sich ebenfalls aufschlußreiche Abweichungen von den Regelverläufen. Von den Tätern, welche die Volksschule besuchten (85%), konnten 33% das Schulziel nicht erreichen. Von den elf Besuchern einer höheren Schule blieben acht ohne Abschluß. Ebenfalls acht Täter besuchten eine Sonderschule. War es schon nur die Hälfte aller Täter, welche sich bei Beginn der Berufsausübung in einer gewerblichen oder kaufmännischen Lehre befand, so hat von diesen wiederum nur die Hälfte die Lehrzeit beendet. Subtrahiert man die Zahl der Täter mit abgeschlossener gewerblicher Lehre (31) von der Zahl der zur Zeit der Tat als Arbeiter beschäftigten Täter (93), so wird deutlich, daß diese zu zwei Dritteln ungelernete Kräfte waren. Sicher wird die Entwicklung einer nicht regulär verlaufenen Schul- und Berufsausbildung sowie die zwangsläufige Ausübung einer unqualifizierten Berufstätigkeit bei einem großen Teil der so gestörten Täter zu deren sozialen Abgleiten beigetragen haben. Neben dem Gros der Arbeiter gab es im Täterkreis noch vier Angestellte, neun Selbständige, zehn Hausfrauen und einen Rentner. Weitere 13 Täter (10%) befanden sich zur Zeit der Tat in keinem Arbeitsverhältnis.

#### Hohe Vorbestraftenquote bei den Mordtätern

Zweifellos sind für die Beurteilung des kriminellen Charakters eines Täters die Vorstrafen sowie die zugrunde liegenden Delikte wesentliche Kriterien. Diesbezügliche, auf die Vorstrafen aller Verurteilten des Berichtszeitraumes bezogene exakte Aussagen für den hier untersuchten Täterkreis verbieten sich wegen dessen geringer Repräsentanz. Es empfiehlt sich daher, die Aussagen hierüber auf eine mehr globalere Darstellung zu beschränken. Die Vorstrafenquote der wegen Mordes oder Totschlags Verurteilten (54%) liegt nicht unerheblich über der Quote der Verurteilten insgesamt (37%). Getrennt nach den beiden vorgenannten Delikten ergibt sich für die Mordtäter eine wesentlich höhere Vorstrafenquote (62%) als für die Totschläger



(48%). Sehr augenfällig ist der Unterschied zwischen den Anteilen der Mord- und Totschlagstäter und den Verurteilten insgesamt bei den Nachweisungen der Delinquenten mit mehr als vier Vorstrafen. Hier übersteigt die Quote der erstgenannten Gruppe die der Gesamtverurteilten um mehr als 8 Prozentpunkte. Untersucht man die Art der Delikte, die bei den wegen Mordes oder Totschlags Belangten zu deren Vorstrafen führten, so finden sich zu dem letzten Tatgeschehen keine spezifisch analogen Schwerpunkte. Die Annahme, das kriminelle Vorleben dieses Täterkreises sei besonders durch strafbare Gewalttätigkeiten bestimmt gewesen, trifft nicht zu. So standen zum Beispiel einigen Fällen von Körperverletzungen größere Häufigkeiten von Eigentumsdelikten und Verkehrsvergehen gegenüber.

Verhältnismäßig hoch war die Zahl der Täter, welchen bei Begehen der Tat eine verminderte Zurechnungsfähigkeit gemäß § 51 Abs. 2 StGB zugewilligt wurde. Von den rund 52 (40%) solchermaßen Bewerteten hatten sich 12 wegen eines Mordgeschehens und 40 wegen eines Totschlaggeschehens zu verantworten. Der beim Totschlag auch relativ sehr viel höhere Anteil vermindert zurechnungsfähiger Täter ergibt sich unter anderem daraus, daß gerade solche Personen, bei denen wegen geistiger Labilität oder wegen starken Alkoholenusses die Vorschriften des § 51 Abs. 2 StGB zutreffen, leicht zu Affekthandlungen im Sinne des § 213 StGB neigen. Die hauptsächlichen Gründe für die verminderte Zurechnungsfähigkeit beim Tatgeschehen der §§ 212/213 StGB waren bei den Männern Alkoholeinwirkung und Affektstau, bei den Frauen neben Affektstau auch Geistesschwäche.

#### Häufigste Tatmotive: Haß, Rache, Bereicherung

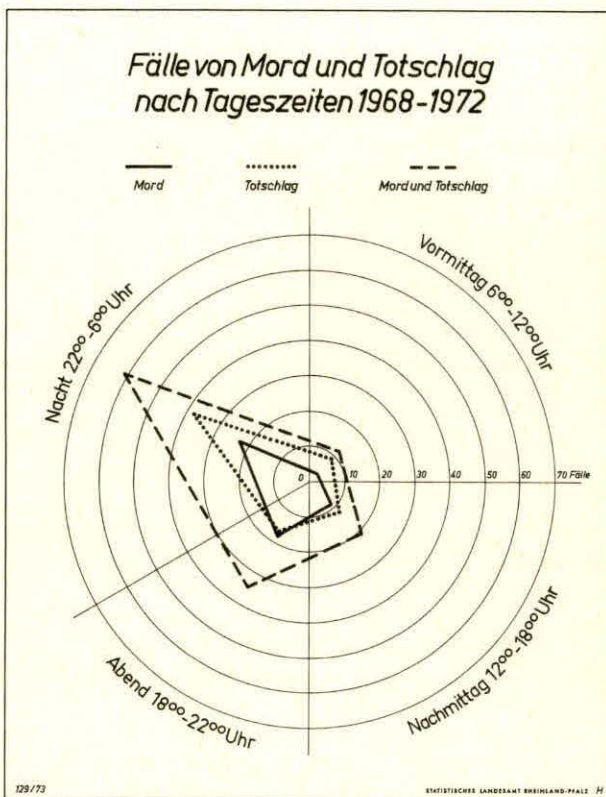
Bei der Betrachtung der Tatmotive fällt das unterschiedliche Dominieren der Beweggründe bei beiden Delikten auf. War es bei den männlichen Mordtätern vornehmlich die Bereicherung (30,9%), welche zur Tat veranlaßte, so handelten die wegen Totschlags verurteilten Männer hauptsächlich aus Haß, Rache oder Wut (33,3%). Als zweit- und dritthäufigstes Tatmotiv findet sich bei den wegen Mordes belangten Männern das Verdecken von Straftaten (18,2%) und die sexuelle Befriedigung (16,4%), bei den Totschlagstätern die tätlichen Streitigkeiten (23,2%) und Eifersucht (18,8%). Etwa gleich groß waren die Anteile der männlichen Täter (10%), welche Mord und Totschlag in Kauf nahmen, um eine polizeiliche Festnahme zu verhindern. Die Tatmotive der 20 verurteilten Frauen waren so verschiedenartig, daß sie sich in der Mehrheit nicht in die vorgegebenen statistischen Kategorien einordnen ließen. Zumeist handelte es sich um Delikte, die Mütter an ihren Kindern begingen und bei denen das Tatgeschehen von großer Verantwortungslosigkeit und Roheit, teilweise aber auch von schwerer Sorge und Verzweiflung bestimmt wurde. Hatte zum Beispiel eine der Mütter ihre Kleinkinder durch völlige Verwahrlosung und Nahrungsentzug dem Tode preisgegeben, so wollte eine andere ihrem mißgestalteten Kinde das schwere Lebensschicksal erspa-

ren. Natürlich gab es unter den verurteilten Frauen auch solche, welche durch Eifersucht (3) und Haß (3) zu ihren Taten getrieben wurden.

Bei der Aufgliederung der Tötungsarten bzw. versuchten Tötungsarten findet sich bei den männlichen Tätern das Erschießen (30,6%) und das Erstechen (27,4%) als direkte Tathandlung am häufigsten. Die Fälle des Erstickens, des Erdrosselns und des Erwürgens (15,3%) sowie des Erschlagens (13,7%) heben sich unter den übrigen Todesarten hervor. Von den 20 weiblichen Tätern haben sechs ihre Opfer durch Vergiften, jeweils vier durch Erschlagen und durch Erwürgen bzw. Erstickten töten wollen oder getötet. Wiederum ist es die ungenügende Repräsentation der Zahlen, welche eine Darstellung der deliktspezifischen Unterschiede nicht erlaubt.

#### Nachtstunden bevorzugte Tatzeiten

Über die Zeit des Tathergangs ist zu bemerken, daß annähernd die Hälfte der Handlungen (46,9%) während der Nachtzeit, das heißt, in der Zeit zwischen 22.00 und 6.00 Uhr begangen wurden. Jede vierte Tat geschah zwischen 18.00 und 22.00 Uhr, etwa jede sechste in der Zeit zwischen 12.00 und 18.00 Uhr. Rund 10% der Handlungen hatten sich in der Morgen- und Vormittagszeit, also in der Zeit zwischen 6.00 und 12.00 Uhr ereignet. Bei der Trennung nach Geschlechtern ergab sich die Feststellung, daß von den männlichen Tätern die Handlungen vom Tagesbeginn bis zur Nachtzeit zunehmend häufiger begangen wurden, wohingegen die meisten Straftaten der weiblichen Täter in den Vormittag (6.00 bis 12.00 Uhr) und in die Abendzeit (18.00 bis 22.00 Uhr) fielen. Der Versuch, durch Zuordnung der Tatmotive zur Tatzeit bestimmte zeit-





Strafbare Handlung	Geschlecht	Opfer		Getötete		Verletzte		Opfer mit Sexualbezug	
		insgesamt	Kinder <sup>1)</sup>	zusammen	Kinder <sup>1)</sup>	zusammen	Kinder <sup>1)</sup>	zusammen	Kinder <sup>1)</sup>
Mord (§ 211)	männlich	38	6	16	3	13	2	9	3
	weiblich	23	2	15	2	7	1	1	1
	zusammen	61	8	31	5	20	3	10	4
Totschlag (§§ 212 - 213)	männlich	55	3	19	3	28	3	1	-
	weiblich	33	13	21	5	11	4	-	1
	zusammen	88	16	40	8	39	7	1	1
Mord und Totschlag insgesamt (§§ 211 - 213)	männlich	93	9	35	6	41	5	10	3
	weiblich	56	15	36	7	18	5	1	2
	insgesamt	149	24	71	13	59	10	11	5

1) Kinder unter 14 Jahren.

liche Auffälligkeiten bei den Beweggründen zu ermitteln, führte zu keinem befriedigendem Ergebnis. Auch hierfür können die zu geringen Fallzahlen ursächlich sein. Legt man die vorgenannte Zeitgruppierung zugrunde, so ergibt sich etwa folgendes Bild: Handlungen aus Haß, Rache oder Wut liegen Schwerpunktmäßig in der Nachtzeit, allerdings verteilen sich solche Taten zahlenmäßig ziemlich gleich auch über die drei Tagesgruppen. Die Fälle eines Mordes oder Totschlags zwecks Bereicherung oder Raubs finden sich fast zu gleicher Anzahl in der Abend- und in der Nachtzeit. Tödliche oder beim Versuch endende Eifersuchtsstaten und tätliche Streitigkeiten gab es rund um die Uhr, am meisten in den Nachtstunden. Die begangenen Delikte zur Verdeckung einer Straftat geschahen sowohl in der Nachtzeit als auch in den Nachmittagsstunden. Anders wiederum war es bei den Taten zur Verhinderung einer Festnahme; diese erfolgten zumeist in der Morgen- und Vormittagszeit. In die gleichen Stunden fielen auch die Verzweiflungstaten von Müttern an ihren Kindern. Die Taten mit Sexualbezug wurden zu annähernd gleicher Anzahl zur Nachmittags-, Abend- und Nachtzeit begangen.

#### Opfer und Täter vielfach miteinander bekannt oder verwandt

Über die Opfer finden sich in den statistischen Nachweisungen nur wenige Angaben. Dies hat seinen Grund darin, daß auch die gerichtlich fixierten Urteilsgründe bezüglich der Persönlichkeit des Opfers auf solche Aussagen beschränkt bleiben, die für das unmittelbare Tatgeschehen und die Schuld des Täters relevant sind. Die Zahl der im Berichts-

zeitraum den verurteilten Tätern zum Opfer Gefallenen bzw. der von den Tätern mit Tötungsabsicht Angegriffenen belief sich insgesamt auf 149 Personen. Von diesen waren 93 männlichen und 56 weiblichen Geschlechts. Hierunter gab es neun Knaben und 15 Mädchen unter 14 Jahren. Wie bereits angeführt, haben 71 der Verbrechensopfer, darunter 13 Kinder, ihr Leben verloren. 55 wurden mehr oder minder schwer verletzt, 23 kamen ohne Verletzung davon. Unter den Betroffenen befanden sich 12 in Ausübung ihres Dienstes angegriffene Polizeibeamte. Einer von ihnen wurde getötet, ein anderer schwer verletzt. Bei gut einem Zehntel der männlichen und einem Fünftel der weiblichen Opfer war der Täter der Ehegatte. In einem Bekanntenverhältnis oder in verwandtschaftlichen Beziehungen zum Täter standen rund die Hälfte der männlichen und gut drei Viertel der weiblichen Opfer. Außer den bereits erwähnten 24 Kindern unter 14 Jahren befanden sich 14 Opfer im Alter zwischen 14 und 21 Jahren, 35 im Alter zwischen 21 bis 30 und 56 im Alter zwischen 30 und 50 Jahren. 20 Opfer waren älter. Die Mehrzahl (78%) der 71 getöteten Opfer wurde zu jeweils fast gleicher Zahl durch Erwürgen, Erdrosseln, Ertränken, durch Erstechen oder Erschießen ums Leben gebracht. Acht wurden erschlagen, je drei vergiftet oder ertränkt. Von den elf Personen, an denen ein Tötungsdelikt bzw. Tötungsversuch mit Sexualbezug begangen wurde, verloren sechs - und zwar zwei männliche Kinder und vier weibliche Erwachsene - ihr Leben. Zwei der mißbrauchten weiblichen Kinder und drei weibliche Erwachsene blieben vor dem Schlimmsten bewahrt.

R. Zirwes

## Sozialhilfeempfänger 1972

Die Jahresstatistik der Sozialhilfe erfaßt individuell mittels Zählblätter alle Personen, denen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) während des Berichtsjahres eine Hilfe gewährt wird. Empfänger, die im Laufe des Jahres Sozialhilfe verschiedener Art erhalten, werden bei jeder dieser Hilfearten gezählt. In den Gesamtzahlen ist dagegen jeder Empfänger mehrerer Hilfearten nur einmal gezählt. Auch bei der Differenzierung der Hilfestellung nach Personen außerhalb und in Anstalten werden Empfänger, die beide Hilfearten im Laufe des Jahres erhielten, bei jeder dieser Hilfeformen erfaßt, während in der ausgewiesenen Zusammenfas-

sung des Empfängerkreises jeder Empfänger nur einmal gezählt ist.

Soweit die Jahresstatistik der Sozialhilfe nicht ausreichend, Form, Umfang und Struktur des Empfängerkreises zu durchleuchten, besteht nach dem Gesetz die Möglichkeit, eine Zusatzstatistik über Sonderfragen auf dem Gebiet der Sozialhilfe anzuordnen. Davon ist in den Jahren 1966, 1968 und im Juni 1972 Gebrauch gemacht worden. Die Ergebnisse dieser letzten Erhebung sollen der Fortentwicklung des Leistungsrechts bei den laufenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt dienen. 28% der entsprechenden Hilfeempfänger wur-



Sozialhilfeempfänger nach Hilfearten 1972

Hilfeart	Ins- gesamt	Weib- lich	Außer- halb von An- stalten	In An- stalten	Stellung zum Haushaltsvorstand				Personengruppe		
					Haus- halts- vor- stände	Ehe- gatten	Kinder	Son- stige	Zuge- wan- derte	Aus- länder und Staaten- lose	Son- stige
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	42 184	28 436	39 882	2 419	20 945	3 826	14 117	3 296	336	363	41 485
Hilfe in besonderen Lebenslagen überhaupt <sup>1)</sup>	50 247	31 891	34 046	17 416	24 877	5 125	10 911	9 334	212	278	49 757
Aufbau oder Sicherung der Lebens- grundlage	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildungshilfe	1 445	803	1 258	192	43	7	1 291	104	4	12	1 429
Vorbeugende Gesundheitshilfe	4 324	3 449	380	3 952	2 688	1 156	410	70	3	11	4 310
Krankenhilfe	18 962	13 340	17 001	2 333	11 713	1 814	3 358	2 077	119	145	18 698
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	227	227	86	163	135	52	11	29	-	14	213
Eingliederungshilfe für Behinderte <sup>2)</sup>	4 964	2 195	2 605	2 383	1 408	278	2 927	351	13	32	4 919
Tuberkulosehilfe <sup>2)</sup>	2 546	1 236	2 308	298	1 056	514	793	183	5	14	2 527
Blindenhilfe	3 465	1 976	3 320	157	2 318	448	178	521	16	10	3 439
Hilfe zur Pflege	17 342	10 620	8 876	8 590	7 385	1 029	2 179	6 749	60	27	17 255
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	569	288	370	199	167	51	346	5	3	27	539
Hilfe für Gefährdete	22	6	5	19	12	-	-	10	-	1	21
Altenhilfe	531	410	489	43	445	70	-	16	4	-	527
Sonstige Hilfe	180	125	156	24	105	16	41	18	5	3	172
<b>Insgesamt</b>	<b>79 494</b>	<b>51 212</b>	<b>61 980</b>	<b>19 455</b>	<b>38 271</b>	<b>8 038</b>	<b>21 861</b>	<b>11 324</b>	<b>451</b>	<b>559</b>	<b>78 484</b>

1) Personen, die mehrere Hilfen erhielten, sind mehrfach gezählt. - 2) Einschl. Schul- und Berufsausbildung.

den erfaßt. Sie waren auf 100% hochzurechnen. Da auch die Ergebnisse dieser Zusatzstatistik vorliegen, sind die ergänzenden Angaben über den Empfänger-kreis laufender Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt in die zahlenmäßige Auswertung der Jahresstatistik 1972 einbezogen und im Rahmen der nachstehenden Ausführungen kommentiert.

### Fast 80 000 erhalten Sozialhilfe

Die Auswertung der Individualzählblätter ergab, daß 1972 rund 79 500 Personen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe in besonderen Lebenslagen oder mehrere Hilfearten erhielten. Damit steht einer Steigerung des Sozialhilfeaufwands um fast 50 Mill. DM (+ 26%) eine Zunahme der Empfängerzahl von annähernd 4 000 oder gut 5% gegenüber. Unverändert im Vergleich zu den Vorjahren blieb der Anteil weiblicher Sozialhilfeempfänger (64%). 50 Jahre oder älter war mehr als die Hälfte aller unterstützten Personen. Drei Zehntel hatten

noch nicht das 25. Lebensjahr erreicht, 25 bis 64 Jahre alt waren ebenfalls drei Zehntel, vier Zehntel 65 Jahre und älter. Außerhalb von Anstalten wurden rund 62 000 Personen, in Anstalten knapp 20 000 Personen betreut. Unter den insgesamt 79 494 Hilfeempfängern, denen außerhalb oder innerhalb von Anstalten Unterstützung gewährt wurde, gab es etwa 2 000, die beide Hilfearten im Laufe des Jahres erhielten. Etwa 42 200 Personen empfingen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, in über 50 000 Fällen wurde Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt. Auf je 1 000 Einwohner entfielen fast 22 Sozialhilfeempfänger, das heißt jeder 46. Einwohner von Rheinland-Pfalz bezog im Laufe des Jahres 1972 Sozialhilfe, 1971 war es jeder 49.

### 9% mehr Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt als 1971

Während der Schwerpunkt der Hilfestellung in den Jahren 1967 bis 1971 offensichtlich bestimmt

Sozialhilfeempfänger nach Hilfearten und Alter 1972

Hilfeart	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich	Im Alter von ... Jahren						
				unter 7	7 - 14	14 - 25	25 - 50	50 - 60	60 - 65	65 und mehr
Hilfe außerhalb von Anstalten <sup>1)</sup>	61 980	21 645	40 335	5 644	8 286	4 990	9 407	5 278	5 635	22 740
Hilfe in Anstalten <sup>1)</sup>	19 455	7 226	12 229	584	1 826	2 066	3 266	1 677	1 482	8 554
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt <sup>1)</sup>	42 184	13 748	28 436	4 914	6 843	2 908	6 448	3 270	3 466	14 335
Hilfe in besonderen Lebenslagen <sup>1)</sup>	50 247	18 356	31 891	2 330	4 538	4 656	8 124	4 776	4 692	21 131
Aufbau oder Sicherung der Lebensgrundlage	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildungshilfe	1 445	642	803	2	169	1 252	22	-	-	-
Vorbeugende Gesundheitshilfe	4 324	875	3 449	78	280	74	554	358	587	2 393
Krankenhilfe	18 962	5 622	13 340	1 311	1 474	878	3 052	2 028	2 242	7 973
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	227	-	227	-	-	108	119	-	-	-
Eingliederungshilfe für Behinderte <sup>2)</sup>	4 964	2 769	2 195	327	1 501	1 162	508	259	235	972
Tuberkulosehilfe <sup>2)</sup>	2 546	1 310	1 236	205	391	225	740	319	220	446
Blindenhilfe	3 465	1 489	1 976	29	45	103	474	329	315	2 170
Hilfe zur Pflege	17 342	6 722	10 620	298	720	1 101	3 277	1 873	1 464	8 609
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	569	281	288	151	172	24	100	27	10	85
Hilfe für Gefährdete	22	16	6	-	-	6	7	1	3	5
Altenhilfe	531	121	410	-	-	-	-	10	32	489
Sonstige Hilfe	180	55	125	16	18	8	39	17	11	71
Insgesamt	79 494	28 282	51 212	6 078	9 985	6 897	12 323	6 784	6 936	30 491

1) Personen, die mehrere Hilfen erhielten, sind mehrfach gezählt. - 2) Einschl. Schul- und Berufsausbildung.



Haushalte bzw. Haushaltsteile mit Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten  
nach dem Alter des Haushaltsvorstandes 1972

Haushaltstyp	Haushaltsvorstände						
	ins- gesamt	im Alter von ... Jahren					
		unter 21	21 - 25	25 - 50	50 - 60	60 - 65	65 und mehr
Einzel nachgewiesene Haushaltsvorstände							
männlich	1 765	14	31	381	273	254	812
weiblich	10 406	30	35	658	1 108	1 576	6 999
Sonstige einzeln nachgewiesene Hilfeempfänger							
männlich	882	328	36	246	87	46	139
weiblich	2 096	332	34	358	227	226	919
Ehepaare							
ohne Kinder	2 555	1	4	137	327	470	1 616
mit 1 Kind	321	-	13	110	92	45	61
mit 2 Kindern	208	1	3	147	34	9	14
mit 3 und mehr Kindern	472	-	2	391	53	18	8
Elternteile							
mit 1 Kind	982	65	130	533	138	32	84
mit 2 Kindern	1 092	33	152	858	39	4	6
mit 3 und mehr Kindern	1 387	6	62	1 283	33	1	2
Einzel erfaßte Ehegatten mit Kindern	86	2	13	66	4	1	-
Sonstige Haushalte							
mit 2 Personen	548	283	12	35	25	16	177
mit 3 und mehr Personen	355	242	9	50	13	7	34
<b>Insgesamt</b>	<b>23 155</b>	<b>1 337</b>	<b>536</b>	<b>5 253</b>	<b>2 453</b>	<b>2 705</b>	<b>10 871</b>

war durch die Entwicklung der Hilfe in besonderen Lebenslagen (+ 15%) - die Zahl der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt war seit 1967 (37 818) rückläufig und erhöhte sich erst 1971 wieder (38 664) - hat sich der Empfängerkreis von Hilfe in besonderen Lebenslagen 1972 nur noch um annähernd 2% erweitert (+ 912), derjenige von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt dagegen um 9%.

Sowohl die Zahl der unterstützten Personen als auch die Höhe der Ausgaben zeigen, daß laufende Hilfe zum Lebensunterhalt überwiegend - im Berichtsjahr zu etwa 95% (1971: 94%) - an Empfänger außerhalb von Anstalten geleistet wird.

Die Zahl der privaten Haushalte, in denen die 39 882 außerhalb von Anstalten Betreuten der insgesamt 42 184 Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt erfaßt wurden, stieg 1972 erheblich - um 1859 auf 23 155 (+ 9%) - während die entsprechende Veränderung im Vorjahr nur unbedeutend gewesen war. Von den Haushalten bzw. Haushaltsteilen entfielen annähernd zwei Drittel auf Alleinstehende mit eigenem Haushalt und sonstige einzeln nachgewiesene Personen. Weitere hilfebedürftige Empfänger waren 3 547 Elternteile mit Kindern (15%), 2 555 Ehepaare ohne Kinder (11%), Ehepaare mit Kindern (4%) und sonstige Mehrpersonenhaushalte (4%). Bei knapp der Hälfte aller im Rahmen der Zusatzstatistik Juni 1972 erfaßten Haushalte lagen die gewährten Leistungen unter 200 DM, während 40% der Haushalte 200 bis 400 DM und etwa 10 von 100 Haushalten 400 DM und mehr erhielten. Kosten der Unterkunft wurden von 65% der erfaßten Haushalte beansprucht.

Auch über die Dauer der Hilfestellung und soziale Stellung des Haushaltsvorstandes bzw. des einzeln nachgewiesenen Hilfeempfängers waren aus den Ergebnissen der Zusatzstatistik aufschlußreiche Informationen zu entnehmen. Bereits drei Jahre und länger erhielten etwa zwei von drei Hilfeempfängern Unterstützung, bei jedem vierten betrug

die Dauer der Hilfestellung ein bis drei Jahre, bei gut einem Zehntel des erfaßten Personenkreises noch nicht ein Jahr und in etwa 7% der Fälle weniger als ein halbes Jahr. Mehr als die Hälfte (55%) der Empfänger laufender Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt waren Rentner und Pensionäre, nur ein geringer Anteil (4%) entfiel auf die Gruppe der abhängig Beschäftigten, die wenigsten (1%) waren selbständig Beschäftigte, als Sonstige wurden etwa 40% der Hilfeempfänger ausgewiesen.

#### Etwa 50 000 Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen

Von den insgesamt etwa 79 500 Hilfeempfängern erhielten annähernd 42 200 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und 50 250 Personen Hilfe in besonderen Lebenslagen. Beide Hilfearten wurden im Berichtsjahr 12 950 Personen gewährt. Zu den wichtigsten Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen - diese Gruppe von Leistungen ist erstmalig durch das Bundessozialhilfegesetz bundeseinheitlich geregelt worden - gehören Krankenhilfe, Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe für Behinderte, vorbeugende Gesundheitshilfe, Blindenhilfe, Tuberkulosehilfe, Ausbildungshilfe u. a. Wie auch im vorangegangenen Jahr wurde der größte Teil der Personen, der Hilfe in besonderen Lebenslagen erhielt, in Form von Krankenhilfe (18 962) und Hilfe zur Pflege (17 342) unterstützt. Diese beiden Hilfearten machten im Berichtsjahr allein drei Viertel aller 50 250 Fälle aus (1971: 70%). Die Zunahme der Empfängerzahl beruht vor allem auf häufigerer Gewährung von Krankenhilfe (+ 1 689) und Hilfe zur Pflege (+ 1 172). Verschiedene Hilfearten, vor allem Eingliederungshilfe für Behinderte (- 365), Tuberkulosehilfe (- 347), Blindenhilfe (- 193) und Sonstige Hilfen (- 246), weisen gegenüber dem Vorjahr eine geringere Empfängerzahl aus.

Während laufende Hilfe zum Lebensunterhalt ganz überwiegend Empfängern außerhalb von An-



stalten gewährt wird, befindet sich etwa die Hälfte des Personenkreises, der durch Hilfe in besonderen Lebenslagen unterstützt wird, in Anstalten. Bei der vorbeugenden Gesundheitshilfe beträgt dieser Anteil mehr als 90%, bei der Eingliederungshilfe für Behinderte und der Hilfe zur Pflege sind es jeweils knapp 50%, während Krankenhilfe demgegenüber zu fast 90% an Empfänger außerhalb von Anstalten geleistet wurde.

#### **Leistungen je Empfänger in Anstalten um 29% gestiegen**

Wie in den vorangegangenen Jahren ist auch 1972 eine erhebliche Steigerung des durchschnittlichen Aufwands je Empfänger zu verzeichnen. Als Durchschnittswert für einen Sozialhilfefall errechneten sich 2 958 DM, ein um 16% höherer Betrag als 1971 (2 546). Damit wurde der vorjährige Steigerungs-

satz um 7 Prozentpunkte überschritten. Bei den Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten stieg der Aufwand je Empfänger binnen Jahresfrist um 247 DM oder 18% auf 1 638 DM und bei den Hilfeempfängern in besonderen Lebenslagen um 620 DM oder 25% auf 3 106 DM.

1972 wurde für Anstaltshilfe - mit fast 126 Mill. DM - je Empfänger etwa viermal soviel (6 476 DM) ausgegeben wie für jeden Empfänger einer Hilfeart außerhalb von Anstalten (1 763 DM). Bei den einzelnen Hilfearten im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen sind die durchschnittlichen Fallkosten sehr unterschiedlich. Mit 5 448 DM ist die Hilfe zur Pflege am teuersten, es folgen Blindenhilfe (4 044 DM) und Tuberkulosehilfe (2 357 DM).

*Diplom-Volkswirtin B. Hänel*

## **Lebensumstände der älteren Menschen**

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

#### **Mittelstädte bevorzugter Wohnsitz der älteren Menschen**

Die althergebrachte Vorstellung, daß die jungen Leute nach ihrer Schulzeit und Lehre vom Lande in die großen Städte mit ihren besseren Arbeitsmöglichkeiten ziehen, was eine Überalterung der Bevölkerung in den kleinen Gemeinden zur Folge hat, erweist sich für die heutige Zeit als falsch. Die Gliederung der Bevölkerung nach Altersgruppen und Gemeindegrößenklassen zeigt vielmehr, daß der Anteil der über 65jährigen in dieser Hinsicht eine nur geringe Variationsbreite besitzt. Unter dem Durchschnitt von 12,7% liegt er mit 12,1% in den Gemeinden mit 1 000 bis 20 000 Einwohnern und mit 12,6% in den ausgesprochenen Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern. Überdurchschnittlich hoch ist dagegen der Anteil der über 65jährigen in den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern (13,1%) und in den Mittelstädten mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern (13,7%). Wenn die Mittelstädte von den älteren Menschen offensichtlich am stärksten bevorzugt werden, so dürfte dies vor allem darauf zurückzuführen sein, daß die Mittelstädte in Rheinland-Pfalz in den meisten Fällen in einer landschaftlich recht reizvollen Umgebung liegen und auch auf kulturellem Gebiet bereits sehr viele Abwechslungsmöglichkeiten bieten, ohne daß sich die Lebensbedingungen hier insbesondere durch den Straßenverkehr und die mit einer starken Industrialisierung verbundenen Umweltschäden so verschlechtert hätten wie in den Großstädten, die vielfach außerdem noch Zentren großer Ballungsräume sind.

#### **Starke Isolierung der älteren Menschen in den Großstädten**

Die typischen Unterschiede in der Haushalts- und Familienstruktur zwischen den Gemeindegrößenklassen bestimmen auch weitgehend die Lebensumstände der älteren Menschen. Dies zeigt sich

deutlich in bezug auf den Anteil der allein und in Anstalten lebenden Personen. Betrachtet man zunächst die Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten insgesamt, so ergibt sich, daß der Anteil der Personen, die alleine einen Haushalt führen, von 3,3% in den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern bis zu 10,4% in den Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern ansteigt. Bei den älteren Menschen ist dieser Prozentsatz schon deshalb höher, weil wegen des normalen Altersunterschieds zwischen den Ehepartnern und der früheren Sterblichkeit der Männer sehr viele vordem verheiratete Frauen im Alter alleine bleiben. Während sie in den kleinen Gemeinden aber häufig von den Familien ihrer Kinder aufgenommen werden oder zu Verwandten ziehen, da sich hier größere Haushalte und Familiengemeinschaften noch in einem weiteren Umfange erhalten haben, eröffnen sich derartige Möglichkeiten in den Großstädten aufgrund der Wohnverhältnisse und Lebensgewohnheiten seltener. In den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern liegt der Anteil der alleine lebenden älteren Menschen daher mit 11,3% für die 65- bis 70jährigen, 14,4% für die 70- bis 75jährigen und 16,0% für die über 75jährigen deutlich unter den entsprechenden Prozentsätzen für diese Altersgruppen insgesamt. Mit zunehmender Gemeindegröße erhöhen sich diese Anteilssätze kontinuierlich und erreichen in den Großstädten 26,3% für die 65- bis 70jährigen, 33,3% für die 70- bis 75jährigen und 34,1% für die über 75jährigen.

Weniger ausgeprägt ist dagegen der Zusammenhang zwischen der Größe einer Gemeinde und dem Anteil der älteren Menschen, die ihren Lebensabend in einer Anstalt, das heißt in der Regel in einem Altersheim oder einem Altenwohnheim, verbringen. Für die Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern liegt er unter 1%, da derartig kleine Gemeinden für Altersheime normalerweise nur wenig geeignet sind, sofern sie nicht in der unmittelbaren



## Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten nach Gemeindegrößenklassen, Personenkreisen und Altersgruppen 1970

Gemeindegrößenklasse Personenkreis	Insgesamt		Im Alter von ... Jahren									
			unter 60		60 - 65		65 - 70		70 - 75		75 und mehr	
	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>
Alle Gemeinden												
Personen in												
Privathaushalten	3 639 900	97,8	2 964 400	97,9	217 600	98,6	188 100	98,5	131 600	97,6	138 000	94,1
Ein-Personen-Haushalten	238 000	6,4	92 600	3,1	34 500	15,6	37 900	19,8	33 700	25,0	39 200	26,7
Mehr-Personen-Haushalten	3 401 900	91,4	2 871 800	94,8	183 100	83,0	150 200	78,6	97 900	72,6	98 800	67,4
Anstalten	82 700	2,2	65 100	2,1	3 000	1,4	2 900	1,5	3 200	2,4	8 600	5,9
<b>Insgesamt</b>	<b>3 722 600</b>	<b>100,0</b>	<b>3 029 500</b>	<b>100,0</b>	<b>220 600</b>	<b>100,0</b>	<b>191 000</b>	<b>100,0</b>	<b>134 800</b>	<b>100,0</b>	<b>146 600</b>	<b>100,0</b>
Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern												
Personen in												
Privathaushalten	772 500	99,6	626 100	99,6	44 900	99,6	40 600	99,8	29 100	99,7	31 600	99,1
Ein-Personen-Haushalten	25 700	3,3	7 700	1,2	4 100	9,1	4 600	11,3	4 200	14,4	5 100	16,0
Mehr-Personen-Haushalten	746 800	96,3	618 400	98,4	40 800	90,5	36 000	88,5	24 900	85,3	26 500	83,1
Anstalten	3 200	0,4	2 500	0,4	200	0,4	100	0,2	100	0,3	300	0,9
<b>Zusammen</b>	<b>775 700</b>	<b>100,0</b>	<b>628 600</b>	<b>100,0</b>	<b>45 100</b>	<b>100,0</b>	<b>40 700</b>	<b>100,0</b>	<b>29 200</b>	<b>100,0</b>	<b>31 900</b>	<b>100,0</b>
Gemeinden mit 1 000 bis 5 000 Einwohnern												
Personen in												
Privathaushalten	1 007 700	98,5	828 400	98,7	58 100	98,6	49 900	98,4	34 800	97,8	36 600	96,1
Ein-Personen-Haushalten	49 400	4,8	15 700	1,9	8 100	13,8	8 700	17,2	7 800	21,9	9 100	23,9
Mehr-Personen-Haushalten	958 300	93,7	812 700	96,8	50 000	84,9	41 200	81,3	27 000	75,8	27 500	72,2
Anstalten	15 000	1,5	11 200	1,3	800	1,4	800	1,6	800	2,2	1 500	3,9
<b>Zusammen</b>	<b>1 022 700</b>	<b>100,0</b>	<b>839 600</b>	<b>100,0</b>	<b>58 900</b>	<b>100,0</b>	<b>50 700</b>	<b>100,0</b>	<b>35 600</b>	<b>100,0</b>	<b>38 100</b>	<b>100,0</b>
Gemeinden mit 5 000 bis 20 000 Einwohnern												
Personen in												
Privathaushalten	638 400	96,4	523 900	96,4	37 600	98,2	31 600	97,8	22 200	96,9	23 200	92,8
Ein-Personen-Haushalten	44 100	6,7	16 000	2,9	6 500	17,0	7 300	22,6	6 500	28,4	7 700	30,8
Mehr-Personen-Haushalten	594 300	89,8	507 900	93,4	31 100	81,2	24 300	75,2	15 700	68,6	15 500	62,0
Anstalten	23 600	3,6	19 700	3,6	700	1,8	700	2,2	700	3,1	1 800	7,2
<b>Zusammen</b>	<b>662 000</b>	<b>100,0</b>	<b>543 600</b>	<b>100,0</b>	<b>38 300</b>	<b>100,0</b>	<b>32 300</b>	<b>100,0</b>	<b>22 900</b>	<b>100,0</b>	<b>25 000</b>	<b>100,0</b>
Gemeinden mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern												
Personen in												
Privathaushalten	662 000	97,1	530 100	97,2	42 600	98,4	36 800	98,1	25 700	97,0	26 700	91,4
Ein-Personen-Haushalten	58 400	8,6	22 400	4,1	8 600	19,9	9 400	25,1	8 300	31,3	9 700	33,2
Mehr-Personen-Haushalten	603 600	88,5	507 700	93,1	34 000	78,5	27 400	73,1	17 400	65,7	17 000	58,2
Anstalten	19 800	2,9	15 100	2,8	700	1,6	700	1,9	800	3,0	2 500	8,6
<b>Zusammen</b>	<b>681 800</b>	<b>100,0</b>	<b>545 200</b>	<b>100,0</b>	<b>43 300</b>	<b>100,0</b>	<b>37 500</b>	<b>100,0</b>	<b>26 500</b>	<b>100,0</b>	<b>29 200</b>	<b>100,0</b>
Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern												
Personen in												
Privathaushalten	559 200	96,4	455 600	96,5	34 500	98,3	29 100	98,0	19 900	96,1	20 000	88,5
Ein-Personen-Haushalten	60 300	10,4	30 600	6,5	7 200	20,5	7 800	26,3	6 900	33,3	7 700	34,1
Mehr-Personen-Haushalten	498 900	86,0	425 000	90,0	27 300	77,8	21 300	71,7	13 000	62,8	12 300	54,4
Anstalten	21 100	3,6	16 600	3,5	600	1,7	600	2,0	800	3,9	2 600	11,5
<b>Zusammen</b>	<b>580 300</b>	<b>100,0</b>	<b>472 200</b>	<b>100,0</b>	<b>35 100</b>	<b>100,0</b>	<b>29 700</b>	<b>100,0</b>	<b>20 700</b>	<b>100,0</b>	<b>22 600</b>	<b>100,0</b>

1) Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten der jeweiligen Gemeindegrößenklasse und Altersgruppe = 100.

Nachbarschaft von mittleren und größeren Städten liegen, die den älteren Menschen gewisse Abwechslungsmöglichkeiten bieten. Einen über den entsprechenden Durchschnitt für diese Altersgruppen liegenden Prozentsatz erreicht der Anteil der in Anstalten lebenden älteren Menschen erst bei den Gemeinden mit 5 000 bis 20 000 Einwohnern. Er beträgt hier 2,2% für die 65- bis 70jährigen, 3,1% für die 70- bis 75jährigen und 7,2% für die über 75jährigen. Während für die 65- bis 75jährigen diese Quoten mit wachsender Gemeindegröße kaum noch zunehmen, steigt der Anteil der in Anstalten lebenden Personen, die das 75. Lebensjahr überschritten haben, bis auf 11,5% in den Großstädten.

Die Ursache hierfür ist vermutlich darin zu sehen, daß die älteren Menschen gerade in den Großstädten vielfach keine andere Wahl haben, als ein Altersheim aufzusuchen, wenn sie aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters zu hinfällig geworden sind, um sich noch selbst versorgen zu können, denn die Wohnverhältnisse der Familien ihrer Kinder sind oft zu beschränkt, als daß sie sie aufnehmen könnten, wobei hinzukommen dürfte, daß das Gefühl der Familienzusammengehörigkeit in ländlichen Gebieten sicherlich noch ausgeprägter ist als bei der ausgesprochenen Großstadtbevölkerung.

Dr. G. Nold-Stahlberg



# Erwerbstätigkeit als Quelle für den Lebensunterhalt

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Nach dem sogenannten Erwerbskonzept, das der Erfassung der Erwerbspersonen bei der Volkszählung 1970 wie auch 1961 zugrunde lag, wurden den Erwerbspersonen alle diejenigen zugerechnet, die in irgendeiner Weise erwerbs- oder berufstätig waren, ohne Rücksicht darauf, ob die Erwerbstätigkeit hauptberuflich oder nur nebenbei ausgeübt wurde. Als Erwerbstätigkeit gilt damit auch eine unregelmäßige Beschäftigung während eines Teiles des Tages oder nur an bestimmten Wochentagen. Daneben wurde die gesamte Bevölkerung außerdem nach dem sogenannten Unterhaltskonzept gegliedert, das erkennen läßt, aus welchen Einkunftsquellen die einzelnen Personen überwiegend ihren Lebensunterhalt bestreiten, ob aus Erwerbstätigkeit, aus Renten oder Pensionen u. dgl. oder durch Angehörige. Kombiniert man im Rahmen einer differenzierten Analyse der Erwerbspersonen die beiden Darstellungskonzepte miteinander, so zeigt sich, inwieweit die Erwerbstätigkeit für die Erwerbspersonen die überwiegende Quelle des Lebensunterhalts bildet, und wie hoch der Anteil der Erwerbspersonen ist, die ihren Lebensunterhalt primär aus Renten u. dgl. oder aus dem Einkommen von Angehörigen bestreiten, während die Erwerbseinkünfte nur eine sekundäre Einkommensquelle darstellen. Die Aufbereitung nach dieser Merkmalskombination geht jedoch - wie das gesamte erwerbs- und berufsstatistische Programm der Volkszählung 1970 - nicht von den Erwerbspersonen, sondern von den Erwerbstätigen aus, läßt mithin die Erwerbslosen, deren Zahl kaum ins Gewicht fällt, außer Betracht.

## 90% der Erwerbstätigen bestreiten den Lebensunterhalt überwiegend nicht aus ihren Erwerbseinkünften

Von den 1 523 100 Erwerbstätigen bestreiten 1 380 900 oder 90,7% ihren Lebensunterhalt überwiegend aus dem Einkommen, das sie aus ihrer Erwerbstätigkeit beziehen. Für 46 000 Erwerbstätige (3,0%) bilden Renten, Pensionen u. dgl. das Haupteinkommen, das die Erwerbseinkünfte, die zum Teil nur aus einer Teilzeitbeschäftigung bezogen werden, übertrifft. Mehr als doppelt so groß

ist mit 96 200 oder 6,3% die Zahl derjenigen Erwerbstätigen, deren Lebensunterhalt überwiegend durch Angehörige finanziert wird. Hierunter fallen Lehrlinge, deren eigenes Einkommen noch nicht hoch genug ist, um daraus den Lebensunterhalt bestreiten zu können, und die in der Regel noch im Haushalt der Eltern leben, sowie zu einem geringeren Teil auch die mithelfenden Familienangehörigen. Weiterhin gehören hierzu die Ehefrauen, die das Einkommen des Ehemannes durch eine Teilzeitbeschäftigung ergänzen.

Bei den Männern ist der Anteil derjenigen, die in erster Linie von ihren Erwerbseinkommen leben, mit 93,8% wesentlich höher als bei den Frauen (84,7%). Diese Divergenz beruht fast ausschließlich darauf, daß der Prozentsatz der erwerbstätigen Frauen, die überwiegend von Angehörigen unterhalten werden, 11,5% beträgt, während es bei den Männern nur 3,6% sind. Auf die Ursache wurde schon hingewiesen: Es sind vor allem Frauen, die als mithelfende Familienangehörige ohne feste Vergütung oder als teilzeitbeschäftigte Angestellte und Arbeiterinnen tätig sind. Bei den Männern, die in einem Familienbetrieb - häufig nur stunden- oder tageweise - mithelfen oder als Arbeiter und Angestellte eine Teilzeitbeschäftigung übernehmen, handelt es sich häufig um Rentner und Pensionäre, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus ihrer Rente oder Pension bestreiten. Allerdings ist der Anteil derjenigen Erwerbstätigen, die ein abgeleitetes Einkommen aus Renten, Pensionen oder dgl. durch eine Erwerbstätigkeit ergänzen, unter den Frauen noch größer als unter den Männern (3,8 gegenüber 2,6%). Zum Teil dürfte dies darauf zurückzuführen sein, daß sich viele Ehefrauen bei dem Tode ihres Mannes wegen der früheren Sterblichkeit der Männer und des Altersunterschiedes zwischen den Ehepartnern noch im erwerbsfähigen Alter befinden und oft daran interessiert sind, ihre Rente zumindest durch eine Nebenbeschäftigung aufzubessern.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen, Geschlecht und überwiegendem Lebensunterhalt 1970

Wirtschaftsabteilung	Insgesamt	Mit überwiegendem Lebensunterhalt durch					
		Erwerbstätigkeit		Rente und dgl.		Angehörige	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	163 724	129 375	79,0	23 076	14,1	11 273	6,9
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	12 176	11 753	96,5	117	1,0	306	2,5
Verarbeitendes Gewerbe	563 709	525 385	93,2	6 975	1,2	31 349	5,6
Baugewerbe	123 963	117 289	94,6	1 134	0,9	5 540	4,5
Handel	178 901	151 610	84,7	5 272	2,9	22 019	12,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	78 547	75 576	96,2	662	0,8	2 309	2,9
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	31 600	28 455	90,0	429	1,4	2 716	8,6
Dienstleistungen	190 602	168 262	88,3	6 102	3,2	16 238	8,5
Organisationen ohne Erwerbscharakter							
einschl. Private Haushalte	18 716	16 630	88,9	893	4,8	1 193	6,4
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	161 207	156 594	97,1	1 351	0,8	3 262	2,0
<b>Insgesamt</b>	<b>1 523 145</b>	<b>1 380 929</b>	<b>90,7</b>	<b>46 011</b>	<b>3,0</b>	<b>96 205</b>	<b>6,3</b>



## Auswirkungen der Beschäftigtenstruktur auf den Anteil der primär von den Erwerbseinkommen lebenden Erwerbstätigen

Vergleicht man für die einzelnen Wirtschaftsabteilungen den Anteil der Erwerbstätigen miteinander, die überwiegend von ihrem Erwerbseinkommen leben, so ergibt sich der geringste Prozentsatz (79,0%) für die Land- und Forstwirtschaft, was wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß in diesem Wirtschaftsbereich die mithelfenden Familienangehörigen 51,4% aller Erwerbstätigen ausmachen. Dabei ist allerdings die Zahl der Erwerbstätigen, deren Lebensunterhalt in erster Linie durch ein eigenes Renteneinkommen abgesichert ist, mit 14,1% mehr als doppelt so groß wie die Zahl derjenigen, deren Lebensunterhalt überwiegend durch Angehörige bestritten wird (6,9%). Unter dem Durchschnitt liegen weiterhin die Anteile der primär von den eigenen Erwerbseinkünften lebenden Erwerbstätigen im Handel (84,7%), im Dienstleistungsgewerbe (88,3%), bei den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe (90,0%) sowie bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und den privaten Haushalten (88,9%). Bei den drei zuerst genannten Wirtschaftsabteilungen ist die Ursache darin zu

sehen, daß die Zahl der Erwerbstätigen, die überwiegend von Angehörigen unterhalten werden, relativ groß ist. Maßgebend hierfür ist vor allem der hohe Lehrlingsanteil in diesen Wirtschaftsabteilungen, der im Handel 12,6%, im Dienstleistungsgewerbe 8,1% und bei den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe 8,7% ausmacht. Im Handel und Dienstleistungsgewerbe kommt hinzu, daß hier rund 7% der Erwerbstätigen mithelfende Familienangehörige sind. Dagegen ist in der Wirtschaftsabteilung Organisationen ohne Erwerbscharaktere und private Haushalte der überdurchschnittlich hohe Anteil der Erwerbstätigen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigenem Renteneinkommen (4,8%) oder dem Einkommen von Angehörigen (6,4%) bestreiten, durch die relativ große Anzahl von Hausgehilfinnen bedingt, die nur stundenweise und an bestimmten Wochentagen arbeiten, so daß die aus dieser Teilzeitbeschäftigung resultierenden Einnahmen nur eine sekundäre Einkommensquelle im Vergleich zum eigenen Renteneinkommen oder zum Einkommen des Ehemannes oder eines anderen Verwandten bilden.

Dr. G. Nold-Stahlberg

## Unterschiede in der wöchentlichen Arbeitszeit

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

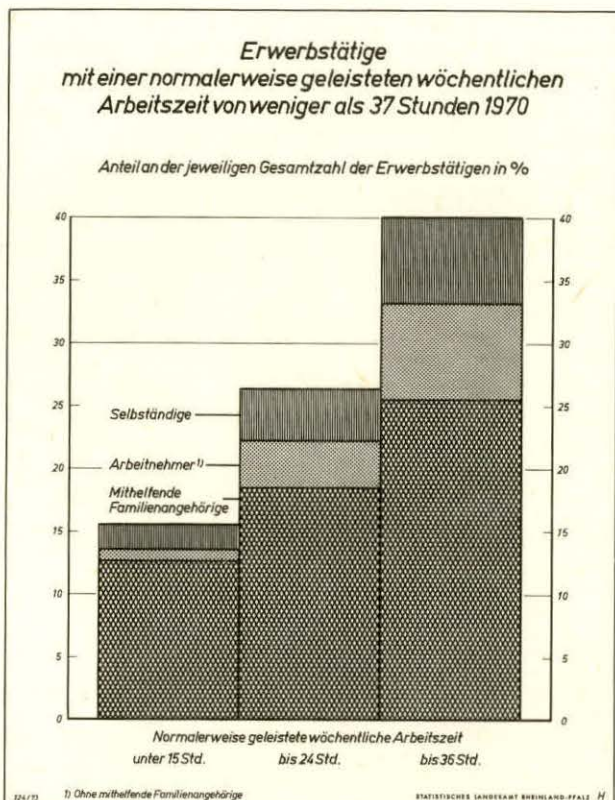
Bei der Volkszählung 1970 wurden die Erwerbstätigen auch nach der normalerweise geleisteten wöchentlichen Arbeitszeit befragt. Diese Fragestellung war insofern von besonderer Bedeutung, als den Erwerbstätigen grundsätzlich alle Personen zugerechnet wurden, die sich überhaupt in irgendeiner Form am Erwerbsleben beteiligen ohne Rücksicht auf die Dauer der Arbeitszeit. Einen genauen Aufschluß über den Umfang des personellen Arbeitseinsatzes erhält man jedoch nur dann, wenn diejenigen Erwerbstätigen ausgegliedert werden, deren Arbeitszeit hinter der allgemeinen Norm zurückbleibt. Aber auch für sozialpolitische Überlegungen sind Informationen über die Dauer der Arbeitszeit wichtig, wobei in diesem Fall die Situation der erwerbstätigen Frauen, die durch Haushalt und Familie zusätzlich belastet werden, im Vordergrund des Interesses steht.

### 9% arbeiten weniger als 37 Stunden in der Woche

Bei der Gruppierung der Erwerbstätigen nach der Dauer der normalerweise geleisteten wöchentlichen Arbeitszeit wurde zwischen einer Arbeitszeit von weniger als 15 Stunden, 15 bis 24 Stunden, 25 bis 36 Stunden und mehr als 36 Stunden unterschieden. Die Erwerbstätigen, die nicht die bei der Volkszählung festgesetzte Norm von mindestens 37 Stunden arbeiteten, fallen mit 9,2% relativ nicht sehr ins Gewicht; ihre absolute Zahl (140 800) ist jedoch in jedem Fall ökonomisch relevant. Von den nicht vollbeschäftigten Erwerbstätigen arbeiteten 77 600 (5,1%) weniger als 25 Stunden und 31 100 (2,0%) weniger als 15 Stunden in der Woche (wobei die Anteile auch hier jeweils an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen gemessen werden).

### 25% der mithelfenden Familienangehörigen nicht voll erwerbstätig

Der Anteil der vollbeschäftigten Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen hängt in





Stellung im Beruf Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Mit einer normalerweise geleisteten wöchentlichen Arbeitszeit von ... Stunden							
		unter 15		15 - 24		25 - 36		über 36	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Erwerbstätige insgesamt	1 523 145	31 118	2,0	46 527	3,1	63 191	4,1	1 382 309	90,8
Land- und Forstwirtschaft	163 724	14 354	8,8	4 612	2,8	7 540	4,6	137 218	83,8
Produzierendes Gewerbe	699 848	5 316	0,8	13 811	2,0	17 839	2,5	662 882	94,7
Handel und Verkehr	257 448	4 609	1,8	10 642	4,1	12 820	5,0	229 377	89,1
Sonstige Wirtschaftsbereiche	402 125	6 839	1,7	17 462	4,3	24 992	6,2	352 832	87,7
Selbständige	171 656	3 444	2,0	3 542	2,1	4 885	2,8	159 785	93,1
Land- und Forstwirtschaft	55 270	501	0,4	692	1,3	1 096	2,0	52 981	95,9
Produzierendes Gewerbe	40 080	682	1,7	829	2,1	1 074	2,7	37 495	93,6
Handel und Verkehr	41 142	1 329	3,2	995	2,4	1 256	3,1	37 562	91,3
Sonstige Wirtschaftsbereiche	35 164	932	2,7	1 026	2,9	1 459	4,1	31 747	90,3
Mithelfende Familienangehörige	127 092	16 109	12,7	7 234	5,7	8 945	7,0	94 804	74,6
Land- und Forstwirtschaft	84 105	13 590	16,2	3 171	3,8	5 337	6,3	62 007	73,7
Produzierendes Gewerbe	14 861	883	5,9	1 409	9,5	1 155	7,8	11 414	76,8
Handel und Verkehr	14 451	877	6,1	1 403	9,7	1 347	9,3	10 824	74,9
Sonstige Wirtschaftsbereiche	13 675	759	5,6	1 251	9,1	1 106	8,1	10 559	77,2
Abhängige (ohne mithelfende Familienangehörige)	1 224 397	11 565	0,9	35 751	2,9	49 361	4,0	1 127 720	92,1
Land- und Forstwirtschaft	24 349	263	1,1	749	3,1	1 107	4,5	22 230	91,3
Produzierendes Gewerbe	644 907	3 751	0,6	11 573	1,8	15 610	2,4	613 973	95,2
Handel und Verkehr	201 855	2 403	1,2	8 244	4,1	10 217	5,1	180 991	89,7
Sonstige Wirtschaftsbereiche	353 286	5 148	1,5	15 185	4,3	22 427	6,3	310 526	87,9

erster Linie davon ab, in welchem Umfang in dem betreffenden Wirtschaftsbereich mithelfende Familienangehörige und Frauen arbeiten, da der Anteil derjenigen, die nur bis zu 36 Stunden durchschnittlich beschäftigt sind, für diese beiden Gruppen vergleichsweise sehr hoch ist. Während die Erwerbstätigen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 36 Stunden bei den Selbständigen 93,1% und bei den Arbeitnehmern 92,1% ausmachen, sind es bei den mithelfenden Familienangehörigen nur 74,6%. Dabei ist die Variationsbreite für die einzelnen Wirtschaftsbereiche innerhalb dieser nach der Stellung im Beruf abgegrenzten Gruppen verhältnismäßig gering und im wesentlichen durch den Anteil der Frauen bedingt. Eine von den übrigen Relationen abweichende Besonderheit ergibt sich jedoch für die mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft, von denen 16,2% weniger als 15 Stunden arbeiten, während es in den anderen Wirtschaftsbereichen lediglich zwischen 5,6 und 6,1% sind. Umgekehrt macht der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 15 bis 36 Stunden nur 10,1% aus, in den übrigen Wirtschaftsbereichen dagegen zwischen 17,2 und 19,0%. Im Gesamtergebnis für alle Erwerbstätigen wirkt sich dies in der Weise aus, daß von den 31 100 Erwerbstätigen, die weniger als 15 Stunden in der Woche arbeiten, 14 400 oder 46,1% in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt sind.

#### 78% der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen

Viele Frauen können eine berufliche Stellung, die ihre Anwesenheit am Arbeitsplatz während der gesamten normalen Arbeitszeit erfordert, nicht übernehmen, da ihnen die Betreuung der Kinder und die Versorgung des Haushaltes dafür keine Zeit läßt. Andererseits sind sie zum Teil sehr an

einer Erwerbstätigkeit interessiert, sei es, daß sie dadurch das Familieneinkommen aufbessern wollen, sei es, daß sie an dem erlernten Beruf Spaß haben und ihn nicht ganz aufgeben möchten, oder sei es, weil sie das Leben als Hausfrau nicht ausfüllen und sie ihre alte Umgebung im Beruf vermissen, wobei in den meisten Fällen alle diese Momente eine gewisse Rolle spielen dürften. Als Ausweg bietet sich hier eine Teilzeitbeschäftigung an, für die sich insbesondere auf Grund der Knappheit an Arbeitskräften sehr viele neue Möglichkeiten eröffnet haben. Dies kommt sehr deutlich darin zum Ausdruck, daß nur 78,9% der erwerbstätigen Frauen, aber 97,0% der erwerbstätigen Männer mehr als 36 Stunden in der Woche arbeiten. Der sehr viel niedrige Anteil der voll-erwerbstätigen Frauen ist nur zu einem geringen Teil darauf zurückzuführen, daß von den erwerbstätigen Frauen 19,6% mithelfende Familienangehörige sind, deren Aufgabenstellung recht häufig keine ganztägige Beschäftigung an allen Werktagen verlangt. Vielmehr übersteigt der Anteil der in einem festen Arbeitsverhältnis stehenden Frauen, die mehr als 36 Stunden in der Woche arbeiten, mit 79,3% die entsprechende Quote für die mithelfenden Familienangehörigen (75,3%) nicht sehr wesentlich. Selbst von den Frauen, die als Selbständige tätig sind, widmen nur 84,1% mehr als 36 Stunden ihrem Beruf. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen sind im übrigen gering: Lediglich im produzierenden Gewerbe lag der Anteil der mehr als 36 Stunden in der Woche arbeitenden Frauen mit 82,7% etwas stärker über dem Durchschnitt; in der Land- und Forstwirtschaft, im Handel und Verkehr und in dem Dienstleistungsbereich im engeren Sinne war er mit rund 77% dagegen etwa gleich hoch.

Dr. G. Nold-Stahlberg



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 671	3 685	3 688	3 689	3 689	3 698	...	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 256	2 204	2 446	2 859	2 398	2 864	2 415	3 079	2 057 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,1	6,0	7,8	9,1	7,9	9,4	7,7 <sup>p</sup>	9,8 <sup>p</sup>	6,8 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 837	3 420	3 481	3 323	3 201	3 199	3 188	3 108	2 971 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,5	9,3	11,1	10,6	10,6	10,5	10,2 <sup>p</sup>	9,9 <sup>p</sup>	9,8 <sup>p</sup>
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 667	3 660	3 446	3 382	3 426	3 459	3 664	3 394	3 109 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	9,9	11,0	10,8	11,3	11,4	11,7 <sup>p</sup>	10,8 <sup>p</sup>	10,2 <sup>p</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	88	82	93	87	59	80	80	71	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	22,9	24,0	26,7	26,2	18,4	25,0	25,1	22,8	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	170	- 240	35	- 59	- 225	- 260	- 476	- 286	- 138 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,5	- 0,7	0,1	- 0,2	- 0,7	- 0,9	- 1,5 <sup>p</sup>	- 0,9 <sup>p</sup>	- 0,5 <sup>p</sup>
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 580	10 377	10 981	11 792	11 204	11 019	...	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	9 119	9 150	8 929	10 210	10 931	8 348	...	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 461	1 227	2 052	1 582	273	2 671	...	...	...
* Innerhalb d. Landes Umgezogene <sup>4)</sup>	Anzahl	10 351	10 508	11 475	12 762	11 951	10 058	...	...	...
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	10,9	12,9	9,2	8,8	8,5	9,3	10,3	10,2	10,1
* Männer	1 000	6,6	7,8	4,9	4,7	4,4	4,5	5,2	5,2	5,0
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	621	776	92	116	148	74	79	104	130
Bauberufe	Anzahl	859	887	342	284	267	287	293	330	386
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	5 254	5 746	4 077	3 784	3 560	4 239	4 134	4 104	3 971
Offene Stellen	Anzahl	27 650	27 090	29 339	29 682	30 134	35 528	34 095	31 853	30 017
Männer	Anzahl	17 617	16 842	17 881	18 343	19 060	22 474	21 639	20 857	19 982
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	366	316	289	252	371	475	436	507	609
Bauberufe	Anzahl	2 663	2 623	2 802	3 054	3 388	3 312	3 301	3 092	2 977
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	12 159	11 549	12 948	13 022	13 549	16 378	15 859	15 241	14 086
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	686	678	.	.	.	708	.	.	.
* Milchkühe	1 000	252	251	.	.	.	253	.	.	.
* Schweine	1 000	741	744	.	.	743	762	.	.	789
* Zuchtsauen	1 000	69	70	.	.	73	75	.	.	75
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	42	.	.	43	47	.	.	45
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	20	16	14	15	14	13	14	15	17
* Kälber	1 000	2	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	103	98	94	89	86	88	88	82	80
* Hausschlachtungen	1 000	21	18	8	8	11	9	9	6	10
* Schlachtmengen <sup>5)</sup>	1 000 t	12,0	11,1	11,2	11,0	10,3	10,3	10,5	10,5	10,2
* Rinder	1 000 t	5,1	4,3	3,9	4,2	3,9	3,8	4,0	4,4	4,5
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,7	6,6	7,2	6,7	6,3	6,4	6,4	6,0	5,6
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier <sup>6)</sup>	1 000	197	165	79	165	160	111	85	174	194
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch <sup>7)</sup>	1 000 kg	44	61	59	70	54	55	70	75	71
Milch										
* Milchzeugung	1 000 t	79	80	86	83	76	87	84	82	70
* an Molkereien geliefert	%	80,8	83,1	84,5	85,2	85,6	87,1	86,5	86,8	86,4
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,0	10,4	11,0	10,7	10,1	11,5	10,8	10,5	9,4

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	3 059	3 051	3 050	3 048	2 992	2 992	2 994	2 998
* Beschäftigte	1 000	408	404	403	407	406	407	409	413	412
* Arbeiter 2)	1 000	304	298	298	300	298	299	301	304	302
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	46 972	45 571	42 051	46 367	46 378	44 411	41 670	47 732	45 630
Löhne und Gehälter	Mill. DM	541	591	585	588	570	686	673	670	635
* Löhne	Mill. DM	357	384	383	393	373	441	446	445	410
* Gehälter	Mill. DM	184	207	202	195	197	245	227	225	225
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	87	76	73	71	63	68	70	62	69
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	136	169	175	146	180	140	164	187	185
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	19	7	5	3	3	3	2	2	3
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	117	162	170	143	177	137	162	185	182
* Heizölverbrauch	1 000 t	201	207	162	172	184	182	179	187	189
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	40	27	28	34	30	26	28	29
* schweres Heizöl	1 000 t	161	167	135	144	150	152	153	159	160
* Stromverbrauch	Mill. kWh	804	847	836	857	838	848	858	875	906
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	297	299	267	278	270	248	257	267	279
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 565	2 815	2 654	2 851	2 936	3 016	2 925	3 173	3 144
* Auslandsumsatz	Mill. DM	535	637	579	596	625	687	685	753	731
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	213	234	226	219	242	265	225	240 <sup>p</sup>	262 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	223	247	235	228	253	277	237	252 <sup>p</sup>	276 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	223	247	237	230	254	276	234	250 <sup>p</sup>	272
Energiewirtschaft	1962 = 100	210	228	202	195	224	308	302	308 <sup>p</sup>	356 <sup>p</sup>
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	234	264	259	251	277	298	270	281	298
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	165	180	200	197	209	226	203	201	219
Chemische Industrie	1962 = 100	276	317	306	298	327	343	322	332	348
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	288	322	316	278	311	355	287	280	330
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	242	299	324	267	265	271	221	215	248
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	170	183	164	174	193	197	148	182	199
Schuhindustrie	1962 = 100	108	102	94	109	108	77	55	95	104
* Nahrungs- und Genußmittel- industrien	1962 = 100	178	182	150	165	181	211	160	200	206
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	157	166	175	169	186	201	158	172	189
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	.	.	103	100	.	.	...
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	207	223	.	.	228	234	.	.	...
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	208	227	.	.	237	234	.	.	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	176	221	149	150	156	169	150	...	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 181	1 266	1 180	1 191	1 241	1 357	1 438	...	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	330	384	339	331	346	483	537	...	...
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 015	1 088	978	999	1 040	1 030	1 037	...	...
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,6	0,6	0,2	0,2	0,4	0	0	0	0,1
Gasbezug 4)	Mill. cbm	192	233	189	165	219	83	93	106	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	193	234	189	166	219	83	93	106	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 276	89 423	91 861	91 967	91 835	88 157	88 323	87 868	87 707
Facharbeiter	Anzahl	48 428	48 787	50 933	50 144	50 123	48 722	47 646	47 341	47 636
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 438	26 017	26 328	27 005	26 778	24 665	25 793	25 397	24 989
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 257	13 348	14 030	14 815	14 900	14 004	12 706	14 385	13 694
Privater Bau	1 000	7 511	7 887	8 174	8 649	8 684	8 367	7 407	8 460	8 003
Wohnungsbau	1 000	4 906	5 235	5 376	5 827	5 809	5 685	4 975	5 705	5 416
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	143	122	134	130	136	124	98	186	162
Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 462	2 530	2 664	2 692	2 739	2 558	2 334	2 569	2 425
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 746	5 461	5 856	6 166	6 216	5 637	5 299	5 925	5 691
Hochbau	1 000	1 427	1 346	1 322	1 437	1 468	1 125	1 086	1 156	1 134
Tiefbau	1 000	4 319	4 115	4 534	4 729	4 748	4 512	4 213	4 769	4 557
Straßenbau	1 000	2 007	1 909	2 135	2 242	2 239	2 150	2 026	2 323	2 165
Löhne und Gehälter	Mill. DM	115	131	141	149	146	155	152	160	155
* Löhne	Mill. DM	103	118	127	136	132	140	137	145	140
* Gehälter	Mill. DM	12	13	14	13	14	15	15	15	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	325	332	343	381	390	330	328	371	416

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ab Mai 1973 umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal / Nm<sup>3</sup>. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere(n) Bundesländer(n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1973 vorläufige Ergebnisse.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 314	1 496	1 463	1 887	1 549	1 680	2 014	1 490	1 238
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 178	1 332	1 315	1 682	1 401	1 556	1 835	1 347	1 135
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 489	1 813	1 585	2 441	1 718	1 740	2 449	1 614	1 381
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	203	273	243	333	261	285	416	271	231
* Wohnfläche	1 000 qm	255	313	274	380	302	286	429	275	234
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	251	253	260	307	250	280	338	323	284
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 186	1 010	1 074	1 056	1 007	1 045	1 676	1 459	1 194
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	126	110	127	103	103	145	233	170	158
* Nutzfläche	1 000 qm	200	175	167	204	173	186	294	253	217
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 997	2 742	3 234	4 517	3 436	3 061	5 192	3 128	2 733
<b>Bauleistungspreise</b> (einschl. Umsatzsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel-schwerer Boden)	1962 = 100	122	124	.	124	.	.	.	135	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	175	189	.	191	.	.	.	204	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	176	192	.	196	.	.	.	212	.
Leichttrennwand	1962 = 100	179	197	.	200	.	.	.	216	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahlbetonfertigteilen)	1962 = 100	164	176	.	178	.	.	.	194	.
Beton für Wände	1962 = 100	170	182	.	184	.	.	.	200	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	132	137	.	138	.	.	.	150	.
Innenwandputz	1962 = 100	180	198	.	202	.	.	.	227	.
Deckenputz	1962 = 100	174	191	.	195	.	.	.	219	.
Außenwandputz	1962 = 100	185	205	.	208	.	.	.	235	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	153	170	.	173	.	.	.	192	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	170	182	.	180	.	.	.	205	.
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	633,4	737,5	682,7	688,3	722,5	742,5	825,7	880,7	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	20,1	25,5	22,3	26,9	30,9	40,2	39,8	55,8	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	613,3	712,0	660,4	661,4	691,6	702,3	785,9	824,9	...
* Rohstoffe	Mill. DM	10,1	10,3	9,3	9,5	10,6	10,9	10,6	11,9	...
* Halbwaren	Mill. DM	36,2	35,5	36,3	35,5	32,2	45,0	50,0	42,7	...
* Fertigwaren	Mill. DM	567,1	666,3	614,8	616,3	648,8	646,4	725,3	770,3	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	211,8	235,3	211,1	228,5	249,4	215,4	274,3	289,7	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	355,3	431,0	403,7	387,8	399,4	431,0	451,0	480,6	...
Nach ausgewählten Verbrauchs-ländern										
EG-Länder	Mill. DM	297,3	350,1	314,3	298,7	336,7	356,7	350,7	375,7	...
Frankreich	Mill. DM	101,9	122,9	104,7	83,7	109,9	116,7	130,2	102,4	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	43,6	51,4	47,5	47,9	50,0	58,7	56,4	62,5	...
Niederlande	Mill. DM	53,2	55,7	45,5	57,4	55,3	60,9	59,6	74,8	...
Italien	Mill. DM	54,7	65,4	67,1	56,7	64,8	58,5	71,1	59,7	...
Großbritannien	Mill. DM	29,4	38,3	34,4	37,4	39,3	41,9	43,7	54,3	...
Republik Irland	Mill. DM	1,3	1,7	1,5	1,1	1,8	2,7	3,4	3,3	...
Dänemark	Mill. DM	13,1	14,7	13,6	14,5	15,7	17,5	16,3	18,7	...
Österreich	Mill. DM	26,1	33,8	27,3	30,2	33,2	29,3	36,2	34,5	...
Schweiz	Mill. DM	38,1	41,7	38,2	41,1	39,5	39,5	44,4	46,1	...
USA und Kanada	Mill. DM	45,5	49,2	45,1	55,3	68,1	40,8	53,3	52,6	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	95,3	103,9	102,7	112,5	102,4	112,6	122,5	152,7	...
Ostblockländer	Mill. DM	22,2	36,0	36,8	30,4	36,4	36,9	50,6	50,7	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	455,8	480,5	439,8	436,7	498,3	517,9	519,7	464,3	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74,1	83,3	60,5	66,6	77,7	100,0	108,4	87,4	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	381,7	397,2	379,3	370,1	420,6	418,0	411,3	376,9	...
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	96	99	96	101	99	98	100	103	...
* Umsatz	1962 = 100	170	188	182	184	180	199	194	194	...
Waren verschiedener Art	1962 = 100	241	255	258	249	240	243	255	239	...
Nahrungs- und Genussmittel	1962 = 100	138	166	171	169	159	188	188	197	...
Bekleidung, Wäsche, Sport-artikel und Schuhe	1962 = 100	161	177	163	158	170	180	169	144	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	189	205	197	212	209	197	203	214	...
Elektrotechnische, feinmechani-sche und optische Erzeugnisse	1962 = 100	153	177	141	172	158	160	158	182	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro-einrichtungen	1962 = 100	181	180	175	168	173	201	180	164	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	113	116	118	128	117	115	118	116	...
Teilbeschäftigte	1962 = 100	211	228	249	285	257	230	224	251	...
* Umsatz	1962 = 100	174	196	234	239	214	223	234	231	...
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	246	285	410	402	445	397	425	423	...
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	164	186	221	227	195	203	214	220	...
<b>Fremdenverkehr</b>										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	257	261	411	386	427 <sup>x</sup>	347	367	373	420
* Auslandsgäste	1 000	56	54	142	107	90 <sup>l</sup>	84	114	97	75
* Fremdenübernachtungen	1 000	949	988	1 798	1 581	1 525 <sup>x</sup>	1 398	1 719	1 583	1 530
* Auslandsgäste	1 000	131	134	399	272	194	190	334	263	172
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterumschlag	1 000 t	3 150	3 099	3 567	3 634	3 244	3 398	3 465	3 386	2 986
* Gütereingang	1 000 t	1 547	1 555	1 694	1 685	1 617	1 734	1 864	1 734	1 634
* Güterversand	1 000 t	1 603	1 544	1 873	1 949	1 627	1 664	1 601	1 652	1 352
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 358	4 166	4 102	3 668	4 443	3 597	3 504	3 792	4 125
Ladung	1 000 t	2 764	2 604	3 331	2 821	2 567	3 031	2 909	2 963	2 658
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	67	65	83	80	59	84	83	79	63
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 709	4 580	4 438	4 190	4 637	3 672	4 002	3 944	4 558
Ladung	1 000 t	1 182	1 158	1 267	1 402	1 095	1 460	1 485	1 511	1 291
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	62	60	80	76	54	83	82	78	62
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 440	11 664	10 867	9 398	9 982	13 225	10 447	8 443	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	93	164	244	211	130	347	317	256	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 198	10 427	9 659	8 381	8 836	11 804	9 070	7 280	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	612	608	447	569	578	573	502	...
Zugmaschinen	Anzahl	398	391	311	294	393	426	397	334	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	416	449	722	367	271	865	781	360	...
<b>Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen</b>										
Beförderte Personen	1 000	26 272	28 074	23 992	24 023	29 213	27 559	21 788	26 936	29 701
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	22 828	23 892	21 277	20 643	23 770	22 287	19 165	21 537	23 599
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	2 997	3 674	1 956	2 677	4 776	4 416	2 022	4 681	5 369
Berufsverkehr	1 000	844	900	802	724	1 113	1 012	850	1 009	1 065
Gelegenheitsverkehr	1 000	447	508	759	703	667	856	601	681	733
Ausflugsfahrten	1 000	97	110	255	146	137	192	137	130	152
Ferienziel - Reisen	1 000	2	3	5	6	5	5	9	8	4
Mietwagenverkehr	1 000	348	395	499	551	525	659	455	543	577
Wagenkilometer	1 000	11 705	11 704	12 212	12 945	14 478	14 704	12 062	15 017	16 186
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	7 235	7 595	7 605	7 811	7 666	7 783	7 025	7 013	7 287
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 825	1 912	2 147	2 101	2 044	2 112	1 871	1 920	2 039
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	5 410	5 683	5 458	5 709	5 622	5 671	5 154	5 093	5 248
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	4 393	4 470	4 252	4 493	4 350	4 403	3 918	4 045	4 082
* Getötete Personen	Anzahl	1 017	1 213	1 206	1 216	1 272	1 268	1 236	1 048	1 166
Pkw - Insassen	Anzahl	103	101	132	101	114	95	98	106	110
Fußgänger	Anzahl	55	56	78	56	63	45	52	48	64
* Verletzte Personen	Anzahl	28	24	23	14	22	18	16	29	19
Pkw - Insassen	Anzahl	2 639	2 759	3 185	3 051	2 955	3 033	2 789	2 631	2 862
Fußgänger	Anzahl	1 769	1 859	2 098	1 920	1 938	1 869	1 751	1 431	1 714
Schwerverletzte	Anzahl	319	331	306	336	318	332	259	333	331
Pkw - Insassen	Anzahl	913	946	1 177	1 110	1 040	1 016	920	880	966
Fußgänger	Anzahl	552	587	731	627	588	556	515	421	529
Fußgänger	Anzahl	162	169	146	166	166	149	125	144	155
<b>Bundespost</b>										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	42 452	44 981	37 590	37 486	39 431	37 579	38 380	39 537	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 137	1 115	838	1 006	1 093	785	792	1 032	...
Telegramme	1 000	51	40	42	42	39	40	42	41	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1101 076	1108 815	1159 714	1143 666	1070 913	1224 963	1411 456	1261 010	...
Lastschriften	1 000 DM	1101 741	1103 065	1149 556	1144 951	1090 655	1231 871	1391 028	1294 060	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	18 444	22 352	27 253	24 279	21 210	23 392	26 893	25 195	...
Auszahlungen	1 000 DM	20 753	24 564	26 070	26 890	26 081	32 025	33 332	35 941	...
Hörfunk- und Fernsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 073	1 099	1 090	1 092	1 093	1 108	1 108	1 109	...
Fernsehrundfunk	1 000	956	984	976	976	978	995	995	996	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehteilnehmer.



# Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973				
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Jun	Jul	August	September		
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen 1)											
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	22 898	26 531	24 502	24 695	25 203	28 301	28 480	28 617	28 962	
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	22 590	26 265	24 223	24 416	24 930	28 110	28 305	28 447	28 796	
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 658	6 552	5 890	5 844	6 094	7 207	7 191	7 111	7 343	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 479	6 407	5 716	5 689	5 914	6 970	6 963	6 939	7 111	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	179	146	175	156	179	237	227	173	233	
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 906	3 365	3 043	3 115	3 161	3 547	3 502	3 502	3 506	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 670	2 996	2 740	2 800	2 841	3 150	3 070	3 074	3 075	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	236	369	303	315	320	397	432	427	431	
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	14 026	16 348	15 290	15 456	15 676	17 357	17 611	17 834	17 947	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	10 862	12 539	11 733	11 864	12 055	13 269	13 480	13 577	13 671	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 164	3 810	3 557	3 592	3 621	4 088	4 131	4 256	4 276	
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken 2)	Mill. DM	20 581	23 587	22 059	22 279	22 301	24 494	24 567	24 952	24 951	
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	7 125	8 355	7 808	7 900	7 852	9 222	9 388	9 818	9 838	
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 963	6 968	6 440	6 465	6 458	7 634	7 829	8 186	8 223	
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 162	1 388	1 368	1 435	1 393	1 588	1 559	1 633	1 615	
* Spareinlagen	Mill. DM	12 013	13 742	12 787	12 912	12 980	13 752	13 657	13 604	13 577	
* bei Sparkassen	Mill. DM	7 502	8 479	7 901	7 970	8 001	8 494	8 440	8 406	8 387	
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	678	757	793	695	612	647	707	693	597	
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	557	617	700	572	546	743	807	746	625	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Konkurse 4)	Anzahl	16	17	17	12	14	17	12	28	26	
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	6 041	3 639	2 013	2 049	1 182	8 175	18 598	45 348	17 599	
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	-	-	1	2	2	-	-	
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 578	1 536	1 600	1 502	1 410	1 434	1 571	1 645	1 522	
* Wechselsumme	1 000 DM	4 041	4 898	5 323	4 931	3 787	3 818	4 873	4 923	5 570	
Steuern											
Steueraufkommen nach Steuerarten											
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	454 593	525 232	391 652	519 309	670 087	758 870	470 538	568 520	736 163	
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	290 364	341 080	177 829	356 368	500 514	561 519	308 084	410 021	577 888	
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	179 517	207 791	143 247	249 223	193 593	193 021	224 008	313 529	224 822	
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	26 593	31 436	-	84 380	-	-	-	106 695	-	
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	70 011	87 108	25 808	9 779	224 059	240 971	52 228	10 660	255 808	
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	9 032	6 980	6 163	60 791	- 1 045	2 801	7 802	60 459	- 660	
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	31 805	39 202	2 611	36 575	83 907	124 726	18 046	25 373	97 918	
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 341	8 305	-	28 317	-	-	-	18 468	-	
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	164 228	184 152	213 823	162 941	169 573	197 351	162 454	158 499	158 275	
* Umsatzsteuer	1 000 DM	124 447	136 255	126 326	125 221	131 784	139 164	126 031	120 516	124 385	
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	39 781	47 897	87 497	37 720	37 789	58 187	36 423	37 983	33 890	
* Bundessteuern	1 000 DM	94 786	108 701	108 086	90 281	99 707	94 144	89 541	82 907	83 451	
* Zölle	1 000 DM	8 301	7 806	12 351	5 409	5 631	10 055	4 861	5 074	4 751	
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	77 709	93 404	91 058	79 240	82 202	70 602	76 450	71 190	64 347	
* Landessteuern	1 000 DM	40 669	44 597	38 399	59 855	37 516	38 443	40 080	61 898	39 791	
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 302	9 969	1 492	25 466	1 186	1 883	1 869	27 439	2 339	
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	21 027	24 155	26 626	22 310	24 773	24 885	27 531	23 507	24 530	
* Biersteuer	1 000 DM	5 751	5 904	6 436	6 888	6 987	6 949	7 485	7 419	7 867	
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	239 504	281 926	.	.	303 038	312 401	.	.	342 753	
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 597	8 552	.	.	10 628	9 924	.	.	11 919	
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	30 745	34 377	.	.	42 420	38 719	.	.	47 975	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 10)	1 000 DM	163 951	198 901	.	.	206 837	219 186	.	.	237 930	
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 661	16 389	.	.	16 594	17 309	.	.	20 672	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften											
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	348 440	391 359	357 072	360 186	432 058	473 076	366 222	372 640	441 954	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 914	77 080	160 054	221 021	250 380	134 285	182 317	255 300	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	114 960	120 015	139 001	105 926	111 056	128 196	105 597	103 027	102 882	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	32 905	3 925	274	356	36 799	4 389	321	
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	248 273	288 219	224 309	304 702	335 857	380 913	293 395	322 142	373 797	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 897	77 056	160 025	221 021	248 452	133 375	181 741	255 300	
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 11)	1 000 DM	68 910	80 995	75 949	80 897	77 046	93 662	83 141	74 114	78 385	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	32 905	3 925	274	356	36 799	4 389	321	
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	282 132	328 353	.	.	337 850	371 045	.	.	385 481	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 12)	1 000 DM	98 274	122 457	.	.	132 916	132 748	.	.	155 184	
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	108 305	122 871	.	.	108 733	145 083	.	.	125 473	

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	288	312	318	.	.	.	353	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	314	341	347	.	.	.	385	.	.
* Facharbeiter	DM	335	364	369	.	.	.	406	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	305	329	335	.	.	.	374	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	262	287	294	.	.	.	329	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	190	208	210	.	.	.	233	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	180	197	199	.	.	.	219	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	6,54	7,15	7,22	.	.	.	8,12	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	6,99	7,64	7,71	.	.	.	8,67	.	.
* Facharbeiter	DM	7,43	8,15	8,21	.	.	.	9,14	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	6,78	7,37	7,45	.	.	.	8,42	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	5,85	6,38	6,48	.	.	.	7,41	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	4,72	5,18	5,22	.	.	.	5,83	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	4,44	4,87	4,90	.	.	.	5,46	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,8	43,6	44,0	.	.	.	43,5	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	45,0	44,5	45,0	.	.	.	44,4	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,1	40,3	.	.	.	39,9	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 388	1 517	1 531	.	.	.	1 764	.	.
* männlich	DM	1 672	1 824	1 839	.	.	.	2 125	.	.
* weiblich	DM	1 078	1 187	1 197	.	.	.	1 366	.	.
Technische Angestellte	DM	1 783	1 932	1 950	.	.	.	2 258	.	.
* männlich	DM	1 835	1 989	2 007	.	.	.	2 308	.	.
* weiblich	DM	1 248	1 358	1 371	.	.	.	1 527	.	.
im Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 046	1 150	1 161	.	.	.	1 316	.	.
* männlich	DM	1 379	1 504	1 513	.	.	.	1 713	.	.
* weiblich	DM	824	915	926	.	.	.	1 017	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 189	1 301	1 313	.	.	.	1 485	.	.
* männlich	DM	1 521	1 657	1 668	.	.	.	1 889	.	.
* weiblich	DM	917	1 013	1 023	.	.	.	1 134	.	.
Technische Angestellte	DM	1 767	1 910	1 927	.	.	.	2 233	.	.
* männlich	DM	1 820	1 968	1 983	.	.	.	2 283	.	.
* weiblich	DM	1 228	1 331	1 346	.	.	.	1 511	.	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung <sup>1)</sup>										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 124	1 122	1 126	1 135	1 119	1 107	1 108	1 118	1 121
Pflichtmitglieder	1 000	677	676	672	681	682	673	673	683	686
Rentner	1 000	361	366	368	368	368	370	371	371	372
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,8	4,9	4,4	4,9	5,0	5,0	4,9	5,6	5,4
Männer	%	4,9	5,0	4,5	5,0	5,1	5,2	5,1	5,7	5,5
Frauen	%	4,6	4,6	4,0	4,5	4,7	4,7	4,6	5,3	5,2
Arbeiterrentenversicherung <sup>2)</sup>										
Rentenempfänger	Anzahl	381 361	394 570	395 070	396 117	396 604	412 422	413 086	412 648	411 577
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	111 773	130 911	122 849	123 267	123 695	143 983	159 961	160 059	159 132
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	8 462	9 794	6 231	5 844	5 830	6 224	6 203	6 201	6 211
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	7 728	8 748	5 221	4 911	4 925	5 272	5 269	5 245	5 252
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	5 273	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	4 924	.	.	.	.	.	.	.	.
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	157	153	.	.	152	150	.	.	149
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	36 458	38 326	38 117	38 045	38 090	41 623	41 401	40 760	40 828

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Renten Anpassungsgesetz.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 284	61 669 <sup>p</sup>	61 672	61 701	61 739	...	...	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	36 003	34 512 <sup>p</sup>	39 233 <sup>p</sup>	37 715 <sup>p</sup>	41 144 <sup>p</sup>	39 065 <sup>p</sup>	42 089 <sup>p</sup>	36 235 <sup>p</sup>	44 566 <sup>p</sup>
Lebendgeborene 2)	Anzahl	64 877	58 153 <sup>p</sup>	61 547 <sup>p</sup>	60 333 <sup>p</sup>	57 786 <sup>p</sup>	55 208 <sup>p</sup>	54 301 <sup>p</sup>	56 705 <sup>p</sup>	54 466 <sup>p</sup>
Gestorbene 3)	Anzahl	60 889	60 533 <sup>p</sup>	56 890 <sup>p</sup>	59 205 <sup>p</sup>	56 779 <sup>p</sup>	59 208 <sup>p</sup>	57 167 <sup>p</sup>	59 106 <sup>p</sup>	58 444 <sup>p</sup>
Geburtenüberschuß	Anzahl	3 988	- 2 381 <sup>p</sup>	4 657 <sup>p</sup>	1 128 <sup>p</sup>	1 007 <sup>p</sup>	- 4 000 <sup>p</sup>	- 2 866 <sup>p</sup>	- 2 401 <sup>p</sup>	- 3 978 <sup>p</sup>
Arbeitslose	1 000	185	246	190	197	198	211	201	217	222
Männer	1 000	101	141	100	106	107	105	100	111	111
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	19 985	20 028	20 070	.	.	.	20 436	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerb-lichen Schlachtungen 4)	1 000 t	308	292	277	274	287	288	278	283	283
Milcherzeugung	1 000 t	1 764	1 791	2 031	1 948	1 838	2 149	2 017	1 937	1 816
Industrie und Energie-wirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 538	8 340	8 320	8 320	8 345	8 352	8 353	8 379	8 417
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	977	934	952	878	883	969	904	865	903
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	46 919	49 668	51 255	46 545 <sup>x</sup>	47 178	57 313	54 921	52 111	53 533
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 166	9 950	10 264	9 246	8 954	12 369	11 596	10 874	10 935
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	160	166	169	154	143	184	187	159	156 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	161	167	169	153	143	184	188	159	156 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	159	164	168	152	141	182	186	156	153 <sup>p</sup>
Energiewirtschaft	1962 = 100	205	232	196	187	191	234	223	213	213 <sup>p</sup>
Bergbau	1962 = 100	102	94	91	84	84	93	89	83	84 <sup>p</sup>
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	163	169	174	157	145	188	193	162	158 <sup>p</sup>
Grundstoffe und Produktions- güterindustrien	1962 = 100	182	191	201	188	181	219	224	204	203 <sup>p</sup>
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	159	162	169	144	126	183	190	147	140 <sup>p</sup>
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	154	163	161	144	134	174	174	138	136 <sup>p</sup>
Nahrungs- und Genußmittel- industrien	1962 = 100	146	148	142	142	135	153	158	143	142 <sup>p</sup>
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	141	152	171	160	149	174	180	153	...
Steinkohlenförderung	1 000 t	9 233	8 539	8 643	7 714	8 558	8 328	7 165	7 498	8 159
Braunkohlenförderung	1 000 t	8 454	9 201	8 843	9 195	9 052	9 570	9 615	9 447	9 371
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 499	2 667	2 794	2 809	2 795	3 142	2 887	3 249	3 190
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 305	3 361	3 806	3 764	3 830	4 171	3 788	4 287	4 264
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 393	2 599	2 728	2 562	2 866	3 226	2 821	2 993	3 307
Stromerzeugung	Mill. kWh	21 379	22 898	20 054	19 519	20 451	23 406	21 240	21 178 <sup>p</sup>	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	6 878	7 191	6 366	6 319	6 471	7 475	7 004	7 256	...
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 544	1 533	1 573	1 576	1 583	1 530	1 533	1 539	1 532
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	210	240	223	225	231	218	209	211
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 586	6 170	6 411	6 263	6 492	5 607	6 053	6 325	6 221
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	58 785	64 039	75 178	72 410	70 157	68 245	61 274	65 887	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	188	204	195	197	194	221	214	209	199
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	...	111	112	104	111	130	123	122	127
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	158	164	174	175	181	177	184	182
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	10 729	11 200	10 019	10 038	13 048	12 024	11 583	10 801
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	12 414	12 435	11 642	11 340	15 870	13 640	14 515	14 020
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	1 688	1 234	1 623	1 342	2 822	1 616	2 932	3 219

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal/Nm<sup>3</sup>.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Jun	Juli	August	Mai	Jun	Juli	August	
<b>Verkehr</b>										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	92	93	94	90	91	94	90	...	...
Binnenschifffahrt	1970 = 100	96	95	115	101	106	115	110	...	...
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	96	97	100	90	94	107	...	...	...
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	103	104	103	96	103	107	...	...
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	103	104	105	89	87	108	103	89	...
<b>Geld und Kredit</b> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)										
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	40 292	45 767	42 715	43 504	42 995	45 033	46 227	46 410	46 556 <sup>P</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	594 686	681 676	631 165	634 047	638 348	708 750	717 912	719 292	723 915 <sup>P</sup>
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	490 915	569 672	524 433	536 533	530 187	593 563	602 031	602 861	607 318 <sup>P</sup>
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	103 771	112 004	106 732	107 514	108 161	115 187	115 881	116 431	116 597 <sup>P</sup>
Spareinlagen	Mill. DM	501 359	565 845	523 054	526 933	530 009	587 702	588 281	589 709	592 537 <sup>P</sup>
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	230 284	261 673	243 119	245 002	246 628	263 150	261 952	260 387	259 590 <sup>P</sup>
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	132,9	150,5	153,3	153,5	158,9	150,4	146,6	137,9	135,7
		80,4	79,4	78,7	78,0	78,0	71,2	67,9	67,3	67,2
<b>Steuern</b>										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	5 865	7 133	9 418	4 562	5 649	4 677	11 984	6 756	6 270
Lohnsteuer	Mill. DM	3 567	4 095	3 461	3 502	4 639	4 216	4 634	5 406	5 021
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 575	3 915	3 559	4 726	4 380	4 599	4 148	4 935	4 575
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 572	2 846	2 510	2 808	2 754	2 669	2 188	2 863	2 668
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 209	2 498	2 453	2 484	2 473	2 635	2 758	2 675	2 881
<b>Preise</b>										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	106,5	118,7	112,5	113,2	114,3	125,8	122,3	120,4 <sup>P</sup>	118,3 <sup>P</sup>
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	116,5	127,3	120,5	120,2	120,3	133,8	138,2	140,4	138,2
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	112,5	116,1	115,7	116,0	116,3	122,8	123,4	124,4	124,9
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	162,7	174,3	.	.	175,9	188,5	.	.	189,9
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	124,8	126,7	.	.	127,1	132,0	.	.	132,1
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1962 = 100	130,4	137,9	137,4	138,2	138,2	147,2	148,2	148,2	148,1
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	121,8	129,3	129,1	130,3	129,5	140,4	141,6	140,6	139,3
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	122,8	130,4	129,7	130,1	130,6	139,5	140,1	140,5	141,1
Wohnungsmiete	1962 = 100	173,1	183,1	182,3	183,1	184,1	192,7	193,2	193,8	194,5
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	135,5	143,7	141,0	141,8	143,0	152,2	154,5	157,4	159,0
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	120,7	126,4	126,3	125,9	125,2	132,2	132,5	131,5	131,4
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1962 = 100	125,4	133,3	132,6	134,7	134,8	142,5	143,4	145,9	146,0
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	150,1	159,8	159,3	160,7	161,5	170,6	171,3	172,1	173,0
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	136,4	142,3	141,9	142,4	142,5	149,5	150,1	150,6	151,8
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	126,8	132,2	131,0	131,3	133,8	137,8	139,6	141,0	143,9
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1962 = 100	130,4	137,9	137,4	138,5	138,5	147,8	148,7	148,6	148,6
<b>Löhne</b> in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	108,6	116,9	.	119,6	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	110,1	120,5	.	122,7	.	.	.	...	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	110,9	120,6	.	122,7	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	111,3	122,0	.	124,0	.	.	.	...	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	98,1	97,0	.	97,6	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,9	98,7	.	98,9	.	.	.	...	.

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baubeneleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahrig).



### Erneut stärkere Zunahme der Löhne im Juli 1973

Von April bis Juli erhöhte sich der effektive Bruttostundenverdienst aller Arbeiter im Gesamtdurchschnitt der Industrie um 0,36 DM (+ 4,6%) auf 8,12 DM, wobei sich der mittlere Bruttostundenlohn für die männlichen Arbeiter um 5% auf 8,67 DM verbesserte, während die Frauen auf 5,83 DM (+ 3,4%) kamen. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres waren die prozentualen Veränderungen mit + 2% für Arbeiter und + 1,8% für Arbeiterinnen erheblich geringer gewesen. Innerhalb der Leistungsgruppen schwankten die Steigerungsraten der Stundenverdienste zwischen + 5,4% (männliche Arbeiter in Gruppe 3) und + 3% (Frauen in Leistungsgruppe 3).

Die Bruttowochenlöhne - sie lagen im Gesamtdurchschnitt mit 353 DM um 5,1% höher als im vorangegangenen Berichtsquartal - stiegen bei den Arbeiterinnen um 11 (+ 5%) auf 233 DM und bei den Männern um 18 (+ 4,9%) auf 385 DM an. Die auffallende Zunahmequote der weiblichen Leistungsgruppe 1 (+ 16,1%) blieb - infolge relativ schwacher Besetzung dieser Gruppe - ohne nennenswerte Auswirkung auf den Gesamtdurchschnitt (+ 5,1%).

Im Jahresvergleich der Juli-Monate 1972 und 1973 erhöhten sich die Bruttostundenverdienste aller Arbeiter in der Industrie und dem Baugewerbe um 0,90 DM oder 12,5%, wobei die Frauen relativ etwas schlechter abschnitten (+ 11,7%) als die Männer (+ 12,5%).

Im Juli 1973 blieb die bezahlte Wochenarbeitszeit der männlichen Arbeiter gegenüber April 1973 mit 44,4 Stunden unverändert, während sie sich bei den Frauen (39,9 Stunden) um eine halbe Stunde erhöhte.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) sind von April bis Juli 1973 um 50 DM oder 2,9% gestiegen, die der technischen Angestellten um 3,9%. Innerhalb Jahresfrist betrugen die entsprechenden prozentualen Veränderungen + 15,2% bzw. + 15,8%. hä

### Spareinlagenbestand weiterhin rückläufig

Im III. Quartal dieses Jahres verringerte sich der Spareinlagenbestand bei den rheinland-pfälzischen Kreditinstituten um weitere 175 Mill. DM (- 1,3%), nachdem sich im Vorquartal erstmals seit über 20 Jahren ein Rückgang um 97 Mill. DM (- 0,7%) ergeben hatte. Von der verminderten Sparneigung waren wiederum die höher verzinslichen Einlagen ausgenommen. So errechnet sich bei den Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist von mehr als vier Jahren ein Anstieg um 84 Mill. DM (+ 2,9%), während die Einlagen mit einer Festlegungsfrist von weniger als vier Jahren um 115 Mill. DM (- 3,3%) und diejenigen mit gesetzlicher Kündigungsfrist um 144 Mill. DM (- 2,0%) abnahmen. Die renditegünstigen prämienbegünstigten Spareinlagen - sie sind Teil der langfristigen Einlagen - verzeichneten ebenfalls eine weitere Zunahme, und zwar um 50 Mill. DM (+ 3,6%) auf insgesamt 1 438 Mill. DM. Ihr Anteil an den gesamten Spareinlagen beläuft sich nunmehr auf immerhin 10,6% gegenüber 8,4% im entsprechenden Quartal des Vorjahres.

Für die Beurteilung der weiteren Entwicklung des Spareinlagenbestandes erscheint es bemerkenswert, daß sich in den einzelnen Monaten des Berichtsvierteljahres der Bestandsrückgang jeweils verlangsamt hat. he

### Über 16% mehr Motorräder

Am 1. Juli 1973 belief sich der Kraftfahrzeugbestand (ohne Mopeds und Mofas) in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 1,25 Mill. Fahrzeuge. Dabei überstieg erstmals auch die Zahl der Personen- und Kombinationskraftwagen, die 82% des Gesamtbestandes ausmachen, die Millionen-Grenze. Der Rest verteilte sich auf Zugmaschinen (10,5%), Lastkraftwagen (5,2%), Krafträder (1,1%), Sonderkraftfahrzeuge (0,8%) und Kraftomnibusse (0,3%). Der Gesamtbestand lag damit um 75 000 Fahrzeuge oder 6,3% höher als vor einem Jahr. Zu dieser Steigerung trugen die Personen- und Kombinationskraftwagen mit 67 500 Fahrzeugen (+ 7,1%) am stärksten bei, womit die seit 1970 beobachtete Entwicklung einer rückläufigen Wachstumsrate des Pkw- und Kombi-Bestandes unterbrochen wurde. Gleichzeitig erhöhte sich der Bestand an Krafträdern wieder um 1 151 oder 8,7% auf 14 342. An diesem Zuwachs, der in einem solchen Ausmaß zuletzt in der ersten Hälfte der 50er Jahre beobachtet wurde, waren ausschließlich die Motorräder (+ 1 600 oder 16,1%) beteiligt. Die Zahl der Kraftroller ging dagegen um 14,1% zurück. Als Folge dieser Entwicklung erhöhte sich die durchschnittliche Versorgung der Bevölkerung mit Kraftfahrzeugen. So entfiel am 1. Juli 1973 auf 3,6 Personen ein Personen- oder Kombinationskraftwagen (1972: 3,8) und auf 258 Personen ein Kraftrad (1972: 279).

Bei den Personenkraftwagen setzte sich der Trend zum stärkeren Wagen weiter fort. Während sich die Zahl der Fahrzeuge mit einem Hubraum ab 1 500 ccm um 48 000 oder 15,9% erneut stark erhöhte, verringerten sich die kleineren Personenkraftwagen mit weniger als 1 000 ccm Hubraum um 591 oder 0,5%. mc

### Hoher Zuwachs bei den Steuern vom Einkommen

In den ersten neun Monaten dieses Jahres stieg das Aufkommen an staatlichen Steuern (Bundes-, Landes- und Gemeinschaftssteuern) gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 11,6% auf 6 489 Mill. DM. Wichtigste Quelle der Mehreinnahmen waren die Steuern vom Einkommen, die den starken Anstieg der Verdienste und den hohen Beschäftigungsgrad in der gegenwärtigen Konjunkturphase widerspiegeln. Das Lohnsteueraufkommen erhöhte sich um 23,8% auf 2 146 Mill. DM; auf diese aufkommensstärkste Einzelsteuer entfiel damit nahezu ein Drittel des gesamten Steueraufkommens. Hohe Zuwachsraten ergaben sich auch bei der veranlagten Einkommensteuer, die 874 Mill. DM (+ 19,6%) erbrachte, und insbesondere bei der Körperschaftsteuer, deren Aufkommen um 33,8% auf 475 Mill. DM stieg. Demgegenüber blieben die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz mit 1 610 Mill. DM nahezu unverändert.

Das Aufkommen an Bundessteuern ging um 5,8% auf 863 Mill. DM zurück. Hierbei spielen zahlungstechnische Gründe eine Rolle, da Betriebe der Mineralölwirtschaft ihre Steuern nicht mehr in Rheinland-Pfalz, sondern am außerhalb des Landes gelegenen Unternehmenssitz abführen. Infolgedessen sank das Mineralölsteueraufkommen um 37,3% auf 200 Mill. DM. Dagegen war die Entwicklung bei anderen wichtigen Verbrauchsteuern durchaus positiv; die Branntweinmonopolabgabe erbrachte 297 Mill. DM (+ 11,0%), die Schaumwein-



---

## **kurz + aktuell**

---

steuer stieg um 24,5% auf 100 Mill. DM. Die Einnahmen aus den Landessteuern schließlich beliefen sich auf 434 Mill. DM (+ 9,5%).

Als Teil des Stabilitätsprogramms der Bundesregierung werden seit Juli dieses Jahres zusätzliche, befristete Steuern erhoben. In den ersten drei Monaten nach Inkraftsetzen dieser konjunkturpolitischen Maßnahme konnten 31,4 Mill. DM abgeschöpft werden. Von diesem Betrag entfielen 27,2 Mill. DM auf den Stabilitätzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und 4,2 Mill. DM auf die Investitionssteuer. ly

### **79 500 Sozialhilfeempfänger**

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist gegenüber dem Vorjahr um gut 5% auf 79 500 Personen angestiegen. Zugenommen hat vor allem die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (+ 9%). Zwei Drittel des Empfängerkreises waren Frauen, mehr als die Hälfte aller Hilfeempfänger 50 Jahre und älter. Außerhalb von Anstalten wurden rund 62 000 Personen, in Anstalten knapp 20 000 betreut. 42 200 Personen empfangen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, in über 50 000 Fällen wurde Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt. Für einen Sozialhilfefall entstanden Kosten in Höhe von durchschnittlich 2 958 DM, ein um 16% höherer Betrag als 1971. Auf 1 000 Einwohner entfielen fast 22 Sozialhilfeempfänger, das heißt jeder 46. Rheinland-Pfälzer bezog im Jahr 1972 Sozialhilfe. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 305.

### **Themen der letzten Hefte**

#### **Heft 1/Januar 1973**

Altersstruktur 1970  
Wohnungswünsche 1972  
Wirtschaftsstruktur der Stadt Koblenz  
Bodennutzung 1972

#### **Heft 2 - 3/Februar - März 1973**

Statistisches Landesamt 1948-1973  
Das Land im Spiegel der Statistik

#### **Heft 4/April 1973**

Private Haushalte  
Ältere Mitbürger  
Binnenfischerei 1972  
Feldfrüchte und Futterpflanzen 1972  
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1972  
Außenhandel 1960 und 1971  
Wohnungsstichprobe 1972  
Meldepflichtige Krankheiten 1972

#### **Heft 5/Mai 1973**

Beteiligung am Erwerbsleben  
Zweitwohnsitze  
Landwirtschaftliche Betriebssysteme  
Tierische Erzeugung 1972  
Steueraufkommen 1972  
Bauhauptgewerbe 1972  
Tiefbau 1972

#### **Heft 6/Juni 1973**

Industrie 1972  
Verdienste und Arbeitszeiten 1972  
Sozialwohnungen 1972  
Baulandmarkt 1972  
Kriegsopferfürsorge 1972  
Familienstand  
Geschlechterrelationen

#### **Heft 7/Juli 1973**

Haushaltsausstattung 1973  
Religionszugehörigkeit  
Struktur der Erwerbstätigen  
Selbstmorde 1962 - 1971  
Verkehrsunfälle 1972  
Sozialhilfe 1972

#### **Heft 8/August 1973**

Bevölkerung 1972 - 1990  
Einkommensniveau der Arbeitnehmer in regionaler Gliederung  
Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich  
Ernteaussichten für 1973  
Öffentliche Schulden 1972  
Fremdenverkehr 1972  
Straßen und Parkflächen 1971

#### **Heft 9/September 1973**

Bedeutung der Wirtschaftszweige als Erwerbsquelle  
Beschäftigung von Frauen  
Regionale Absatzintensität des Einzelhandels  
Bevölkerungsentwicklung 1972  
Jugendhilfe 1972

#### **Heft 10/Oktober 1973**

Außenhandel 1972  
Hochbautätigkeit 1972  
Regionale Erwerbstätigkeit  
Zeitaufwand für den Weg zur Arbeit  
Unternehmensverflechtung

### **Themen der folgenden Hefte**

Rheinland-Pfalz 1973 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung  
Altersstruktur der Erwerbstätigen  
Aufträge im Bauhauptgewerbe  
Mitwirkung der privaten Haushalte an der EVS 1973



## DIE NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEN ARBEITSSTÄTTEN IN RHEINLAND-PFALZ 1970

Umfang 425 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis DM 16,50

Die bisher stets in etwa zehnjährigem Erhebungsrhythmus durchgeführten Arbeitsstättenzählungen ermöglichen als umfassende erwerbswirtschaftliche Rahmenerhebung gemeinsam mit der Landwirtschaftszählung einen lückenlosen Querschnitt aller wirtschaftenden Einheiten. In der vorliegenden Dokumentation werden die Ergebnisse des letzten Zensus vom 27. Mai 1970 sowohl unter branchen- und größenordnungsmäßigen als auch regionalen Gesichtspunkten ausführlich kommentiert sowie durch zahlreiche Textübersichten und Schaubilder näher verdeutlicht. Der reichhaltige Tabellenteil bietet eine räumliche Gliederung der Werte auf Landes-, Regierungs- bzw. Kammerbezirks- und Kreisebene, wobei – auch bezüglich der Vergleichsdaten für 1950 und 1961 – mittels entsprechender Umschlüsselung einheitlich der Gebietsstand vom 7. November 1970 zugrundegelegt wurde.

Da die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit rund zwei Drittel des gesamten Volkseinkommens ausmachen und infolgedessen zu einem erheblichen Teil die Entwicklung von Konsum und Spartätigkeit in den einzelnen Wirtschaftsräumen bestimmen, wurden 1970, und zwar für das Kalenderjahr 1969, erstmals auch Angaben über Löhne und Gehälter – welche vornehmlich aus raumordnerischer Sicht von besonderer Bedeutung erscheinen – in die Erfassung einbezogen.

### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	$\phi$ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.